DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@t-online.de

279 24. JAHRGANG Dezember 2007 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Der Begriff »Solidarische Ökonomie« ist in Deutschland relativ neu. Er wird zunehmend verwendet, seit im November 2006 ein breites Bündnis von Akteuren den großen bundesweiten Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« in Berlin veranstaltet hat. So vielfältig wie die Menschen und Gruppen, die sich mit dem Thema beschäftigen, ist auch das Verständnis dessen, was mit Solidarischer Ökonomie gemeint ist. Ein Diskussionsbeitrag auf Seite 3.

FREIE RADIOS

Radio Dreyeckland, ältestes Freies Radio in Deutschland, ist massiv bedroht. Dem Freiburger Radio werden die schon bewilligten Mittel für den Betrieb eines weiteren Sendestudios von der Landesanstalt für Kommunikation verweigert. In einer Eilentscheidung hatte das Verwaltungsgericht Stuttgart die Verweigerung der Gebührenmittel gebilligt. Seite 4

ANTIMILITARISMUS

Martin Ottos »Mahnwache hinter Gittern« in Frankfurt am Main, staatlicherseits verhängt für seine Teilnahme an einer gewaltfreien Aktion auf dem Gelände des European Command (EUCOM), der europäischen Befehlszentrale des US-Militärs in Stuttgart, dauerte vom 29. Oktober bis 4. November 2007. Wir dokumentieren (leicht gekürzt) seine aus diesem Anlass verfasste Erklärung.
»USA: Stimmen gegen den Krieg« unter diesem Titel fand eine Rundreise von US-Kriegsdienstverweigerern durch die BRD statt. In Köln traf Ariane Dettloff den Deserteur Chris Capps auf einer Veranstaltung. Seite 5

AGRARKRAFTSTOFF

Agrarkraftstoff ist eine feine Sache, seine Verwendung trägt zur Rettung des Weltklimas bei, löst Energieprobleme und kurbelt nach Meinung von Industriebaronen und Politikern die Wirtschaft von Entwicklungsländern an. Aber er ist auch teuer und treibt die Lebensmittelpreise in den Entwicklungsländern in die Höhe. Die Umweltschutzorganisation »Rettet den Regenwald e.V.« warnt davor, dass Agrarkraftstoffe der Umwelt schaden können. Seite 6

GENTECHNIK

Anti- oder fehlende emanzipatorische Orientierungen finden sich nicht nur in Positionen vieler politischer Gruppen, unter anderem in der Gentechnikkritik. Sie spiegeln sich ebenso in der Organisierungspraxis von Protest. Dort dominieren Intransparenz, Anbiederung an herrschende Strukturen und kollektive Identitätsbildung der handelnden Zusammenhänge. Der letzte Teil unserer Artikelserie zur Gentechnik-Kritik ist zu finden auf Seite 11.

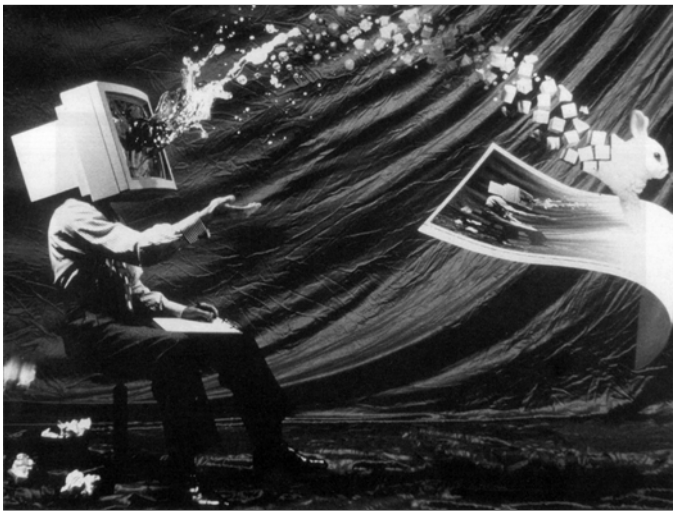
www.contraste.org

IT-GENOSSENSCHAFTEN

Selbständigengenossenschaften

– Pioniere zukünftiger Organisations- und Arbeitsformen

Seit Ende der 1960iger Jahre kommt es in der Bundesrepublik Deutschland zur Gründung von Selbständigen- bzw. Freiberuflergenossenschaften. Sie können ebenfalls als Geistkapitalunternehmen oder Professionsbetriebe charakterisiert werden. Es sind meist Betriebe in Wachstumsbranchen. Besondere Verbreitung finden sie im Software- und IT-Bereich. Ihr entscheidendes Kapital beruht auf der Qualifikation der beteiligten Mitglieder. Beide Charakteristika, hohe Professionalität der Arbeit und Gesellschafterstatus der Akteure, begründen auch die Bezeichnung als Professionsgenossenschaften.



© The Image Bank / R. Horowotiz

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Nirgendwo ist die Spannbreite und Vielfalt von innovativen Organisations-, Kommunikations- und Partizipationsformen so weit entwickelt wie in Selbstständigenunternehmen bzw. Professionsgenossenschaften. Sie gehen weit darüber hinaus, was bei anderen genossenschaftlichen Unternehmen praktiziert wird. Auf diese Weise werden die organisatorischen Möglichkeiten, aber auch die Motivation der Mitglieder erhöht. Bestehen können sie nämlich nur durch deren intensiven Arbeitseinsatz. Angeregt wird dieser oft durch eine ausgeprägte Bereitschaft zu sozialen Innovationen, zu denen auch die ausgeklügelten Organisations- und Kommunikationsstrukturen gehören.

Moderner Genossenschaftstyp

Diese sind notwendig. Baut doch ein großer Teil der in IT-Firmen vermarkteten Produkte und Dienstleistungen auf dem Wissen der Mitglieder auf. Dessen Nutzung erfordert nicht nur Zusammentragen von Informationen oder ständigen Austausch von Erfahrungen. Wichtig sind regelmäßige, wechselseitig stützende Kritik und gemeinsame Reflexion. Nur so lassen sich die Leistungen der einzelnen Genossenschaftsmitglieder zu dem gewünschten Gesamtergebnis zusammenfügen. Die Vergrößerung des Freiheits- und Entscheidungsspielraums gekoppelt mit sehr weitgehender Verantwortungs- und Risikoübernahme gehen deshalb auch nicht auf Kosten der Ertragsfähigkeit. Sie helfen vielmehr die eigentliche Aufgabenstellung zu bewältigen.

Selbständigen- bzw. Professionsgenossenschaften als eine moderne Variante der Produktivgenossenschaft verfügen über einen wichtigen Wettbewerbsvorteil. Durch die Identität von Kapitaleigentümern und Projektrealisierer sind sie für qualifizierte Berufstätige ein interessanter Kompromiss zwischen reiner Selbständigkeit und der Arbeit in einem renommierten Großunternehmen. Während »Nur-Selbständige« komplexe Aufgaben aufgrund fehlender Arbeits- und Finanzkapazitäten nicht übernehmen können, fehlt in Großbetrieben das Gefühl und die Möglichkeit, wichtige Entscheidungen zu beeinflussen. Selbständigengenossenschaften bieten beides. Sie haben damit die besten Chancen, High-Tech-Wissen ergebnisorientiert zu organisieren und werden so zu einem interessanten Anhaltspunkt, wohin die Reise in die Zukunft gehen könnte.

Innovative Beispiele

Der Schwerpunkt IT-Genossenschaften veranschaulicht diese skizzierten grundsätzlichen Überlegungen über konkrete Beispiele. Der Einstieg erfolgt über Horst Härtel, indem anhand der »7-it eG«, München, die Motivationen, Vorteile und Erfahrungen mit der Organisationsform Genossenschaft dargestellt werden. In einem zweiten Beitrag macht Härtel deutlich, wie wichtig eine genaue Klärung der Aufgaben und Rollen in solchen Genossenschaften ist, damit die Projektabwicklung nicht in einem Desaster endet. In eine ähnliche Richtung geht der Artikel von Florian Kempff: Prozessunterstützung, Kommunikationstechnik und Feedbackverpflichtung werden als zentrale Bausteine der Auftragsabwicklung beschrieben. Hintergrund sind Erfahrungen aus der IT-Genossenschaft »sqtm eG«.

Wie der Mitgliedernutzen für Fachleute aussehen kann, ist Gegenstand des Interviews mit Manfred Feige von der »JARIVA eG«. Sie ist ein Verbund von Freiberuflern der IT-Branche. Die Genossenschaft akquiriert Kunden, vermarktet die Dienstleistungen ihrer Mitglieder, sorgt für Aufträge, und fördert sie auf diese Weise. Davon unterscheidet sich das Leistungsangebot der »Hostsharing eG« erheblich. Sie ist ein im Jahre 2.000 gegründeter Webhoster mit über 200 Mitgliedern, der die Gedanken von Open-Source auf Internetdienstleistungen überträgt. Über eine virtuelle Mitgliederversammlung gelingt es dieser eG die meist sehr formal organisierte Generalversammlung über ein vorgezogenes innovatives Meinungs- und Diskussionsforum der Genossenschaft erheblich zu beleben. Die Vorstellung eines Genossenschafts-Handbuch rundet den Schwerpunkt ab.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10.

D 8008

DÄNEMARK

Wenn T-Shirts zu Terrorismuswerbung werden

In Dänemark stehen Menschen wegen Terrorismusunterstützung vor Gericht, weil sie T-Shirts herstellen ließen, verbreiteten bzw. auslegten, die Labels von Organisationen zeigten, die auf Schwarzen Listen stehen.

Peter Nowak, indymedia ● Das junge Paar auf der Webseite www.fightersandlovers.blogspot.com könnte in jedem modernen Werbemagazin gut ankommen. Doch die Verantwortlichen für diese Seite stehen seit Monaten in Dänemark vor Gericht. Ihnen drohen Gefängisstrafen, weil sie T-Shirts mit politischen Logos herstellen und vertreiben bzw. in Läden auslegten.

»Fighters und Lovers« nennt sich die Gruppe, die T-Shirts mit dem Logo der kolumbianischen Guerilla FARC und der palästinensischen PFLP bedruckte und vertrieben hat. Ein Teil des Erlöses geht an zivile Projekte, die den politischen Organisationen nahe stehen, deren Logo auf den T-Shirts steht. Eines dieser Projekte ist ein Radio in Kolumbien. Nun gibt es auch in der Linken über die gelabelten Organisationen viele Diskussionen und sicher auch berechtigte Kritik.

Doch darum geht es bei dem Verfahren in Dänemark nicht. Die dänische Justiz sieht in dem Herstellen und Verkaufen der T-Shirts schlicht eine Unterstützung von Terrorismus. Schließlich stünden die beiden Organisationen auf Schwarzen Listen der USA und EU. Sollten die Menschen in Dänemark verurteilt werden, würde es eine massive Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten bedeuten. Damit würde auch die Praxis – der nach Meinung führender JuristInnen – auch einem bürgerlichen Rechtsstaat fremde Praxis der Schwarzen Listen unmittelbar in die Freiheitsrechte der Menschen eingreifen.

Schließlich wird im Zusammenhang mit den Schwarzen Listen jedes bürgerliche Recht außer Kraft gesetzt. Die Betroffenen erfahren oft gar nicht, dass sie auf einer solchen Liste stehen, sondern bekommen dann nur die Folgen mit, z.B. eine Kündigung des Kontos. Auch eine juristische Überprüfung der Vorwürfe, sowie die Unschuldsvermutung, sind durch diese Schwarzen Listen außer Kraft gesetzt.

Wenn mit diesen Listen Politik gemacht wird, wie aktuell bei dem Verfahren in Dänemark, sollten alle Menschen, denen es um die Wahrung elementarer Grundrechte geht, alarmiert sein. So wäre es eigentlich angebracht, dass die Zigtausenden die in den letzten Wochen gegen Vorratsdatenspeicherung und andere Einschränkungen der Grund- und Meinungsfreiheit aktiv geworden, sich auch für das Verfahren in Kopenhagen zu interessieren beginnen. Wie wäre es mit einer Mail- und Faxkampagne an die verantwortlichen Richter?

Wenn Menschen schon Angst haben müssen, dass sie wegen des Tragens eines Kleidungsstücks mit inkriminierten Symbolen oder Labels vor Gericht gezerrt werden, ist es an der Zeit sich zu rühren. Das gilt unabhängig davon, ob ich selber ein solches Kleidungsstück tragen würde oder ob ich sogar in meinen politischen und persönlichen Umfeld, dagegen wäre. Darüber soll und muss gestritten werden. Aber bitte ohne staatliche Terrorismuskeule.●

www.fightersandlovers.blogspot.com

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Knastleben I: Untersuchung
In der JVA (Justizvollzugsanstalt) Siegburg kam es im November 2006 zu der Ermordung eines Gefangenen durch seine Zellengenossen. Diesen Vorfall nahm das Justizministerium von Nordrhein-Westfalen zum Anlass, die Situation in den Gefängnissen von einer Kommission untersuchen zu lassen. Auf knapp 250 Seiten wird die Situation in den 33 Anstalten des Landes kurz skizziert. Für jedes Gefängnis wird tabellarisch eine Belegungsübersicht (d.h. es wird die Zahl der Inhaftierten mit der eigentlich zulässigen Belegungszahl verglichen), eine Übersicht wie viele Gefangene arbeiten (oder Arbeit verweigern) und eine Darstellung über die Personalsituation geboten. Ferner werden kurz die nach Meinung der Kommission wichtigsten Missstände in der jeweiligen Anstalt dargestellt.

Thomas Meyer-Falk, langjähriger politisch aktiver Strafgefangener (www.freedom-for-thomas.de) kommentiert das Werk so: »Aus meiner Sicht hat der Bericht positive und negative Seiten. Sicherlich ist positiv zu bewerten, dass sich erstmals seit langer Zeit wieder kritisch mit dem Thema »Knast« beschäftigt wurde – und zwar nicht ausschließlich von politisch linker Seite aus, sondern auch und gerade von Seiten der Konservativen und der etablierten Parteien. Es bedurfte leider eines Mordes an einem Gefangenen (den Mord nennt der Bericht übrigens an einer Stelle »Todesereignis«, was geschmacklos klingt) um das Augenmerk auf die bedrückende Situation hinter den Gefängnismauern aufmerksam zu machen. Überhaupt nicht hinterfragt wird die Sinnhaftigkeit von Gefängnissen (dies würde wohl die Reflexionsfähigkeit der Kommissionsmitglieder überfordern), aber selbst nach Ansicht dieses Staates konstitutive Rechte werden stillschweigend übergangen: Eine Doppelbelegung einer Einzelzelle in der das WC nicht räumlich abgetrennt ist, ist verfassungs- weil menschenrechtswidrig. Anstatt also für eine Freilassung von Gefangenen zu plädieren, wird nach noch mehr Haftplätzen gerufen. Und dies in Zeiten in denen die Kriminalität zurückgeht (und nicht etwa exorbitant steigt, wie viele BürgerInnen aufgehetzt durch Medien und Politik, glauben) ...«
Mehr auf
http://de.indymedia.org/ 2007/09/195204.shtml.

Knastleben II: RePrint »Strafanstalt«
Knastkritik ist seltener geworden. Der Ruf nach Abschaffung aller Knäste ist vielfach reduziert auf die Forderung nach Freilassung der engeren GesinnungsgenossInnen. Da haben auch Bücher mit ungeschönten Innenansichten kaum Konjunktur. Ein solches war »Strafanstalt«, dass 1991 erschien und irgendwann vergriffen war. Dieses Buch ist nun neu aufgelegt worden, ergänzt um einige Texte zum Thema Knast – und zwar im nicht-kommerziellen SeitenHieb-Verlag
siehe: www.seitenhieb.info.

Fliegende Überwachungskamera
In Frankreich sollen Kameras auf Modellbauflugzeugen ausgewählte Stadtteile von oben filmen. Darüber wird auf Indymedia berichtet (www.de.indymedia.org/2007/10/197458.shtml). Die als ELSA bezeichnete Technik kostet 10.000 Euro pro Stück und wurde bereits im Pariser Unruhe-Vorort Seine Saint Denis getestet. Für solche Wohngebiete dürften die Flugspione wohl auch gedacht sein.

Kampagne gegen Polizeikongress
Am 29. und 30. Januar findet in Berlin der »11. Europäische Polizeikongress« statt. Dort werden neue Überwachungs- und Ermittlungstechniken diskutiert werden, zudem können sich Law-and-Order-PopulistInnen aller Couleur dort mächtig ins Zeug legen. Eine Kampagne gegen den Kongress ist geplant
(www.de.indymedia.org/2007/10/197876.shtml).

Fiese Tricks von Polizei und Justiz
Aktueller Schwerpunkt dieses Projekts der K.O.B.R.A.-Antirepressionsplattform sind Informationsveranstaltungen in vielen Städten. An fünf Fallbeispielen werden Manipulationen, Fälschungen und Erfindungen durch Polizei und Strafjustiz nachgewiesen (www.projektwerkstatt.de/fiesetricks). Für das Jahr 2008 sollen neue Tour-Pläne der Ton-Bilder-Schau entstehen. Anfragen können an K.O.B.R.A. per Tel. 06401/903283 oder kobra@projektwerkstatt.de gerichtet werden. Im Dezember dieses Jahres folgen noch:

14.-16.12. auf der Linken Literaturmesse
in Nürnberg (angefragt)
16.12. in Leipzig
17.12. in Jena
18.12. in Halle
19.12. in Dresden
20.12. in Erfurt

Der aktuelle Stand in Gießen: Trotz der Dokumentation und inzwischen laufender Ermittlungen sind alle StraftäterInnen in Robe und Uniform weiterhin im Amt und verfolgen ungestört Menschen. Fast alle bürgerlichen und linken Medien verweigern bisher darüber die Berichterstattung – meist mit dem Ziel, die mit den Auseinandersetzungen verbundene Kritik an Justiz und Recht sowie die in Gießen seit Jahren praktizierte offensive und kreativ-feindliche Form des Widerstandes gegen Repression zu verschweigen.

Gegen Knäste?
Oder gegen eigene FreundInnen im Knast?
Verstärkt werfen aktuelle Antirepressionsaktivitäten »linker« politischer Gruppierungen die Frage auf, ob eine Kritik an Gefängnissen und Strafjustiz überhaupt noch existiert. Schon seit längerem fehlt die Forderung nach Abschaffung aller Knäste oder Freilassung aller Gefangenen in »linken« Forderungen. Bei einer Kundgebung in Berlin am 20. Oktober vor der JVA Moabit wurde sogar derart offensichtlich nur die Freilassung einzelner, namentlich benannter Gefangener gefordert, dass für die überwältigende Mehrheit der Gefangenen das Gefühl entstehen musste (wenn sie von der Kundgebung erfuhren), dass ihr Dasein im tristen Alltag und der sozialen Isolation des Knastes befürwortet, akzeptiert oder zumindest nicht beachtet wird
(www.de.indymedia.org/2007/10/197450.shtml). Diese Rückentwicklung entpolitisiert »linke« Antirepressionsarbeit zu einem reinen Daumendrücken für Menschen aus der eigenen sozialen Gruppe. Besser als diese Entpolitisierung bei deutschen »Linken« wird die Forderung nach Freilassung des Anti-Atom-Aktivisten Mario Camenisch in der Schweiz mit einer Kritik an allen Knästen verbunden.

Totalverweigerer in Bundeswehrarrest
Am 14.10.2007 verhafteten Feldjäger einen Kriegsdienstverweigerer in Neumünster. Er wurde ab diesem Zeitpunkt in Strausberg im Bundeswehrarrest festgehalten – was aber nur jeweils 21 Tage am Stück möglich ist. Danach ist eine Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft wahrscheinlich. Es käme dann zu einem Prozess vor einem Gericht, wo sich Menschen, die alle Zwangsdienste und die damit verbundene Einplanung auch zu Kriegszwecken verweigern, verantworten müssen
(www.de.indymedia.org/2007/10/197360.shtml).●

Jörg Bergstedt

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
  (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

CONTRASTE-BILANZ

Herzlichen Dank!

Eure Unterstützung ist überwältigend! Bis zum 27.11.2007 gingen 2.901,90 EUR auf unserem Spendenkonto ein, darunter eine Einzelspende über 1.000 EUR. Damit können wir das Jahr 2007 wiederum ohne Defizit abschließen und 1.828 EUR für das voraussichtliche Defizit im neuen Jahr einsetzen. Aus Platzgründen veröffentlichen wir die Liste aller Spenden in unserer Januarausgabe.

Redaktion Heidelberg ● Im Monat November gab es sieben Neuabos, drei Abokündigungen sowie die Kündigung einer Fördermitgliedschaft über 62 EUR. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 134+ Neuabos.

Im Jahr 2007 gab es insgesamt 25 Abokündigungen und 53 Neuabos. Wir haben also bereinigt 28 Abos hinzugewonnen, die unsere Finanzlage stabilisieren werden.

Unter Berücksichtigung der Spenden, Abozugänge und Kündigungen benötigt unser Zeitungsprojekt im Jahr 2008 nun noch 4.354 EUR.

Bedanken möchten wir uns auch über die Spende von 10 Schnupperabos von Erasmus Schöfer aus Köln. Der Versand von zielgerichteten Schnupperabos an Freundinnen und Freunde führt oftmals zu Abobestellungen oder Fördermitgliedschaften.

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter
contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2008

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2008: 4.354 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 134+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Neu: CONTRASTE-Redaktion Österreich

Die Koordination für CONTRASTE in Österreich hat Hans Wieser aus Klagenfurt übernommen. Gerne sucht er MitmacherInnen. Nachdem er als mehrjähriger Abonnent Contraste-Redakteure beim Kongress »Solidarische Ökonomie« kennengelernt hatte, ergaben sich Besuche bei der SSM in Köln oder im Kommuja-Kreis. Ebenso hat er Gruppen in Österreich besucht. Hans interessiert sich insbesondere für Gemeinschaften und möchte selbst eine aufbauen. Sein Projekt steht noch in den Anfängen: *»Mit dem Verein »LEBEN« möchte ich selbstorganisierte Arbeitsplätze und den nötigen Lebensraum schaffen. Auf Selbstbestimmung lege ich großen Wert, darum soll sich die Lohnerwerbsarbeit auf das Notwendige beschränken und mehr Zeit und Aufmerksamkeit auf die eigenen Wünsche und Bedürfnisse sowie das Wohl der Gemeinschaft gerichtet werden. Als ersten Schritt habe ich mir einen eigenen Arbeitsplatz geschaffen, indem ich handwerkliche Leistungen und Psychosoziale Begleitung anbiete. Als Vision sehe ich ein nationales und internationales Netzwerk von Gemeinschaften, das in der Lage ist, sich mit sämtliche Dingen des täglichen Bedarfs selbst zu versorgen. Natürlich ohne den derzeit bestehenden Raubbau an Mensch und Umwelt.«*

Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, A-9020 Klagenfurt
☎0043-46 34 18 590, Mobil 0043-664-643 8437
E-Mail: vereinleben@aon.at

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

V.A.: Doom & Gloom.
Early Songs of Angst and Desaster 1927-1945 (Trikont / Indigo)

Christoph Wagner hat für den Trikont Verlag 24 Hillbilly und Blues Songs aus den Jahren 1927-1945 zum Thema »Angst and Desaster« zusammengetragen. Es sind Reflexionen aus der Sicht der einfachen Bevölkerung über Naturkatastrophen, technische Pannen, die den Glauben an den technischen Fortschritt nicht hemmen konnten, Kriegserfahrungen und den Abwurf der Atombombe, die sich auf der CD nebeneinander finden. Vor dem Hintergrund der vielen Katastrophen in den vergangenen Jahren und den Prognosen der Klimaveränderungen in den kommenden Jahren wirken die Lieder einerseits streckenweise naiv, aber andererseits auch hochmodern. Es sind auf der einen Seite Lieder über Flutwasser, Brände, Minenunglücke, den Untergang der Titantic und Eisenbahnunglücke, auf der anderen Seite aber auch Lieder über den Krieg und die Folgen.

Mit beiden Ebenen kämpfen wir auch heute noch – auch wenn die Naivität gegenüber dem technischen Fortschritt bereits nachgelassen hat. Der Versuch beide Themenfelder zusammenzubringen, dämpft etwas die Euphorie für diesen Sampler. Es fällt mir schwer, diese beiden Arten von Ereignissen zusammen zudenken. Der Abwurf einer Atombombe, der von Karl und Harty (»When the atom bomb fall«) besungen wird, und Lulu Nelles und Scottys Song über die Folgen des Krieges (»That Crazy War«) sind eine völlig andere Ebene, als der Untergang der Titanic, den Richard »Rabbit« Brown (»Sinking of the Titanic«) und Cofer Brothers (»The big ship sunk«) besingen. Die Gefahr, die Schrecken des Krieges durch eine Gleichsetzung mit Naturkatastrophen zu relativieren und indirekt für nicht abwendbar zu halten, erscheint mir durchaus gegeben, auch wenn ich dem Herausgeber dies nicht unterstellen möchte. Sein Zugang ist geprägt durch den Begriff des Terminus »Im Schatten der Apokalypse«.

Ohne Frage stellt der Sampler eine interessante Mischung dar, die den Umgang und die Reflexion mit dem technischen Fortschritt und seiner Nebenfolgen beschreibt und in gewissem Sinne eine Art »Oral History« darstellt. Vor diesem Hintergrund ist der Wert solcher sorgsam zusammengestellten Compilations nicht zu unterschätzen. Auf diesen Aspekt geht auch Keith Chandler in seinem Beitrag im Booklet ein. Dennoch bleibt der fade Beigeschmack, daß zwei Ebenen zusammengeführt werden, die nicht zusammengehören. Die musikalische Ebene dürfte für alle Blues-FreundInnen eine weitere Kostbarkeit sein.●

DJ Chaoz

Weitere Informationen: www.trikont.de.

ZUR DISKUSSION: WAS VERSTEHEN WIR UNTER »SOLIDARISCHER ÖKONOMIE« ?

Zwischen Marktzwängen und Keimformen einer anderen Welt

Der Begriff »Solidarische Ökonomie« ist in Deutschland relativ neu. Er wird zunehmend verwendet, seit im November 2006 ein breites Bündnis von Akteuren den großen bundesweiten Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« in Berlin veranstaltet hat. CONTRASTE war Mitveranstalter und hat mehrfach ausführlich berichtet. So vielfältig wie die Menschen und Gruppen, die sich mit dem Thema beschäftigen, ist auch das Verständnis dessen, was mit Solidarischer Ökonomie gemeint ist.

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● »Ökonomie« ist ein anderes Wort für »Wirtschaft«. Es umfasst den Umgang mit Ressourcen jeglicher (materieller und immaterieller) Art, ihre Nutzung und Umwandlung durch menschliche Arbeit und die Art und Weise, wie die Produkte dieser Arbeit zwischen denen verteilt werden, die sie nutzen. Dies kann auf sehr unterschiedliche Weise geschehen – was bedeutet »solidarisch«? Solidarisches Handeln schließt Egoismus nicht aus, bezieht aber das Gegenüber ein in die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse. Ich würde Solidarität mit »Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit« übersetzen.

Insofern halte ich es für eine Einschätzung der Qualität solidarischen Handelns für unabdingbar, nach den dahinter stehenden Interessen zu fragen. Wir kennen durchaus solidarisches Handeln z.B. in mafiösen Strukturen oder rechten Soligruppen zur Unterstützung nationaler Gefangener. Entscheidend ist, wer sich mit wem aus welchem Grund zusammen tut, wessen Interessen bedient werden und welches Bild vom Menschen und von der Welt das Handeln leitet.

Hinter einer solidarischen Ökonomie wie ich sie verstehe, steckt – ausdrücklich benannt oder stillschweigend vorausgesetzt – das Leitbild einer Welt, in der ausnahmslos alle Menschen allein aufgrund ihres Menschseins das Recht und die Möglichkeit haben, auf eine menschenwürdige Art Zugang zu all dem zu haben, was sie physisch, psychisch und geistig benötigen, um ein gutes Leben in selbstgewählten sozialen Zusammenhängen führen zu können.

Ausgehend davon kann die Perspektive einer solidarischen Ökonomie nur eine globale sein, denn es reicht nicht aus, in einem kleinen Projekt oder in einem Land dieser Erde diese solidarische Ökonomie umzusetzen – was auch dauerhaft gar nicht möglich wäre, da die globalen Marktzwänge eine permanente Bedrohung für diese Nischen darstellen. Eine Solidarische Ökonomie braucht Ressourcen, mit denen sie wirtschaften kann. Wir erleben aktuell einen weltweiten Raubzug der Akteure des Kapitals, an dessen Ende diejenigen, die solidarisch wirtschaften wollen, mit leeren Händen da stehen werden, wenn sie sich nicht jetzt zur Wehr setzen und ihr Recht auf die Grundlagen des Wirtschaftens geltend machen.

Aktuelle Handlungsfelder sind zum Beispiel die Auseinandersetzungen um die Privatisierung der Daseinsvorsorge, um internationale (Handels-) Abkommen und Eigentumsrechte (Biopiraterie und geistiges Eigentum). Um gesellschaftliche Wirksamkeit zu erlangen und die Zielstellung eines guten Lebens für alle nicht preiszugeben, muss eine Solidarische Ökonomie mehr sein als eine Ansammlung kleiner Wohlfühlnischen. Sie muss raus aus der Gartenzwergperspektive und sich mit realen Kämpfen verbinden.

Für eine gesellschaftspolitische Wirksamkeit sind unterschiedliche Akteure notwendig. Sowohl diejenigen, die in den Projekten Keimformen eines anderen Lebens und Arbeitens aufbauen als auch diejenigen, die sich in den sozialen Kämpfen für bessere Lebensbedingungen einsetzen und sich denen entgegen stellen, die im Interesse der Herrschenden deren Interessen durchsetzen wollen.

Darüber hinaus werden UnterstützerInnen gebraucht, die auf unterschiedlichste Art die Menschen in den Projekten und in den Kämpfen unterstützen. Solche UnterstützerInnen finden sich überall: bei Verbänden, Gewerkschaften und Medien, in der Wissenschaft, bei politischen Parteien und mitunter selbst im Staatsapparat.

Foto: Archiv

Das Projekt einer Solidarischen Ökonomie ist ein sehr großes Vorhaben, es hat längst begonnen, und heute weiß keineR, wohin es führen wird. In den konkreten Vorhaben werden aus unterschiedlichster Motivation und auf verschiedensten Ebenen Alternativen entwickelt. So steht in vielen Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas das materielle Überleben im Vordergrund. Ohne Solidarität wäre selbstorganisiertes Wirtschaften dort kaum möglich. Hierzulande erleben wir, wie die eher anspruchsgeleiteten Ansätze der 1970er und 80er Jahre sich wandeln in Existenzsicherungsvorhaben als Alternativen zu Hartz IV und zur Privatisierung der Daseinsvorsorge. Wer keine Wahl hat, ist in viel größerem Maße auf Selbsthilfe angewiesen als diejenigen, die sich aus freien Stükken und Überzeugung zu kollektiver Arbeit entscheiden.

Allerdings ist die Fähigkeit zu wirtschaftlicher Selbsthilfe sehr unterschiedlich verteilt, sie ist wesentlich abhängig vom Zugang zu Ressourcen (Geld, Wissen, soziales Kapital, ...), aber auch von persönlichen Fähigkeiten und sozialen Kompetenzen. Solidarische Ökonomie birgt Möglichkeiten für kollektives Handeln zur Verbesserung der Versorgung mit notwendigen Gütern und Leistungen, für Beschäftigung und soziale Integration. Insofern kann sie Teil einer Strategie gegen Armut und Ausgrenzung sein. Aber sie kann sozialstaatliche Verantwortung für alle, einschließlich derjenigen, die zur Selbsthilfe nicht bereit oder in der Lage sind, nicht ersetzen.

So wird die Idee einer solidarischen Welt jenseits des Kapitalismus vermutlich noch eine Weile ein schöner, aber ferner Traum bleiben. Zumal diejenigen, deren Profitinteressen durch solidarisches Wirtschaften gefährdet wären, sicher nicht tatenlos zusehen würden, wie ihnen die Basis entzogen wird. Was bleibt, ist die Chance und Notwendigkeit, schon heute die vielen Facetten eines anderen Wirtschaftens zu erproben.

Die Bandbreite reicht dabei von kleinen, lokalen Betrieben wie zum Beispiel Handwerks- oder Kneipenkollektive, Kooperationen von FreiberuflerInnen oder Tauschringe über größere Verbünde zum Beispiel von Hausprojekten (Mietshäuser Syndikat) oder in Form von Genossenschaften (z.B. Mondragon), bis hin zu solidarischen internationalen Abkommen (z.B. ALBA in Lateinamerika).

Es geht darum, auf verschiedenen Ebenen Formen zu finden für eine dauerhafte Sicherung des Eigentums an Produktionsmitteln zur solidarischen Nutzung, Gestaltungsmöglichkeiten von Organisations- und Rechtsformen und demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen auszuloten, Arbeit und Entlohnung gerecht zu organisieren und mit erwirtschafteten Gewinnen solidarisch umzugehen. Über den Tellerrand des eigenen Projekts hinaus wird oftmals die Aufmerksamkeit auch darauf gerichtet, auf welche Art die Dinge, die für den eigenen Produktionsprozess benötigt werden, hergestellt und vertrieben werden, und wie und zu welchen Bedingungen die selbst erstellten Produkte und Leistungen an die NutzerInnen verkauft oder ihnen auf andere Art zur Verfügung gestellt werden. Ökologische und soziale Aspekte spielen oft eine wichtige Rolle.

Jedoch sind die Möglichkeiten jedes Menschen und jeder Gruppe begrenzt. Überall finden sich ebenso Schwachstellen, nicht Bedachtes, und Kompromisse aufgrund der Begrenztheit der ökonomischen Möglichkeiten oder einfach weil die Akteure überfordert sind, neben der materiellen Existenzsicherung noch all die anderen Aspekte umfassend mit zu berücksichtigen. Es gibt nichts Richtiges im Falschen, und all diese Projekte sind angreifbar und gefährdet. Denn die Macht des kapitalistischen Marktes – sowohl seine objektiv-ökonomische Überlegenheit, als auch seine subjektiv-psychischen Auswirkungen – stellt eine permanente Bedrohung dar, und wer sich dessen nicht bewusst ist und nicht aktiv gegensteuert, steht im Risiko, ihm zu unterliegen.

Die Bedeutung dieser Projekte einer solidarischen Ökonomie liegt einerseits in der konkreten Verbesserung der Lebenswirklichkeit für die direkt an ihnen Beteiligten. Andererseits stellen gerade die vielfältig weltweit entstehenden Modelle Keimformen dar, die auf verschiedensten Ebenen notwendige Erfahrungen schaffen für eine Welt jenseits des Kapitalismus.

Bei all ihrer Verschiedenheit gibt es ein gemeinsames Kennzeichen der Vorhaben solidarischen Wirtschaftens: sie sind in erster Linie darauf ausgerichtet, mit ihrer Arbeit konkrete menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Es geht also um den Nutzen der eigenen Arbeit für andere, nicht um den Profit (also die private Aneignung von Gewinnen aus der Arbeit anderer) wie in der kapitalistischen Wirtschaft.

Es gibt keine Instanz, die das Recht oder die Macht hätte, zu definieren, wer zur Solidarischen Ökonomie dazu gehört und wer nicht. Um weltweit eine starke Bewegung zu werden, braucht es eine Vielfalt an Akteuren. Wichtig sind gegenseitiger Respekt, Interesse und Verständnis für die unterschiedlichen Ausrichtungen und Erfahrungen unter den jeweiligen Rahmenbedingungen. Wenig hilfreich ist es, wenn einzelne Gruppen meinen, sie hätten mehr als andere den richtigen Weg gefunden, und genau der Punkt, an dem sie entschieden haben aktiv zu sein, sei derjenige, der wichtiger sei zur Überwindung des Kapitalismus als die Punkte, an denen andere arbeiten.

Für eine Solidarität innerhalb der entstehenden Bewegung Solidarischer Ökonomie brauchen wir keine Belehrungen oder gar Heilslehren, sondern Plattformen des persönlichen und virtuellen Kontakts und Austauschs, um mehr voneinander zu erfahren, zu lernen und projektübergreifende solidarische Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen.●

Dieser Text versteht sich als Beitrag zur Verständigung darüber, was eigentlich gemeint ist, wenn zunehmend von »Solidarischer Ökonomie« die Rede ist. In loser Folge wird CONTRASTE diese Reihe fortsetzen.

InfoKasten:

Konkrete Informationen zu Solidarischer Ökonomie sind nicht so leicht zu finden. Zwar ergibt die Google-Suche im Web fast 35.000 Einträge, aber das verwirrt mehr als dass es etwas bringt. Hier eine kleine Übersicht ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit:

Bunte Seiten – das Verzeichnis alternativer Projekte, Initiativen und Betriebe der CONTRASTE wird nach und nach aktualisiert und die Adressen ins Internet gestellt:
www.contraste.org/links2.htm
Kommunen: ebenfalls bei CONTRASTE angesiedelt ist die Website des Vernetzungszusammenhangs politischer Kommunen:
www.contraste.org/kommunen.htm
www.solidarische-oekonomie.de:
die Kongress-Website wird nach und nach mit weiteren Informationen bestückt.
Ein paar weitere interessante Websites:
www.netz-bund.de
www.innova-eg.de
www.genossenschaftsgedanke.de
www.genossenschaftsgruendung.de
www.neuegenossenschaften.de
www.genossenschaften-in-berlin.de

CONTRASTE-Veranstaltung auf dem Sozialforum in Cottbus

Unsere RedakteurInnen Elisabeth Voß und Hilmar Kunath haben auf dem Sozialforum in Cottbus am 19.10.2007 versucht, einen Streit, den sie schon länger miteinander haben, öffentlich im Rahmen eines Workshops auszutragen. Denn es geht dabei um mehr als nur eine private Auseinandersetzung: »Solidarische Ökonomie zwischen Marktzwängen und Keimformen einer anderen Welt«

In einer solidarischen Ökonomie wirtschaften die Menschen anders. Aber wie? Was sind konkret die neuen Formen dieses Wirtschaftens, das unter den Umgebungsbedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft schon heute einen erfahrbaren Anfang einer anderen, nicht-kapitalistischen Welt vorweg nimmt?

Die CONTRASTE-RedakteurInnen luden ein, sich nach Eingangsbeiträgen zu »Praktische Wertkritik« (Hilmar) und »Solidarische Ökonomie trotz Markt und Geld« (Elisabeth) am Streit zu beteiligen und verschiedene Positionen zu überdenken.

Unsere RedakteurInnen sind sich nicht einig geworden – das war auch nicht der Anspruch der Veranstaltung. Aber sie konnten im Gespräch mit den immerhin acht Workshop-TeilnehmerInnen ihre Positionen klären, sowohl Verbindendes als auch Trennendes deutlicher benennen. Wir freuen uns, wenn sich unsere LeserInnen auch an einer Auseinandersetzung beteiligen darüber, wie praktische Kritik an der Marktwirtschaft möglich und sinnvoll ist.●

Andrè Gorz 1997 in einem Interview mit der Zeitung »Liberation« (Zitat aus: »Schweizer Wochenzeitung«, 27.09.2007): »Man muss sich mental aus der lohnabhängigen Gesellschaft, aus der Arbeitsgesellschaft als einziger Form der Gesellschaft zurückziehen. Der erste Akt jeder politischen Veränderung, jeder gesellschaftlichen Umwälzung, ist eine kulturelle Veränderung. Die erste Aufgabe ist die Herstellung einer neuen Form von Gemeinschaft, die weder auf den Warentausch noch auf den Verkauf der Ware Arbeitskraft gegründet ist.«

Anzeige

FREIBURG: RADIO DREYECKLAND BRAUCHT DRINGEND HILFE

Linkes Radio massiv bedroht

Das älteste Freie Radio Deutschlands ist in Schwierigkeiten geraten. In einer Eilentscheidung hatte Anfang Oktober 2007 das Verwaltungsgericht Stuttgart die Verweigerung der Gebührenmittel durch die Landesanstalt für Kommunikation (LfK) gebilligt. Die Mittel hatte Radio Dreyeckland (RDL) noch 2006 für sein im Juni gestartetes, lokal und regional ausgerichtetes Morgenradio erhalten. Viele sehen dies als Erfolg der LfK und der Stuttgarter CDU in ihrem langjährigen Kampf gegen freie Medien in Baden-Württemberg.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Das links-alternative Radio Dreyeckland wurde 1977 als »Radio Verte Fessenheim« gegründet. Die erste Sendung dauerte 12 Minuten und wurde am 4. Juni 1977 ausgestrahlt. Es war der bekannteste Piratensender im deutschsprachigen Raum. Seit 1981 nannte dieser sich Radio Dreyeckland, das grenzüberschreitend im Dreiländereck Schweiz, Frankreich, Deutschland sendete. Das Radio ist aus dem Widerstand gegen die drei Atomkraftwerke Fessenheim, Whyl und Kaiseraugst entstanden. 1988 konnte das Radio erstmals legal senden.

Durch seine Entstehungsgeschichte war RDL stets fester Bestandteil der politischen Bewegungen der Region. Ob MigrantInnengruppen, Schwule und Lesben, politische, soziale und ökologische Bewegungen oder Anhänger Mainstreamferner Musikrichtungen, alle fanden im Radio ein Medium, ihrer Agenda ein Gehör zu verschaffen. RDL ist seit über 30 Jahren ein Dorn im Auge der Stuttgarter Behörden.

Nun sieht es nach dreißigjähriger Geschichte so aus, als hätte das Radio den Kampf gegen den öffentlich-rechtlichen und privaten Mainstream verloren. Seit zwei Monaten können keine Löhne mehr gezahlt werden, das Programmheft wurde eingestellt, die Räume für Archiv und Verwaltung müssen gekündigt werden und die Hälfte der 12 Hauptamtlichen, die vor allem für Verwaltung und Einarbeitung der ehrenamtlich arbeitenden Redakteure zuständig waren, wird voraussichtlich entlassen. Trotzdem herrscht kämpferischer Wille zum Weitermachen, und ans Aufgeben will keiner denken.

So startete Anfang November eine Kampagne für den Erhalt dieses unabhängigen Mediums in Freiburg. »Wir stehen auf zwei Beinen. Auf der einen Seite finanzieren wir uns durch die Mitglieder und Unterstützer des Radios. Auf der anderen Seite von den Landesmitteln der LfK. Dies ist ein Holzbein, und wir wollen es durch ein gesundes ersetzten!« So und ähnlich klingt es im Radio an. Noch ist RDL dringend auf öffentliche Gelder angewiesen. Doch immer mehr werden diese an Projekte und Auflagen gebunden, die ein freies Arbeiten nicht mehr ermöglichen und Druck auf die Radiomachenden ausüben sollen.

Im konkreten Fall geht es um den Sendebereich Schopfheim/Lahr, für den die LfK im März 2007 trotz Erfüllung aller Auflagen Gelder verweigerte. Während des sechsmonatigen »Eilverfahrens« musste RDL Standleitungen und Studios in Schopfheim teuer aufrechterhalten, um die Auflagen zu erfüllen – trotzdem entschied sich das Gericht für den »Ermessensspielraum« der LfK und sprach somit der Behördenwillkür zu. Dies riss das Radio in eine schwere finanzielle Krise.

Aus der Not eine Tugend machen – Unabhängigkeit für ein freies Radio!

Die Taktik der LfK, freien Radios in BaWü das Leben schwer zu machen, ist unübersehbar. Laut Gesetz ist das Land verpflichtet, freie Radios zu fördern und zu ermöglichen. Die Taktik der LfK läuft jedoch darauf hinaus, langfristig den freien, politischen Radios den Garaus zu machen und durch so genannte »Bürgerradios« zu ersetzten. So bekam etwa Radio Querfunk in Karlsruhe Probleme, als eine eindeutig sexistische Gruppe rausgeschmissen wurde. Die LfK beschwerte sich daraufhin, dass das Radio »allen Gruppen« offen stehen müsse und keine eigene, politische Meinung vertreten werden darf.

RDL in Freiburg versucht nun, aus der Not eine Tugend zu machen. »Schlagen wir uns das Holzbein ab!« heißt es. Zunächst müssen zwar Räume gekündigt und Festangestellte entlassen werden, doch langfristig hoffen die Radiomachenden auf Unterstützung aus der Bevölkerung. »Hört, macht, unterstützt freies Radio!« lautet die Parole, und die Freude über den Erfolg ist den Leuten im Radio anzusehen. In kürzester Zeit unterstützen viele Hörer und Sympathisanten den Aufruf, und viele Bands, Veranstalter und politische wie soziale Organisationen, die jahrelang von der Arbeit des Radios profitiert haben, zeigen ihre Solidarität. So langsam kommt Schwung in die Bewegung für den Erhalt des ältesten freien Radios Deutschlands, und die Hoffnung, doch noch einmal 30 Jahre weitermachen zu können, steigt mit jedem neuen Sympathisanten. Das Radio benötigt für den Weiterbetrieb 25.000 EUR, am 15.11.2007 lag der Eingang der Spenden knapp über 10.000 EUR.

Die Autonome Antifa Freiburg schrieb am 15.11.2007 in ihrem Communiqué mit dem Titel »Soziale Kämpfe brauchen freie Medien«: » *... Die basisdemokratische Organisationsstruktur freier Medien ermöglicht politisch unabhängige Berichterstattung von unten und damit eine kritische Gegenöffentlichkeit zur herrschenden Propaganda. Der Staat reagiert auf die zunehmende Verbreitung freier Medien mit einer Strategie des Zurückdrängens, die von schlechten Sendefrequenzen bis zu direkter Repression reicht. Der Angriff auf Radio Dreyeckland ist ein Angriff auf alle selbstverwalteten Medienprojekte, gegen den wir uns nur gemeinsam wehren können. Hört, macht, unterstützt freies Radio!*«●

Weitere Infos: www.rdl.de
http://de.wikipedia.org/wiki/Radio_Dreyeckland

Quellen: indymedia
Communiqué Autonome Antifa Freiburg

FREIE UNI HAMBURG

Lernen und lehren »auf Augenhöhe«

Ein neues Projekt basisbestimmter, nicht-kommerzieller Bildung wird gerade vom Arbeitskreis Lokale Ökonomie in Hamburg entwickelt.

Redaktion Hamburg ● Wissen können sich die Menschen unentgeltlich weitergeben. Gerade durch das Internet stehen große Mengen davon über Natur und Gesellschaft für alle frei zur Verfügung. Aber in einer Gesellschaft, in der so vieles zu einer Ware geworden ist, wird ständig versucht, auch Wissen zu privatisieren. Studiengebühren wurden eingeführt. An den Universitäten und Schulen wurde das Lernen in den letzten 30 Jahren stärker auf erwartete Leistungen, Prüfungen, Scheine und Noten hin ausgerichtet, die Freiheit von Lernen und Lehren beschränkt. Das Verhältnis zwischen der lehrenden und der lernenden Rolle ist meist einseitig geblieben.

Eine Uni für alle

Bildung und Lernen stehen aktuell in hohem Maße unter dem Zwang zur Erwerbsarbeit. Deshalb kann eine freie, gegenseitige Wissensvermittlung, zunächst auch sinnvoll in davon abgekoppelten **Freiräumen** stattfinden. Dazu möchte die Freie Uni HH einen kleinen Beitrag leisten. Sie richtet sich an alle Menschen, besonders auch an diejenigen, die sonst nicht die Gelegenheit hätten, eine Uni zu nutzen. Sie versucht, sich mit dem sonstigen Leben zu verbinden. Die Freie Uni strebt danach, Bildung in die Hände der sich Bildenden zu legen und sich von der weiter sich verdichtenden Abhängigkeit von Waren und Geld zu lösen.

Es wird in kleinen, selbstorganisierten Gruppen gelernt – in freiwilligen Neigungsgruppen. Bisher sind 10 Startergruppen zusammen. Es sollen natürlich mehr werden. Hier in den Themengruppen kann man sich gut kennen lernen. Alle tragen nach ihren Möglichkeiten zu den jeweils selbst gesteckten Bildungszielen bei. Noten, Scheine, Zeugnisse gibt es nicht. Es gibt z.B. einen »Drum circle«, eine Einführung in die Astrophysik, eine Englisch-Lerngruppe und verschiedene Lesekreise.

Eine Lerngruppe entsteht, wenn eine Anbieterin / ein Anbieter auftritt und sich Leute finden, das angesagte Thema in selbstbestimmter Weise zu behandeln. Jede (r) kann etwas anbieten oder TeilnehmerIn sein. Die Gruppen können all ihre Lernbedingungen frei bestimmen – auch z.B. eine Höchstgrenze der Teilnahme für sich festlegen.

Die Freie Uni HH gestaltet ihren gesamten Ablauf mit möglichst wenig Kosten, um unabhängig vom Warenwert zu bleiben. Das bedeutet, die Lerngruppen treffen sich in den Wohnungen der Beteiligten und überall dort, wo es nichts oder fast nichts kostet und wo sie wollen.

Sich gegenseitig helfen

Die sich weiterbildenden Aktiven können ihr erworbenes Wissen selbstverständlich für ihre Erwerbsarbeit nutzen. Im Rahmen der Freien Uni geben sie sich gegenseitig dieses Wissen umsonst. Sie sind gebeten – wenn sie wollen, dieses Wissen auch weiter einer auf freien, gegenseitigen Hilfen beruhenden Bildung und Produktion zu schenken. Für diese gebündelten gegenseitigen Hilfen hat der »Arbeitskreis Lokale Ökonomie e.V.« einen pluralistischen, demokratisch weiter gestaltbaren Rahmen geschaffen. In den Räumen des »AK LÖK« können Gruppen unentgeltlich starten oder gegen einen kleinen Mietbeitrag tagen. Die »Freie Uni« ist jedoch unabhängig davon, d.h. verwaltet und bestimmt sich selbst. Das Projekt ist daran interessiert, sich mit anderen ähnlichen Ansätzen in anderen Städten auszutauschen und zu ergänzen.●

Kontakt:
neuearbeithamburg@web.de
www.neue-arbeit-hamburg.de

KOCHBUCH FÜR WOHNUNGSLOSE

Gesund und vollwertig essen mit wenig Geld und ohne Küche

Redaktion Heidelberg ● Ein heller und freundlicher Raum der Wohnungslosenhilfe. Auf dem Tisch eine Vase mit Kunstrosen und eine spitzenumhäkelte weiße Decke. An den Wänden Aquarelle, gegenüber ein unauffälliges dunkles Holzkreuz: Das Haus ist in Trägerschaft der Bischof-Hermann-Stiftung. Nebenan sitzt Studentin Tanja Planz, zusammen mit ihren Prüfern Prof. Dr. Joachim Gardemann und Prof. Dr. Thomas Hülshoff. Die Sozialmediziner von der Fachhochschule Münster und der Katholischen Fachhochschule Münster haben ihre Diplomarbeit betreut. Im Kolloquium fasst Tanja Planz noch einmal die Ergebnisse zusammen, was ihr eine glatte Eins einbringt. »Eine tolle fachliche Leistung«, loben die Professoren, »geht hier einher mit sozialem Engagement.« Tanja Planz hat ein Kochbuch für alleinstehende Wohnungslose entwickelt.

Das handliche Heft eigne sich auch hervorragend für alle kleinen Haushalte mit schmalem Budget, hebt Hülshoff hervor. Die Rezepte funktionieren grundsätzlich mit wenig Aufwand, die Zutaten sind bezahlbar. »Ein Campingkocher und ein Topf reichen«, sagt Tanja Planz. Jedes einzelne Gericht hat die gelernte Köchin persönlich ausprobiert. »Meine Freunde und Familie mussten immer mitessen«, grinst sie. Wie zum Beweis ihres Könnens bietet sie nach ihrem Kolloquium zur Feier des Tages ein gefülltes Brot aus der Rezeptsammlung an. »Wenn alles so lecker schmeckt, dann haben sich Ihre Probeesser sicher nicht beschwert«, lacht Gardemann. Der Leiter des Humanitären Zentrums an der Fachhochschule Münster, als Landesarzt des Roten Kreuzes immer wieder auf der ganzen Welt im Einsatz, freut sich, dass eine studentische Arbeit ihren Fokus auf menschliche Not im eigenen Land richtet.

Was ihr eigenes Lieblingsrezept aus dem Werk sei? »Gebackene Banane«, antwortet Tanja Planz sofort und blättert danach. »Ach, oder Schokofondue? Der Kartoffelsalat ist aber auch richtig gut...« Der hohe ernährungswissenschaftliche Anspruch hinderte sie nicht daran, das Buch in einer leicht verständlichen Sprache zu schreiben. Bebildert hat sie es selbst, mit Fotografien der Mahlzeiten. Ein Saisonkalender zeigt, wann es die Zutaten besonders günstig gibt. Tipps zur Lagerung der Lebensmittel – auch ohne Kühlschrank – ergänzen die Rezepte.

Die Idee für das Kochbuch kommt von Bernd Mühlbrecht. Der Leiter des Hauses der Wohnungslosenhilfe wandte sich damit an Gardemann und Hülshoff. Diese hochschulübergreifende Zusammenarbeit mündete nun in das fertige Buch. Als Vorbereitung darauf hat Tanja Planz in der Küche und der Essensausgabe der Einrichtung hospitiert. »Die Gespräche mit den Bewohnern waren sehr hilfreich, um die Rahmenbedingungen abzustecken«, so die Absolventin. Bislang hat sie das Projekt selbst finanziert. Nun sucht die Einserkandidatin einen Sponsor oder Verlag für die Veröffentlichung, »möglichst preisgünstig sollte das sein«, sagt die Autorin mit Blick auf die Zielgruppe.

Auf der anderen Seite der Bahnhofstraße haben es sich drei Kommilitoninnen von Tanja Planz gemütlich gemacht, um nach dem Kolloquium als erste zu gratulieren. »Sie hätten ruhig reinkommen können«, begrüßt Gardemann die Wartenden. »Es gab gefülltes Brot.«●

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. Berlin als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit fast 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Fördergelder beantragen auf Französisch

Ein Workshop zum Thema Projekte planen und finanzieren

Können politische Projekte und soziale Initiativen Gelder für ihre Arbeit in ihrem Stadtteil bekommen? Welche Fördertöpfe gibt es und wie schreibe ich einen Antrag? Diese Fragen und mehr beantworteten wir an zwei Workshopwochenenden im Oktober und November diesen Jahres. Wir waren zu Gast bei der interkulturellen Stadtteilinitiative »Zusammen Leben«. Diese hatte in ihrem selbstverwalteten Ladencafé im Nordneuköllner Kiez für ihre zumeist migrantischen BesucherInnen diese Veranstaltung organisiert.

Der mit etwa 30 Menschen gut besuchte Workshop versuchte Antworten zu geben auf alle Fragen die entstehen, wenn ein Projekt geplant, umgesetzt und finanziert werden soll. Der Input zu den einzelnen Schritten zur Projektplanung bildete eine gute Grundlage, um anschließend eigene Vorstellungen zur Umsetzung von Projektideen zu entwickeln und sich mit den »Gesetzen des Förderdschungels« zu beschäftigen. Besondere Mühe macht es immer wieder, die richtigen Worte zu finden, das geplante Vorhaben mit Inhalten, Zielen und Methoden ansprechend zu beschreiben. Hinzu kommt, dass die Aussicht auf die wenigen Fördergelder, die für den Bereich Antirassismus und interkulturelle politische Projekte zur Verfügung stehen, noch einmal dadurch geringer wird, dass es für die meisten Menschen, die deutsch nicht als Muttersprache sprechen, besonders schwer ist, geeignete Formulierungen zu finden, die dem üblichen »Antragsdeutsch« entsprechen. Ein Leitfaden zu den wichtigsten Kriterien, die in einen Förderantrag gehören, konnte in diesem Punkt für Erhellung sorgen, weil alle Redebeiträge zugleich ins Französische übersetzt wurden.

Netzwerk möchte mit solchen Workshops besonders neu gegründeten Initiativen helfen, sich die Tipps und Tricks der Projektrealisierung anzueignen und somit auch in Zukunft widerständige, emanzipative und kritische Projekte entstehen zu lassen.●

Katja Grabert für Netzwerk Selbsthilfe e.V.

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
netzwerk-berlin@t-online.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

AUFRUF AUS DEM GEFÄNGNIS

Ungehorsam: Friedensaktivist Martin Otto

Martin Ottos »Mahnwache hinter Gittern« in Frankfurt am Main, staatlicherseits verhängt für seine Teilnahme an einer gewaltfreien Aktion auf dem Gelände des European Command (EUCOM), der europäischen Befehlszentrale des US-Militärs in Stuttgart, dauerte vom 29. Oktober bis 4. November 2007. Wir dokumentieren (leicht gekürzt) seine aus diesem Anlass verfasste Erklärung:

Am 9. August 2005, dem 60. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Nagasaki, bin ich mit zwei anderen Aktiven der »Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen« (GAAA) in das Gelände des EUropean COMmand eingedrungen. Wir haben dort drinnen unter anderem ein Transparent »EUCOM schließen – Atomwaffen abschaffen!« hinterlassen. Zu unserer Überraschung sind wir dabei unbehelligt geblieben. Wir haben uns erst nach Verlassen des Areals bei der Polizei selbst angezeigt. Die Aktion bedeutete ein Fiasko für die EUCOM-»Sicherheitskräfte« und hat – laut Aussage eines Stuttgarter Bürgermeisters – einige Stellen bis hoch zum Pentagon in Aufruhr versetzt. Wegen meiner Teilnahme an der Aktion bin ich zu einer Geldstrafe von 100 EUR verurteilt worden. Aber ich will dieses Geld nicht in die Kasse des deutschen Staates zahlen, der auf seinem Gebiet eine Atomwaffen-Einsatzzentrale und die Lagerung von US-Atombomben im rheinland-pfälzischen Büchel gutheißt.

Einen Teil der Strafe habe ich durch gemeinnützige unentgeltliche Arbeit getilgt. Den zweiten Teil will ich durch eine Ersatzfreiheitsstrafe tilgen, nämlich eine **siebentägige Mahnwache im Gefängnis für eine atomwaffenfreie Welt**.

Um die gesamte Reststrafe zu tilgen, müsste ich neun Tage im Knast bleiben. Aber die letzten zwei Tage werden mir durch eine **demonstrative Freikaufaktion** erspart bleiben. Durch die Zahlung von 10 EUR werde ich nach sieben Tagen entlassen. Die 10 EUR stammen aus einem Fonds, in den 360 Menschen insgesamt 1.424 EUR eingezahlt haben, um Freikaufaktionen für meine MitstreiterInnen und mich zu ermöglichen.

355 der 360 SpenderInnen stehen namentlich unter einem Offenen Brief, der bereits im Januar an die Bundesregierung, an den US-Botschafter in Berlin und an Justizbehörden geschickt wurde. In dem Brief wird appelliert, die Nuklearwaffen abzuschaffen (»Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!«) und die Strafverfolgung von Menschen zu beenden, die sich mit gewaltfreien Aktionen dafür einsetzen.

Für mich ist es der siebte Aufenthalt in einem Gefängnis.

Ins Gefängnis gehen als politische Aktion

Neben dem massenhaften Streik und dem massenhaften Boykott ist das Füllen und Überfüllen der Gefängnisse das wirksamste gewaltfreie Kampfmittel. Hier und heute erscheint der erfolgreiche Einsatz aller drei Kampfmittel utopisch. Die gesellschaftlichen Bedingungen sind offenbar nicht gegeben. Zu viele BürgerInnen – auch aus den Protestbewegungen – haben es sich in unserer reichen Konsumgesellschaft allzu bequem gemacht. Der Vorteil des Kampfmittels »Überfüllen der Gefängnisse« ist jedoch, dass für einen politischen Erfolg wesentlich weniger Menschen benötigt würden als bei Streik oder Boykott.

Die FriedensaktivistInnen Hanna Jaskolski, Martin Otto, Wolfgang Sternstein und Hermann Theisen (v.l.n.r.) 2005 vor dem Amtsgericht Cochem

Hunderttausende sagen: »Was kann man denn als Einzelner schon tun?« Es mag sein, dass eine Protestdemonstration von Hunderttausenden nicht viel bewirkt. Es mag auch sein, dass eine Reihe von Aktionen des Gewaltfreien Widerstands, an denen Zehntausende teilnehmen, nicht viel bewirkt. Aber wenn in unserem Staat zehntausend Leute bereit wären, durch Zivilen Ungehorsam die Gefängnisse zu überfüllen, dann würde das einen politischen Erfolg herbeiführen.

Ein Beispiel für einen solchen politischen Erfolg ist die Sit-In-Bewegung in den USA 1960/61. Mit Martin Luther King als Leitfigur erlebte die US-Bürgerrechtsbewegung gegen die Rassentrennung ihre Höhepunkte. An den gewaltlosen Besetzungen von »weißen« Restaurants, »weißen« Kinos, »weißen« Supermärkten usw. nahmen 70.000 Menschen teil. 3.600 ließen sich ins Gefängnis bringen und verbüßten ungerechte Bestrafungen.

Martin Luther King selbst ist rund 120mal verhaftet worden. Gandhi war in Indien etwa sechs Jahre in Haft, bis die Unabhängigkeit erkämpft war. Er pflegte seinen MitstreiterInnen, die wegen Zivilen Ungehorsams im Gefängnis waren, zu gratulieren. Damit wollte er sagen: Du bist auf dem richtigen Weg. Nur weiter so, denn der Weg zu Indiens Freiheit führt durch die Gefängnisse.

Heute haben wir das große Unrecht der nuklearen Abschreckungspolitik. Nach einer gewaltfreien Aktion gegen dieses Unrecht einen Gefängnisaufenthalt auf sich zu nehmen, hat nichts mit »stiller Duldung« oder gar »Märtyrertum« zu tun, sondern eher mit zielstrebigem Erfolgsdenken auf einem Politikfeld, auf dem wir uns Spielereien nicht erlauben sollten. Es geht um Menschenmassen-Vernichtungswaffen.

Schon gewusst? Noch gewusst?

»Mich kostet es in jeder Hinsicht weniger, die Strafe für Ungehorsam gegen den Staat anzunehmen, als wenn ich gehorchen würde. Im zweiten Fall käme ich mir ärmer vor. Unter einer Regierung, die irgend jemanden unrechtmäßig einsperrt, ist das Gefängnis der angemessene Platz für einen gerechten Menschen.«

(Henry David Thoreau, 1817-1862, US-amerikanischer Steuerverweigerer, in seinem Essay von 1849 »Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat«)

Aufruf zur Beteiligung am Gewaltfreien Widerstand gegen die Atomwaffenpolitik

Liebe Leserin und lieber Leser dieses Knastinfos, beteilige dich an weiteren Aktionen für die Abschaffung aller Atomwaffen. (Es muss ja nicht gleich eine Aktion sein, die dich ins Gefängnis bringt.) Schreibe mir an meine Heimatadresse (Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar), dass du von mir zu einem Treffen zwecks Vorbereitung von Aktionen des Gewaltfreien Widerstands in Stuttgart und/oder in Büchel (Südeifel) eingeladen werden willst.

Gewaltfreien Widerstand zu leisten bedeutet, sich nicht auf das Demonstrieren und Appellieren und auf andere staatlich erlaubte Protesthandlungen zu beschränken, sondern in besonnener Art und Weise Verbote zu übertreten. Damit soll ein stärkerer politischer Druck auf die Verantwortlichen erzeugt werden, die sich in der Regel von Demonstrationen wenig beeindrucken lassen, auch nicht von solchen mit großer TeilnehmerInnenzahl. (»Ihr demonstriert – wir regieren«). Bei unseren Aktionen soll keine körperliche Gewalt gegen Personen angewendet oder angedroht werden, auch und gerade dann nicht, wenn gegenüber den gewaltfreien Aktiven Gewalt angewendet wird.●

Info: www.gaaa.org

USA: STIMMEN GEGEN DEN KRIEG

Deserteur aus dem Irak-Krieg: Chris Capps

Unter dem Titel »USA: Stimmen gegen den Krieg« veranstalteten Connection e.V. (deutsche Unterstützungsorganisation für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aller Länder) und die DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner) im Oktober/ November 2007 eine Rundreise von US-Kriegsdienstverweigerern durch die Bundesrepublik. In Köln traf CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff den Deserteur Chris Capps, der auf Einladung von »bundeswehr wegtreten« und anderen antimilitaristischen Gruppen hier auftrat.

von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Chris Capps ist 23 Jahre alt und bereits Kriegsveteran. Allerdings kein gewöhnlicher. Von einem Heimaturlaub aus dem Irak-Krieg 2006 kehrte er nicht in die US-Armee zurück. Er »ging Awol«, wie er erklärt. Das heißt: »Absent without official leave«, also unerlaubtes Entfernen von der Truppe. Die Strafe dafür fiel erstaunlich mild aus: nachdem er sich gestellt hatte, wurde Chris Capps nach kurzem Militärgewahrsam zum Deserteur erklärt und »unehrenhaft entlassen«.

Seine Erklärung dafür: es gebe immer mehr Verweigerer – mittlerweile rund achtzig pro Woche. Daher sei größere öffentliche Aufmerksamkeit nicht erwünscht. Heute lebt Chris Capps mit seiner deutschen Frau und einem Sohn in Hanau. Er will die Staatsbürgerschaft wechseln, denn: »Die US-Politik passt mir nicht. Sie kostet zu viele Menschenleben. Und außerdem werde ich jetzt von meiner Familie in New Jersey als »Verräter« angesehen.«

Was hat den jungen Mann veranlasst, vor dem Kriegsdienst zu flüchten? Er wird recht einsilbig, wenn mensch ihn danach fragt. Es scheint, dass ihm seine Rolle als US-Soldat in Bagdad schrecklich peinlich ist. Dabei ist er selbst nicht im Kampfeinsatz gewesen. Er arbeitete als Kommunikationstechniker im »Camp Victory«, dem »Sieger-Camp«. Dort herrscht durchaus ein gewisses Wohlleben, weiß Capps zu berichten: Man isst Fast Food der bekannten Marken, trinkt Bier und kann sich mit Konsumgütern aller Art eindecken. Die Explosionen und das ständige Maschinengewehrfeuer ringsum seien allerdings beunruhigend gewesen. »What the hell's going on out there?« fragte sich der GI.

Nach und nach sei er auch dahinter gekommen, dass die Firma KBR (Kellog Brown and Root, ehemaliges Subunternehmen von Halliburton – dem Konzern, an dessen Spitze bis 2000 der heutige US-Vizepräsident Dick Cheney stand und der als Haupt-Profiteur des Irak-Kriegs gilt) seinen US-Angestellten im Camp mindestens 100.000 US-Dollar Jahresgehalt zahlt, während die Arbeiter aus den Philippinen mit 10 bis 20 Dollar pro Tag entlohnt werden. Das beleidigte Chris' Gerechtigkeitssinn. Und dann erfuhr er von den Zuständen im Gefängnis Abu Ghreib und konnte sich nicht verhehlen, dass er Teil des Systems war, das die dortigen Grausamkeiten verursachte. Andere Soldaten erzählten ihm von ihren brutalen Kämpfen, vielen Todesopfern und noch mehr Traumatisierten. Daraufhin beschloss der Soldat Capps, sein Krieger-Dasein zu beenden, was ihm 2007 dann per Desertion gelang.

Und warum ist er überhaupt in die US-Armee eingetreten? Diese Geschichte hört sich typisch an: ein Zwanzigjähriger ohne Ausbildung und Perspektive lebt bei seinen Eltern in einer Kleinstadt in New Jersey, kann sich keine Wohnung und auch sonst nur wenig leisten, lässt sich für die Armee rekrutieren und glaubt, er werde schon nicht in den Krieg ziehen müssen. So pflegen es die Anwerber darzustellen. Stattdessen stellen sie Ausbildung und gutes Einkommen in Aussicht. Heute ist Chris Capps erleichtert, dass er für diese Illusion nicht härter büßen musste und engagiert sich bei den »Iraq Veterans Against the War«. Die 2004 gegründete Organisation spricht für rund 500 Mitglieder – aktive und ehemalige Militärangehörige, die den sofortigen Rückzug der Besatzungstruppen aus dem Irak fordern. Sie klären in Schulen, Militäreinrichtungen und Medien über Erfahrungen und Hintergründe des Irak-Kriegs auf und verlangen nicht nur angemessene medizinische Versorgung für die US-Veteranen, sondern auch Reparationszahlungen der USA für die Zerstörungen im Irak und dessen Ausplünderung durch US-Konzerne.

Dafür tritt auch Capps ein, ein naiv zum Mittäter Gewordener. Einer, der dies heute als Deserteur bereut. Als einer von mittlerweile vielen. Man schätzt ihre Zahl auf 40.000. Auf der website von »Iraq Veterans against the War« kann mensch nachlesen, was die Mainstream-Medien hier wie in den USA beschweigen: www.ivaw.org.●

Weitere Infos: www.bundeswehr-wegtreten.org

Anzeige

Anzeige

Verlag Edition AV

Sébastien Faure
Die anarchistische Synthese und andere Texte

ISBN:978-3-936049-85-5
80 Seiten
Preis: 9,80 €

Und mehr Bücher unter www.edition-av.de

DIE UNIVERSITÄTSSTADT GÖTTINGEN HAT ZWEI CARSHARING ANBIETER

Ohne eigenes Auto dennoch mobil

Wenn man auf Göttingens Straßen unterwegs ist, begegnen einem neben den Stadtbussen, immer häufiger Fahrzeuge vom »Grünen Auto« oder »Stadt-Teil-Auto«. Wer steckt hinter diesen Fahrzeugen und welche Ziele verfolgen diese Unternehmen? Das Prinzip, nach dem diese beiden Autovermieter arbeiten, heißt Carsharing, zu deutsch »sich das Auto teilen«. Die Idee des Carsharing verbreitete sich rasant in Deutschland. Im Bundesverband Carsharing e.V. sind 235 Betriebe organisiert, mit insgesamt rund 100.000 Kunden.

Tabea Nolte und Karen Laubinger, Red. Göttingen ● Diese Entwicklung verwundert nicht. Gerade in Diskussionen zu den Themen Klimawandel oder CO_2-Ausstoß erscheint das Autoteilen als gelungener Beitrag zum Umweltschutz. Denn viele Menschen benötigen kein eigenes Auto, ihnen reicht die Möglichkeit, bei Bedarf auf ein gemeinsames Fahrzeug zugreifen zu können, beispielsweise beim Möbel- oder Wochenendeinkauf oder um an freien Tagen Freunde in einer anderen Stadt zu besuchen. »Die Nutzung von Carsharing reduziert die gefahrenen Kilometer«, stellt Niklas Wachholtz, Mitarbeiter des Stadt-Teil-Auto Göttingen, fest. Für den innerstädtischen Alltag wählen viele Göttinger ihr Fahrrad oder den Bus.

Existiere das Angebot des Carsharings nicht, würden sich viele Menschen überlegen, sich ein eigenes Auto zuzulegen, um mobil zu sein. Doch besitzt man erst einen privaten PKW, entstehen Fixkosten, die man versucht »abzufahren«. Aus Bequemlichkeit werden oft auch kurze oder unnötige Wege mit dem eigenen Auto zurückgelegt.

Anfänge des Carsharings

1992 gründete sich in Göttingen der *Andere Wege Göttingen e.V.* als erste Carsharing-Anlaufstelle. Der Verein vertrat ökologische Grundsätze und fällte seine Entscheidungen basisdemokratisch auf Mitgliederversammlungen. Auch Andreas Schmidt und Michael Patscheke, die heutigen Betreiber des Grünen Autos, gehörten dem Verein an. Sie waren im Vorstand und in der Abrechnung tätig.

»Da gab es die Puristen, die Autofahren nur als 'ultima ratio' gelten lassen wollten«, erinnert sich Michael Patscheke an Differenzen aus dem Jahr 1997. Den Ökologen reichte ein schlichtes Fahrzeug, um von A nach B zu kommen. Es gab aber auch andere Nutzer, die sich etwas Komfort für längere Fahrten wünschten. Auf einer Mitgliederversammlung prallten diese unterschiedlichen Sichtweisen aufeinander. »Der Antrag, ein 100 PS Fahrzeug mit Klimaanlage anzuschaffen, wurde von der Mehrheit der Vereinsmitglieder abgelehnt,« erzählt Patscheke.

Diplomkaufmann Patscheke und sein Kollege Andreas Schmidt gehörten zu den Nutzern, die sich für Carsharing-Fahrzeuge einen vergleichbaren Komfort wünschten, wie für einen eigenen PKW. 1998 gründeten sie mit drei Fahrzeugen an zwei Stationen ihren eigenen Betrieb: das *Grüne Auto Göttingen*. Heute hat der Betrieb 1.400 Kunden und 48 Fahrzeuge an sechs Stationen. Auf die Frage, ob in Göttingen Raum für zwei Carsharing-Anbieter sei, antwortet Patscheke: »Wir können gut leben.« Neben den beiden Gründern arbeiten vier weitere Mitarbeiter für das Grüne Auto: einer im Büro, einer macht die Buchführung, einer wäscht die Fahrzeuge und einer wird zum Kaufmann für Bürokommunikation ausgebildet.

Stadtteilauto Foto: Karen Laubinger

Ehrenamt und Wirtschaftlichkeit

Von 1992 bis 2006 kämpfte der »Andere Wege Göttingen e.V.« energisch um den Erhalt der ursprünglichen ökologischen Vereinsziele. Mitgliederversammlungen mit hoher Beteiligung sprechen dafür, dass dieses auch honoriert wurde. Aber Ehrenamt und Wirtschaftlichkeit passen nicht immer zusammen. Die Überprüfung von Auslastungen an einzelnen Standorten, Werbestrategien, die Auseinandersetzung mit alternativen Antriebsformen sind nur einige überlebensnotwendige Arbeiten, die für den dauerhaften Bestand einer Carsharing Initiative geleistet werden müssen, heißt es in einer Stellungnahme des Andere Wege Vereins. 2006 fand sich kein Vorstand, der diese Arbeit – unter dem Druck der neu entstandenen Konkurrenz – leisten konnte.

Seit dem 1. Juni 2006 liegt die Betreuung der Nutzer, die Wartung des Fuhrparks, das Rechnungswesen und die allgemeine Verwaltung des Stadtteil-Autos in Händen einer neu gegründeten *Stadt-Teil-Auto Car Sharing Göttingen GmbH*. Diese GmbH gehört wiederum den FreundInnen von *puk minicar e.V.* (siehe CONTRASTE Nr. 264). Die Puk Minicar GmbH ist der größte selbstverwaltete Betrieb Niedersachsens. Puk minicar gehört der Belegschaft, das sind derzeit rund 90 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Bei Puk minicar wird seit über 20 Jahren Basisdemokratie in einem wirtschaftlichen Betrieb gelebt. Auch die neue Stadt-Teil-Auto GmbH sieht sich in dieser Tradition (siehe CONTRASTE Nr. 266).

Den Göttinger Einwohnern wird es leicht gemacht, sich für Carsharing zu entscheiden. Ihnen stehen zwei Anbieter zur Verfügung. »Wettbewerb belebt das Geschäft,« meint Michael Patscheke. Beide Betriebe sehen sich jedoch nicht als Konkurrenten, sondern ergänzen sich mit ihren unterschiedlichen Konzepten. Während das Grüne Auto vor allem versucht, Benutzer anzusprechen, die flexibel sein wollen, setzt das Stadt-Teil-Auto stärker auf dezentrale Lösungen.

Ein Vergleich der beiden Firmen verdeutlicht, dass sich deren Preise nicht sonderlich unterscheiden. Eine Stunde in niedrigster Preisklasse kostet beim Grünen Auto 1,60 Euro, beim Stadtteil Auto 1,80 Euro. Doch die Leistungen differieren. Während das Grüne Auto sechs Stellplätze mit jeweils mindestens fünf Fahrzeugen im Stadtgebiet hat, bietet das Stadtteil-Auto 14 Stellplätze in Göttingen sowie einen in Hannoversch Münden an, meist jedoch nur mit einem Auto. Die monatliche Grundgebühr beträgt 7,50 Euro beim Grünen- und 4,50 Euro beim Stadtteil-Auto. Interessant sind vor allem die Kautionen bzw. Darlehen: Beim Grünen Auto bezahlt jedes neue Mitglied 119 Euro Aufnahmegebühr, muss jedoch zusätzlich 500 Euro Kaution hinterlegen. Beim Stadtteil-Auto fällt ein Darlehen mit 400 Euro an. Dies wird mit einem Prozent verzinst. Beide Betriebe bieten Sonderkonditionen für Studierende.

Das Verlangen nach Flexibilität erfüllt das Grüne Auto dadurch, dass es den Nutzern zwei Drittel der Fahrzeuge als sogenannte »Flexi-Autos« bereitstellt. Diese können ohne vorherige Anmeldung und ohne Angaben über die Dauer der Nutzung gemietet werden. Das Grüne Auto bietet Wenigfahrern die Möglichkeit, ohne monatliche Grundgebühr Carsharing zu nutzen.

Diese Angebote gibt es beim Stadtteil-Auto nicht. Hier können jedoch günstige Wochen- und Wochenendbuchungen genutzt werden. Wie bereits der Unternehmensname zeigt, liegt dessen Konzept darin, seine Autos in den Stadtteilen möglichst wohnungsnah anzubieten. Die Nutzer sollen »ihr« Auto schnell erreichen können. Auch unter der neuen Leitung versucht das Stadtteil-Auto sein nutzerfreundliches – und laut Niklas Wachholtz langfristig zukunftsträchtigeres – Konzept beizubehalten.

Nun liegt es bei den Göttinger Kunden, für welchen Anbieter sie sich entscheiden. Beide Autovermieter bieten Schnupperangebote, mit denen Interessierte das Autoteilen erst einmal unverbindlich testen können. Es bleibt abzuwarten, ob die Nutzerzahlen, die zu Gunsten von Carsharing auf einen eigenen PKW verzichten, weiter steigen. Einen Versuch ist allemal wert.●

HAMBURGER VEREIN KRITISIERT NUTZPFLANZENANBAU AUF REGENWALDFLÄCHEN

Agrarkraftstoff, eine feine Sache?

Agrarkraftstoff ist eine feine Sache, seine Verwendung trägt zur Rettung des Weltklimas bei, löst Energieprobleme und kurbelt nach Meinung von Industriebaronen und Politikern die Wirtschaft von Entwicklungsländern an. Aber er ist auch teuer und treibt die Lebensmittelpreise in den Entwicklungsländern in die Höhe. Die Umweltschutzorganisation »Rettet den Regenwald e.V.« warnt davor, dass Agrarkraftstoffe der Umwelt schaden können.

von Sandra Peters, Red. Göttingen ● Zur Zeit sind Agrarkraftstoffe als umweltfreundliche Alternative zu Diesel, Benzin und Heizöl in aller Munde. Die Nutzpflanzen Zuckerrohr, Mais, Getreide und das Fruchtfleisch der Ölpalme (Palmöl) werden vor allem auf abgeholzten Regenwaldflächen angebaut. Auch in der Bundesrepublik werden 15 Prozent (1,75 Millionen Hektar) der landwirtschaftlich genutzten Fläche (12 Millionen Hektar) zum Anbau von Energiepflanzen genutzt. Aus ihnen werden Agrarkraftstoffe wie Pflanzenöl, Ethanol und Biomethan gewonnen. Die Bundesregierung befürwortet die Verwendung von Agrarkraftstoffen.

Der 1986 von Reinhard Behrend gegründete Hamburger Verein »Rettet den Regenwald e.V.« hat sich zum Ziel gesetzt, die Tropenwälder zu schützen, damit die Artenvielfalt der Flora und Fauna erhalten bleibt. Zudem tragen die Wälder durch die Bindung von CO_2 zur Verbesserung des Weltklimas bei. Der Verein befasst sich in Kooperation mit den Umweltschutzorganisationen ARA, Pro Regenwald und Greenpeace mit der Frage, ob Agrarkraftstoffe wirklich eine gelungene Alternative zu herkömmlichem Kraftstoff darstellen oder möglicherweise weniger umweltfreundlich sind, als bisher vermutet.

Nach Meinung von Politikern und Industriellen sollen Agrarkraftstoffe durch eine Verringerung der CO_2-Emissionen zu einer Verbesserung der Klimabilanz beitragen, Entwicklungsländern wirtschaftlichen Aufschwung bringen und Energieprobleme lösen, die durch Rückgang natürlicher Ressourcen wie Erdöl entstehen. Bis 2020 will die EU zehn Prozent dieser fossilen Kraftstoffe durch Agrarkraftstoffe ersetzen.

Die Idee ist gut. Dabei wird aber übersehen, dass man in Europa 38 Prozent der bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche benötigt, um nur zehn Prozent des herkömmlichen Kraftstoffs durch Agrarkraftstoff ersetzen zu können. Um den aktuellen Energiebedarf der Menschheit zu decken, müsste nahezu die gesamte Erdoberfläche mit Energiepflanzen bebaut werden.

Die These, die Verwendung nachwachsender Rohstoffe verringere die CO_2-Emissionen, ist differenziert zu betrachten. Agrarlandwirtschaftlich angebaute Biomasse enthält zwar dieselbe Menge der Luft entzogenen Kohlenstoffs, wie sie von Fahrzeugen wieder an die Umwelt abgeben wird, jedoch wird zur Gewinnung von Agrarflächen Regenwald gerodet und auf diese Weise zusätzlich CO_2 an die Atmosphäre abgegeben. Diese bei der Abholzung von Regenwald entstehenden Treibhausgase können durch die Nutzpflanzen nicht ausgeglichen werden. »Eine Verminderung des Treibhauseffektes ist damit nicht zu erreichen«, erklärt der Regenwald-Vereinsvorsitzender Behrend. Zudem können auf den Plantagen nicht unbegrenzt Energiepflanzen angebaut werden, da die Humusschicht abnimmt.

Eine Regenwald-Schützerin kümmert sich nach der Abholzung um einen verstörten Affen Foto: Borneo Orangutan Survival Foundation

Nutzpflanzenanbau verknappt Lebensmittel

Schwedische Wissenschaftler nennen einen weiteren Nachteil bei der Gewinnung von Kraftstoff aus Nutzpflanzen: Die gestiegene Nachfrage nach Mais und Getreide für die Kraftstoffgewinnung verknappt das Lebensmittelangebot, mit der Folge, dass die Lebensmittel sich verteuern.

Während ein Lebensmittel-Preisanstieg in den Industrienationen nur geringe Auswirkungen hat, kann er in Entwicklungsländern drastische Folgen haben. Die arme Bevölkerung kann sich ihre Grundnahrungsmittel, beispielsweise aus Mais bestehende Tortilla, nicht mehr leisten. Zudem führt die starke Bewässerung der angebauten Energiepflanzen laut Recherchen des Stockholmer International Water Institute möglicherweise zu Wasserknappheit.

Der Regenwald-Schutzverein will durch Lobby- und Informationsarbeit die Öffentlichkeit über die deutsche Beteiligung an der Regenwaldzerstörung aufklären. Er organisiert Prostest- und Unterschriftenaktionen. Kürzlich ging ein Brief an die Bundestagsabgeordneten, mit der Aufforderung, Agrarenergie in keiner Weise zu fördern. In dem Brief kritisieren die Regenwaldschützer, dass Kraftwerksbetreiber, die aus Palmöl Strom und Heizwärme produzieren, Zuschüsse erhalten. Dadurch werden Palmöl-Konzerne geradezu ermuntert, immer neue Regenwaldflächen zu vernichten, um dort Nutzpflanzenplantagen anzulegen.

Der Hamburger Verein, der auf 5.000 Fördermitglieder zählen kann, unterstützt einheimische Umweltschutzorganisationen bei Aktionen vor Ort. In Equador organisiert er den Kauf bedrohter Regenwaldflächen. Für 20 Euro können rund 1.000 Quadratmeter gesichert werden. Eine lokale Umweltschutzgruppe überwacht die Gebiete und schützt sie gegen Abholzung. Die erworbenen Flächen werden an die Dörfer überschrieben und vertraglich zu Gemeindewäldern erklärt. Durch die Förderung von Naturtourismus und organischem Kaffeeanbau hilft der Regenwald-Schutzverein den einheimischen Bauern, ein zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften.

Es sei verhältnismäßig leicht, aktive Mitglieder zu finden, da ein großes Interesse bestehe, bei Naturschutzaktionen mitzuhelfen, meint Reinhard Behrend. Spendengelder zu bekommen, gestalte sich schon schwieriger. Viele Privatpersonen spendeten jedoch bereitwillig. Diese Spenden setze der Verein zur Schadensbegrenzung ein.

Wenn es zu einer Verringerung der CO_2-Emissionen kommen soll, müssen die Politiker eine andere Strategie verfolgen. Britische Wissenschaftler sind der Meinung, wenn herkömmliche Treibstoffe effizienter genutzt werden, beispielsweise ein vermehrter Einsatz von Fünf-Liter-Autos, kann dieses Ziel erreicht werden. Darüber hinaus trägt der Erhalt bestehender Wälder zu einer Verringerung der CO_2-Emissionen bei. Auch die Umwandlung von abgestorbener Biomasse aus Wäldern stellt eine Alternative zur Biokraftstoffgewinnung dar.●

Info: www.regenwald.org

7-IT EG, MÜNCHEN

IT-Genossenschaften

Autonomie und Bindung:

IT-Genossenschaften als Zusammenschluss Selbständiger

In Deutschland gibt es etwa 100.000 IT-Selbständige und etwa 10.000 IT-Unternehmen. Die meisten IT-Firmen haben die Rechtsform der GmbH, es gibt viele AGs und GbRs und eine stark steigende Anzahl von Unternehmen mit der Rechtsform »Limited«. Nur etwa 17 Firmen entschieden sich für die Rechtsform der »eingetragenen Genossenschaft« (eG). Warum ist das so, obwohl über 20% der erwachsenen Deutschen Mitglieder einer Genossenschaft sind?

Horst Härtel, Red. Genossenschaften ● Dass viele Unternehmensgründer nicht auf die Rechtsform der Genossenschaft zurückgreifen, liegt vielleicht daran, dass diese Rechtsform momentan nicht so »sexy« ist wie eine »Limited«. Zudem wird sie von denen, die Existenzgründer beraten, nicht erwähnt. Das erlebten auch die Initiatoren der Genossenschaft 7-it eG im Jahr 2001, damals eine lose Gruppe von etwa zehn IT-Selbständigen. Sie verständigten sich darauf, eine gemeinsame Firma zu gründen, diskutierten über die passende Rechtsform und ließen sich von diversen Organisationen beraten. Sie zogen zunächst alle oben erwähnten Rechtsformen in Betracht, entschieden sich dann aber für die eG.

Gemeinsame Firma

Warum gründeten sie überhaupt eine Firma? Alle Gründer der »7-it eG« hatten in ihrem Berufsleben dieselben Erfahrungen gemacht:

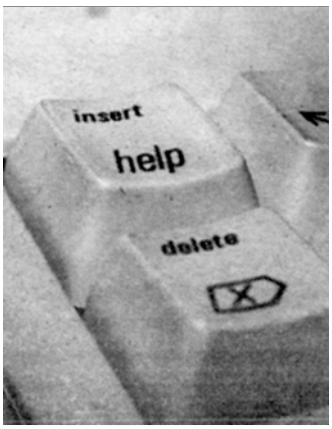


Foto: Max Thielmann

- Die Kunden erwarten einen Ansprechpartner, der ihre IT-Probleme versteht und löst.
- Die IT-Landschaften bei den Kunden sind äußerst unterschiedlich.
- Kein einziger IT-Fachmann kennt nur annähernd alle gängigen IT-Systeme.
- Niemand hat genügend Zeit, alle relevanten IT-Nachrichten zu lesen oder gar die Neuentwicklungen näher kennen zu lernen.
- Jeder Selbständige hat nur sehr begrenzte Kapazitäten und Verfügbarkeiten.
- Viele gute IT-Fachleute sind für den Vertrieb nicht geeignet.

Daraus resultiert die Erkenntnis, dass viele IT-Fachleute ohne Netzwerk nur schlechte Chancen auf dem Markt haben.

Vorteile der Genossenschaft

Warum aber wählten die IT-Fachleute die Rechtsform der eG? Die Mehrzahl der Gründer war im Jahr 2002 schon seit vielen Jahren selbständig. Sie waren die damit verbundene Unabhängigkeit gewohnt und konnten sich nicht mehr vorstellen, nach den Anweisungen eines »normalen« Vorgesetzten zu arbeiten. Außerdem hatten die meisten der Gründer das »Verfallsdatum« in der IT-Branche – 40 bis 45 Jahre – schon überschritten. (Neue Mitglieder der Genossenschaft sind im Durchschnitt erheblich jünger.) Es galt also, eine Rechtsform zu finden, die diesen Randbedingungen gerecht wird und trotzdem eine effiziente Arbeitsweise erlaubt. Weitere wichtige Kriterien bei der Auswahl der Rechtsform eG waren:

1. Zweck und Unternehmensziele: Bei einer eG steht die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft der Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs im Mittelpunkt, nicht die kurzfristige Maximierung des Aktienwerts.
2. Eintritt und Austritt sind bei einer eG einfach zu handhaben. Es genügt ein formloser, schriftlicher Antrag. Ein Notartermin ist nicht notwendig.
3. Die Mitglieder haften nicht mit dem gesamten Privatvermögen, sondern nur mit ihrer Einlage. Zwischen Privat- und Geschäftsvermögen kann eine deutliche Trennung erfolgen.
4. Beschlussfassung bei der Hauptversammlung: Bei eGs hat jedes Mitglied nur eine Stimme. Die Höhe des eingebrachten Kapitals ist irrelevant.

Wichtig war aber noch ein weiterer Aspekt: Die Mitglieder werden nicht gezwungen, alle Geschäfte über die Genossenschaft abzuwickeln, sondern können bei jedem ihrer bisherigen Kunden entscheiden, ob sie ihn in die Genossenschaft einbringen oder nicht. Die Möglichkeit der Doppelstrategie – Akquisition über »7-it eG« und über die eigenen Vertriebswege – stellt einen wichtigen Vorteil gegenüber anderen Rechtsformen dar.

Virtuelles Unternehmen

Heute ist die »7-it eG« zu einem effizienten Netzwerk von 17 kleinen IT-Unternehmen gewachsen, das seinen Kunden eine breite Palette von Dienstleistungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik anbietet. Das Dienstleistungsangebot erstreckt sich über den kompletten IT-Lebenszyklus und umfasst Analyse, Planung, Beschaffung bzw. Entwicklung, Implementierung, Unterstützung des laufenden Betriebes, Training (Ausführlicher siehe www.7-it.de). Kunden sind hauptsächlich kleine und mittelständische Firmen aller Branchen. Die Mitglieder der Genossenschaft umfassen IT-Freiberufler, selbständige Gewerbetreibende, Personen- und Kapitalgesellschaften mit sehr unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten und Branchenkenntnissen.

Rechtlich kann die »7-it eG« als eigenständiges Unternehmen analog einer Kapitalgesellschaft bezeichnet werden. In der Praxis stellt sie vor allem ein Netzwerk von IT-Fachleuten, eine »virtuelle« Firma dar. Es existiert zwar eine Firmenadresse, es gibt aber momentan keine eigenen Geschäftsräume, keine Sekretärinnen, keine fest angestellten Mitarbeiter. Jedes Mitglied verfügt über sein eigenes Büro bzw. sein »home office«. Für die interne Kommunikation werden die aktuellen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik genutzt, z.B. ein webbasiertes Datenarchiv.

Einige Dienstleistungen werden komplett an Externe, möglichst an Mitglieder der »7-it eG« vergeben, beispielsweise die Buchhaltung sowie der Betrieb des Web-Servers, des E-Mail-Servers und des digitalen Archivs. Da die Genossenschaftsmitglieder nicht alle IT-Dienstleistungen selbst erbringen können, wurden mit einer Reihe anderer IT-Firmen Kooperationsverträge abgeschlossen.

Gründe des Beitritts

Vor einigen Monaten wurde unter den Mitgliedern eine Umfrage durchgeführt. Im Mittelpunkt stand die Frage: Welchen Nutzen hat die »7-it eG« den Mitgliedern bisher gebracht. Als Antworten wurden gegeben:

- Mehr »Masse« bei der Akquisition: Die Mitglieder erhalten Aufträge, an die sie als Einzel-Unternehmer nicht gekommen wären;
- Gegenseitige Unterstützung bei der Akquisition beispielsweise durch gemeinsamen Auftritt bei potentiellen Kunden oder Vermarktung der Dienstleistung der Partner;
- Vorteile bei der Akquisition bei anderen Genossenschaften;
- Vermittlung von Aufträgen an Partner und dadurch Provisionen;
- Stellvertreter bei Abwesenheit, z.B. bei Urlaub oder im Krankheitsfall;
- Zugriff auf ein breites Spektrum an fachlichem und Branchen-Know-how verbunden mit internem Wissenstransfer;
- Gegenseitige Unterstützung bei technischen Fragen und Problemen;
- Verträge mit verschiedenen Lieferanten und dadurch Herstellerunabhängigkeit;
- Vorteile beim Einkauf von Hard- und Software, z.B. Microsoft Action Pack;
- Qualitätssicherung durch die Firma;
- Kontakte zu diversen Berufs- und Interessenverbänden;
- Gesprächspartner, wenn man im »Home-Office« vereinsamt.

Mitgliederauswahl

Die »Chemie« der Mitglieder muss bei kleinen Genossenschaften stimmen, auch der Arbeitsstil der Mitglieder darf nicht zu unterschiedlich sein. Das sollte intensiv in einer Probezeit z.B. bei gemeinsamen Projekten getestet werden. Nicht jeder passt also in eine Genossenschaft. Ungeeignet eine eG zu gründen oder einer eG beizutreten sind Personen:

- die nicht im Team arbeiten können oder wollen,
- die nicht teilen wollen,
- die eine möglichst hohe Rendite ihrer Einlage erzielen wollen,
- die Mehrheitsentscheidungen nicht akzeptieren,
- die die genossenschaftlichen Prinzipien »Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstkontrolle« nicht leben wollen,
- die nicht bereit sind, auch teilweise unentgeltlich für die eG zu arbeiten.

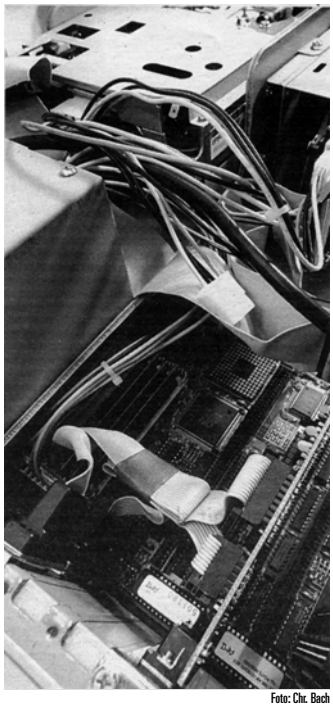


Foto: Chr. Bach

»Mangel an Disziplin« einzelner Mitglieder kann zum Problem werden. Die Ursache ist auf ein Strukturmerkmal von Genossenschaften zurückzuführen: Einerseits haben alle Mitglieder prinzipiell die gleichen Rechte. Andererseits muss der Vorstand Entscheidungsbefugnisse haben, um den Geschäftserfolg zu sichern. Dass einzelne Entscheidungen nicht allen Mitgliedern gefallen, ist unvermeidlich. Sie müssen dennoch von den Mitgliedern akzeptiert werden. Die Genossenschaft hat zwar einen Vorstand und einen Aufsichtsrat, sie muss trotzdem anders geführt werden als eine Firma mit einer anderen Rechtsform. Der Vorstand ist gegenüber den Mitgliedern nicht weisungsbefugt, sondern muss überzeugen, was sich manchmal als nicht einfach erweist.●

SQTM EG, FRICKENHAUSEN

Gemeinsame Projektabwicklung:

Möglichkeiten und Instrumente der genossenschaftlichen Zusammenarbeit

Die sqtm eG ist eine IT-Genossenschaft. Die Mitglieder der Genossenschaft sind darauf angewiesen, selbständig und dennoch gemeinsam zu funktionieren. Es gilt, Projekte zu gewinnen, zu planen und erfolgreich umzusetzen – frei von Ort und nicht von Zeit. Die Mitarbeiterinnen funktionieren, wenn sie funktionieren, in Echtzeit, fast ohne Papier, auch bei Rechnungen, annähernd reibungslos. Die Mitglieder der Genossenschaft sind freie Consultants oder Inhaber kleiner Firmen. Nahezu jeder hat seine eigene Arbeitsweise, seinen eigenen Kundenkreis. Eine Gemeinsamkeit verbindet allerdings alle Beteiligten: Sie arbeiten für Microsoft. Dafür sind sie externe Koordinatoren, Fürsprecher, Problemlöser und nicht selten der Kitt zwischen Hersteller, Systemhaus und Endkunde.

Florian Kempff, Red. Genossenschaften ● Der Erfolg steht und fällt schlicht mit der Kommunikationsfähigkeit der Genossenschaftsmitglieder: Sie müssen kompensieren, dass sie kein festes Büro haben und mal hier mal dort arbeiten. Sicherlich hat jedes Mitglied seine eigene Firma, aber die meisten sind eigentlich nur beim Kunden. Kein Tag läuft in den Bahnen des vorangegangenen ab. Persönliche Rollcontainer würden viele schon als Luxus empfinden. Diese ständige Veränderung ist nicht förderlich, wenn es darum geht, neue Geschäfte zu erschließen. Der Vertriebserfolg der Genossenschaft hat mit gleichbleibenden Ansprechpartnern zu tun. Nur wenige Organisationen der Größe von sqtm eG können sich einen klassischen Verkäufer oder einen Projektkoordinatoren leisten. Motivation und Koordination gehören deshalb zusammen.

Prozessunterstützung

Dies stellt die wesentliche Herausforderung einer selbstverwalteten IT-Genossenschaft dar. Wer im Projekt ist, wird selten Zeit finden, neue Kontakte zu gewinnen oder zu qualifizieren. Wer aber kein Projekt hat und die freie Zeit für Fortbildung nutzt, hat einfach weniger Kontakte als der, der in fremden Firmen täglich die Augen und Ohren für Chancen offen halten kann. Die Genossenschaft leistet sich deshalb eine präsente Schnittstelle zu Bestandskunden. Darüber hinaus wird versucht, Anreize über ein Provisions- und Empfehlungsmodell zu schaffen, so dass potentielle Kunden nach innen weiterempfohlen werden. Selbst wenn der Einzelne keine dauerhafte oder direkte Arbeitsleistung anbietet, kann er am Kontakt verdienen. Voraussetzung ist nur, die Projektsteuerung zu initiieren und die Projektgruppe hinter sich zu sammeln.

Die Einleitung von Projekten wird seitens der Genossenschaft mit softwarebasierten Prozessen unterstützt. Mit ihrer Hilfe werden die nach den persönlichen Leistungskatalogen geeigneten Consultants vorgeschlagen und dem Kunden vorgestellt. Vereinheitlichte Tagessätze und nach Verantwortlichkeitsgrad gestaffelte Provisionen erleichtern die Planung und Erstellung eines Angebotes. Fehlt organisatorische Manpower, so hilft eine Toch-

Kurzdarstellung der sqtm eG

Die sqtm eG wurde im Jahre 2000 von freiberuflichen IT-Consultants gegründet, um gegenüber Auftraggebern koordiniert Dienstleistungen zu vergleichbaren Konditionen und auf hohem Qualitätsniveau zu erbringen. Angebotsschwerpunkte sind die Bereitstellung und Schulung von Referenten für Vorträge und Messedienste, Anwender- und Vertriebstrainings, IT-Beratung, Projektdurchführung mit unterschiedlich qualifizierten Ressourcen, Projektmanagement für Teil- und Gesamtprojekte nach MOF/ITIL sowie die Generalunternehmerschaft im Bereich der Softwareentwicklung, vornehmlich auf der Basis von Microsoft-Produkten.

Weitere Infos: www.sqtm.net

Fortsetzung auf Seite 8

7-IT EG, MÜNCHEN

IT-Genossenschaften

Verbindliche Rollenaufteilung:

Grundlage professioneller Auftragsabwicklung

Die »7-it eG« wurde im September 2002 von 7 IT-Fachleuten, daher der Name, gegründet. In der Gründungsphase der »7-it eG« sprachen die Gründer mit mehreren Vorständen von Genossenschaften im Raum München und stellten allen die Frage: »Was habt ihr gut gemacht, was hättet ihr besser machen können, worauf sollen wir besonders achten?« Von allen Vorständen erhielten sie den Rat, von Anfang an verbindliche Regeln für die Zusammenarbeit festzulegen, insbesondere die Entgelt-Regeln. Diese Ratschläge wurden sehr ernst genommen und entsprechend vor der Gründung der »7-it eG« zahlreiche Regeln festgelegt.

© Edward Holab / Photonica

Horst Härtel, Red. Genossenschaften ● Im Genossenschaftsgesetz und der Satzung sind die Organe der Genossenschaft und ihre Aufgaben und Kompetenzen definiert. Darauf aufbauend wurde in der »7-it eG« ein kleines Organisationshandbuch erarbeitet, in dem die Strategie und die wichtigsten Aspekte der Zusammenarbeit definiert sind. Dazu gehören vor allem:

- Die Unternehmensziele, die Geschäftsbereiche der »7-it eG« (Welche Produkte wollen wir anbieten?) und die Märkte (Regionen, Branchen, Kundengröße).
- Welche Aufträge werden über die Genossenschaft abgewickelt? Müssen die Bestandskunden der Mitglieder in die Genossenschaft eingebracht werden?
- Die wichtigsten Geschäftsprozesse: Vertrieb, Dienstleistung / Produktion, Finanzen, Administration, Kommunikation, Mitgliederbetreuung, Vorstands- und Aufsichtsratstätigkeit. Einige Prozesse wurden genau beschrieben.
- Die Arbeitsbereiche und Aufgabenzuordnungen im Vorstand sowie die Unterschriftsregelung
- Die »Rollen« im Vertrieb und in der »Produktion«
- Regeln zur Finanzierung des Unternehmens. In der Anfangsphase erfolgte sie durch die Einlagen der Mitglieder (7 Mal 2.500 Euro = 17.500 Euro).
- Bei jedem Auftrag, der über die »7-it eG« abgewikelt wird, wird ein bestimmter Prozentsatz des Umsatzes an die Genossenschaft abgeführt. Der zunächst vereinbarte Prozentsatz von 5% wurde im Jahr 2006 auf 10% erhöht. Dieser reicht aus, um die Kosten zu decken und um Rücklagen aufzubauen.
- So lange es möglich ist, keine Fremdfinanzierung in Form von Bankkrediten.
- Fixkosten minimieren, d. h. zunächst keine gemeinsamen Firmenräume, keine angestellten Mitarbeiter.
- Dienstleistungen wie Buchhaltung, Internetauftritt, E-Mail-Server, digitales Datenarchiv, Broschüren und Faltblätter, Telefonmarketing einkaufen.
- Jeder übernimmt die Kosten seines Heimarbeitsplatzes selbst.
- Neumitglieder zahlen zusätzlich zur Einlage ein einmaliges Eintrittsgeld von 1.000 Euro. Damit soll der Aufwand, den die Gründungsmitglieder in die Gründung der »7-it eG« gesteckt haben, wenigstens zum Teil aufgewogen werden.
- Für die Vorstandstätigkeit gibt es erst dann ein Entgelt, wenn die wirtschaftliche Lage dies zulässt.

Aufgabenspektrum

Zweck der »7-it eG« ist die Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb (§ 2, Abs. 1 der Satzung). Um Konflikte über die Verwendung der Einnahmen zu vermeiden, wurde festgelegt, dass vor der Annahme eines Auftrags drei Fragen geklärt und schriftlich fixiert werden müssen: Die an einem Auftrag beteiligten Personen bzw. Firmen, ihre Rollen und die Entgeltprozentsätze. Folgende Rollen wurden definiert:

1. Der Kundenbetreuer muss Mitglied der »7-it eG« sein.
   - Er hat den Erstkontakt zu einem Kunden hergestellt und betreut ihn – zeitlich nicht limitiert – unabhängig von konkreten Projekten.
   - Er trifft zusammen mit dem Akquisiteur die Entscheidung, wie ein Auftrag abgewickelt wird, u.a. Zusammensetzung des Teams und der Entgelte. Die Entgelte werden projektbezogen schriftlich vereinbart.
   - Der Kundenbetreuer eines Kunden ändert sich nur dann, wenn der bisherige Kundenbetreuer den diesbezüglichen Wunsch äußert oder er seine Betreuungsfunktion über einen längeren Zeitraum nicht wahrnimmt.
2. Der Akquisiteur muss Mitglied der »7-it eG« sein.
   - Er erstellt das Angebot in Abstimmung mit dem Kundenbetreuer und trifft mit ihm zusammen die Entscheidung, wie ein Auftrag abgewickelt wird.
   - Er bereitet die Verträge mit dem Kunden und den Dienstleistern vor unter Beachtung der jeweils gültigen Unterschriftsregelung und administriert den Auftrag von der Bestätigung bis zur Fakturierung.
   - Falls nicht anders vereinbart, ist er auch für die Qualität der erbrachten Leistung verantwortlich.
3. Der Dienstleister sollte, aber muss nicht Mitglied der »7-it eG« sein. Er erbringt die eigentliche Dienstleistung beim Kunden und haftet dafür. Voraussetzung ist eine Kooperationsvereinbarung mit der »7-it eG«.
4. Der Einkäufer sollte, aber muss nicht Mitglied der »7-it eG« sein. Er beschafft die notwendige Hard- und Software bzw. Dienstleistung und bearbeitet Reklamationen (Gewährleistung). Voraussetzung ist eine Kooperationsvereinbarung mit der »7-it eG«.
5. Der Vermittler kann, aber muss nicht Mitglied der »7-it eG« sein. Er gibt Tipps, einen potentiellen Kunden oder Dienstleister anzusprechen. Seine Tätigkeit wird wie eine »normale« Dienstleistung behandelt.

Entgeltregelung

Die Entgeltprozentsätze für die einzelnen Beteiligten werden – wie schon erwähnt – für jeden neuen Auftrag neu festgelegt und weisen eine erhebliche Bandbreite auf. Bei den Entgelten für den Vertrieb (Kundenbetreuer und Akquisiteur) liegt die Spanne zwischen 5% und 40%. Die Entgelte werden erst dann ausbezahlt, wenn der Kunde bezahlt hat. Die Entgeltprozentsätze aller Aufträge können von allen Mitgliedern eingesehen werden.

Die Entgeltregelung wurde und wird bei der »7-it eG« strikt eingehalten und hat sich aus Sicht der Verantwortlichen bewährt. Alle nachträglichen Diskussionen über die Entgelte bei konkreten Aufträgen konnten schnell beendet werden, da nur auf die schriftliche Regelung verwiesen werden musste. Die Entgeltregelung der »7-it eG« weist den Vorteil auf, sehr einfach und transparent zu sein. Sie hat aber die gewollte Auswirkung, dass nur solche Mitglieder ein Entgelt erhalten, die eine konkrete Leistung für die Genossenschaft erbracht haben.●

Kontakt und weitere Infos über die »7-it eG«: www.7-it.de.

© Tom Owen Edmunds / The Image Bank

FORTSETZUNG VON SEITE 7

tergesellschaft. Da es ohne Kontrolle keine Sicherheit und ohne Pflege kein Wachstum gibt, werden zur Projektsteuerung diejenigen Mitglieder engagiert, die ihren Kalender freigegeben haben und Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung signalisieren. Ein Grundverständnis in Prozessmanagement reicht hier allein nicht aus. Deshalb setzt die Genossenschaft dafür nur solche Mitglieder ein, die mehrere Projekte erfolgreich abgeschlossen haben.

Kommunikationstechnik

Neben stützenden Prozessen setzt die sqtm eG auf die direkte Kontaktmöglichkeit der Mitglieder untereinander und fordert Teamgeist. Erwartet wird, dass Emails nicht nur zeitnah gelesen, sondern auch beantwortet werden. Schneller sind aber Telefon und der Chat. Präsenz-Tools wie der Messenger zeigen, wer ansprechbar oder beschäftigt ist. Webmessenger lassen sich überall benutzen und stören im Gegensatz zu ständig klingelnden Handys die Umgebung nicht. Von Bedeutung ist auch die Frage, wie gemeinsame Informationen bereitgestellt werden können, ohne dass zentrale Komponenten bereitgehalten werden müssen. Natürlich ist es möglich, auf zentrale Server zu setzen. Doch stellen diese wie Portale oftmals nur veraltete Kopien lokaler Daten zur Verfügung. Eine Alternative sind da P2P-Programme für den automatischen Dateiabgleich zwischen unabhängigen Teams.

Auf der Festplatte der Laptops der Mitglieder ist deshalb ein Bereich für einen immer aktuellen Datenspiegel der Projekte reserviert und die Beteiligten »grooven« zusammen mit den ins Projekt eingegliederten Kollegen. Dies bedeutet, dass sie ihre Dateiablage nicht verändern müssen, sondern untereinander automatisch abgleichen können, wenn nur zwei Teammitglieder online sind. So meldet ein dezentes Fenster von Zeit zu Zeit: Sie haben ungelesene Daten. Das ist fast wie Email, nur dass die Dateien nicht den Umweg über den Dateianhang gehen müssen, wenn sie auf den Rechner der Anderen gelangen sollen. Das passiert im Hintergrund, ist sicher verschlüsselt und bequemer als das Hin- und Herkopieren mittels USB-Stick. Und wenn Dokumente verändert werden, dann überträgt Groove beim neuen Office nur die Unterschiede.

Feedbackverpflichtung

Soweit die vielleicht nicht so überraschenden, pragmatischen Überlebensstrategien der Genossenschaftsmitglieder. Doch nicht nur Daten unterscheiden sich, sondern auch die Ansichten von Menschen können zu Konflikten führen. Wenn es gilt, gordische Knoten zwischen Menschen zu lösen, gehört es zum Selbstverständnis der Genossenschaft, dass die Mitglieder im Sinne effizienter Zusammenarbeit nicht nur dieser, sondern den Kunden verpflichtet sind. In den vergangenen sieben Jahren des Bestehens mussten die Mitglieder lernen, dass Missverständnisse oder menschliche Inkompatibilitäten nicht von heute auf übermorgen entstehen. Angestaute Gefühle und daraus resultierende Konflikte führen fast immer zu einer Trübung der Wahrnehmung der Beteiligten und hindern deshalb auch kurzfristig die Selbsterkenntnis und Konfliktfähigkeit.

Deshalb werden die Projektteilnehmer von der Genossenschaft zur Wiedergabe von Feedback ermutigt und die Kunden werden zu allen Phasen veranlasst, ihre Einschätzungen per Formular abzugeben. Diese Informationen gibt die Genossenschaft an die Bewerteten weiter, so dass diese Tendenzen erkennen können. Das eigene Feedback ist immer Vertragsbestandteil und Voraussetzung für die Gutschrift und damit für die Entlohnung der Dienstleistung. Hierdurch gelingt es nicht unbedingt, Konflikte per se zu lösen. Dies kann aber helfen, dass jeder die eigene Wahrnehmung selbstkritisch im Lichte der Wahrnehmung Dritter im Auge behält. Und im Chat auch mal Gefühle zeigt, wenn die Hutschnur platzt.●

Anzeige

JARIVA EG, BREMEN

IT-Genossenschaften

Mitgliedernutzen bieten:
IT-Spezialisten erfolgreich Arbeit vermitteln

Die IT-Genossenschaft JARIVA ist ein Verbund von Freiberuflern (Freelancern), sowie Gewerbetreibenden und Unternehmen aus der IT-Branche. Sie akquiriert Kunden, vermarktet die Dienstleistungen ihrer Mitglieder, sorgt für Aufträge, und fördert auf diese Weise ihre Mitglieder. In diesem Sinne ist JARIVA eine klassische Absatzgenossenschaft. Jedes Mitglied bleibt rechtlich und wirtschaftlich selbständig. Mit Vorstandsmitglied Manfred Feige führte Burghard Flieger ein Gespräch über die Möglichkeiten und neuen Entwicklungstendenzen dieses Geschäftsmodells.

Blick von unten in eine abstrakt geformte, steinerne Spirale

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CONTRASTE: *Was ist das Leistungsangebot der JARIVA eG gegenüber den Kunden? Wo liegen gegenwärtig Auftragsschwerpunkte?*

Manfred Feige: Die Genossenschaft JARIVA ist eine Vermittlungsagentur für IT-Spezialisten. Wir vermitteln ausschließlich freiberuflich arbeitende Spezialisten. Zeit- oder Leiharbeit und Vermittlungen in Festanstellung gehören nicht zu unserem Geschäft. Was uns von den vielen anderen Vermittlungsunternehmen am deutschen Markt unterscheidet, ist die Tatsache, dass die Vermittlungsagentur JARIVA den zu vermittelnden IT-Spezialisten selbst gehört. JARIVA ist im so genannten Recruiting-Markt gewissermaßen ein Direktanbieter. Für Kunden sind wir immer dann ein Ansprechpartner, wenn es darum geht externe Spezialisten für zumeist sehr spezielle IT-Aufgaben zu finden. So haben wir erst kürzlich einem im niedersächsischen Celle ansässigen Zulieferunternehmen der Erdölindustrie einen Programmierer mit Spezialerfahrung für die robotergestützte Fertigung von Bohrgestängen vermittelt.

Wenn die Genossenschaft nicht die Aufträge abwickelt, sondern die einzelnen Mitglieder und dies auch noch auf eigene Rechnung, auf welche Weise erzielt dann die JARIVA eG ihre Deckungsbeiträge, um den gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb Genossenschaft zu finanzieren?

Die Genossenschaft verdient an Vermittlungen in IT-Projekte. Sie bekommt pro Vermittlung eine Provision.

Die laufenden monatlichen Beiträge des einzelnen Mitgliedes für die Genossenschaft liegen relativ niedrig. Insofern sind die Provisionen vermutlich der wichtigste Ertragsbestandteil? Für was genau bekommt die JARIVA eG Provisionen? Nur für die vermittelten Aufträge oder auch für die Nachfolgeaufträge bei dem jeweiligen Kunden oder auch für alle sonstigen Umsätze des Mitglieds?

Zuerst muss ich erwähnen, dass wir nicht nur unsere Mitglieder, sondern auch Nichtmitglieder vermitteln. Nichtmitglieder zahlen eine etwas höhere Vermittlungsprovision. Für Nachfolgeaufträge zahlt der Spezialist keine Provision. Selbst wenn das rechtlich zulässig wäre, wie sollten wir kontrollieren, ob der Kunde den IT-Spezialisten mit Nachfolgeaufträgen beauftragt? Die sonstigen Umsätze unserer Mitglieder gehen die Genossenschaft natürlich nichts an. Jedes Mitglied von JARIVA ist rechtlich und wirtschaftlich selbständig. Die Mitglieder nutzen lediglich die Dienstleistungen der Genossenschaft gegen eine Gebühr. Die Gebühr ist die Vermittlungsprovision.

Wie sehen die Grundlagen für die Provisionsregelungen aus? Gibt es dafür einen extra Vertrag bzw. eine eigene Vereinbarung oder sind die Regelungen dafür in der Genossenschaftssatzung bzw. der Geschäftsordnung der Genossenschaft festgelegt?

Über Provisionsregelungen haben sich die Gründer von JARIVA schon sehr frühzeitig verständigt. Es gibt ganz einfache Regeln, z.B. dass Nichtmitglieder eine höhere Provision zahlen als Mitglieder. Im Übrigen verhalten wir uns ganz branchenüblich. Es gibt Rahmenverträge, die die allgemeinen Geschäftsbedingungen regeln und es gibt auf das jeweilige Projekt zugeschnittene Einzelverträge, die die speziellen Belange des Projekts beschreiben wie Honorar, Arbeitszeiten, Einsatzort, etc. Bei den Einzelverträgen unterscheiden wir noch zwischen Dienst- und Werkverträgen.

Das Alles sind Regelungen für das Alltagsgeschäft. In der Satzung findet sich dazu nichts. Unsere Satzung ist sehr schlank und übersichtlich. Das ist u.a. ein Ergebnis der Gründungsberatung durch unseren Genossenschaftsverband ZdK, Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften. Hätten wir Regelungen für das Alltagsgeschäft in die Satzung hereingeschrieben, müssten wir bei jeder Änderung die Organe der Genossenschaft bemühen und beispielsweise eine Generalversammlung einberufen. Das wäre überaus umständlich, bürokratisch und langsam. An diesen Punkten merken wir schon sehr genau, dass wir vom ZdK juristisch sehr klug und weitsichtig beraten wurden.

Sicherlich gibt es auch einmal Unklarheiten, ob und in welcher Höhe Provisionen zu zahlen sind? Können Sie ein oder zwei Beispiele dafür benennen? Wie gehen Sie mit daraus resultierenden Konflikten um? Gibt es ein Gremium der Genossenschaft, das für solche Konflikte Schlichter bzw. Entscheider ist?

Sie werden es nicht glauben, aber Unklarheiten und daraus resultierende Konflikte gibt es nicht. Unser Mitglied kennt den Preis, den der Kunde zahlen will. Und das Mitglied kennt unsere Vermittlungsprovision. Weil wir im Gegensatz zum Wettbewerb, bei dem die Höhe der Provision ein wohlgehütetes Geheimnis ist, sehr transparent sind, sind uns solche Konflikte fremd. Es ist schon ein qualitativer Unterschied, ob man als Freiberufler wie eine Handelsware vermittelt wird, oder ob man Gesellschafter der eigenen Vermittlungsagentur ist.

Zweck einer Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder. Reicht das Volumen der Auftragsvermittlung aus, dass es sich für Freiberufler im IT-Bereich »lohnt«, die genossenschaftlichen Pflichtanteile und die laufenden monatlichen Beiträge aufzubringen? Gibt es noch weitere Vorteile bzw. noch weitere Nutzen für die Mitglieder?

Freiberufler sind Einzelunternehmer. Sie müssen kaufmännisch denken und handeln. Sie rechnen sich natürlich ganz genau aus, ob es sich lohnt Mitglied der Genossenschaft zu werden, oder einfach nur die etwas höhere Vermittlungsprovision zu zahlen. Der Roboterprogrammierer, den wir an den Bohrgestängeproduzenten vermittelt haben, ist übrigens nicht Mitglied geworden. Er hat sich im Laufe der Jahre einen so großen Kundenstamm aufgebaut, dass er sehr gut ausgelastet ist. Er hat darum einfach die etwas höhere Vermittlungsprovision gezahlt.

Sie fragten, ob wir noch weitere Vorteile bieten? Wir entwickeln gerade ein Internetsystem, das wir OpenProfiles nennen. Man kann es im Internet schon unter www.OpenProfiles.de erreichen. Was wir da machen, legt gewissermaßen die Axt an die Wurzeln des bisherigen Geschäftsmodells der Personalvermittlung. Moderne Internettechnik wird auch die klassische Personalvermittlung zunehmend in Bedrängnis bringen. Ein Stichwort heißt Semantic Web. Als wir Ende letzten Jahres hörten, dass die Bundesregierung auf ihrem so genannten IT-Gipfel in Potsdam beschlossen hat, diese neuen Internettechniken besonders zu fördern, haben wir nachgedacht, was das für die Spezialistenvermittlung bedeutet. Wenn OpenProfiles fertig ist, können Unternehmen damit nach Fachkräften suchen: Online, kostenlos und vorbei an Vermittlungsunternehmen.

Wer soll so etwas auf den Markt bringen, wenn nicht eine Genossenschaft, die bekanntlich neben dem Geldverdienen auch noch die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder im Blick hat? Unsere Wettbewerber, die rein profitorientiert arbeiten, haben an einer solchen technischen Neuerung naturgemäß kein Interesse. Und um auf Ihre Frage noch einmal zusammenfassend und etwas vollmundig zu antworten: Mit OpenProfiles fördert die Genossenschaft nicht nur die Wirtschaft der Mitglieder, sondern sogar alle IT-Freelancer und sie bringt die Vermittlungsbranche insgesamt technologisch voran: Suchmaschine statt kostenpflichtiger Personalvermittlung.

Was würden Sie aufgrund Ihrer bisherigen Erfahrungen mit dem Geschäftsmodell der JARIVA eG anderen Neugründungen von Freiberuflergenossenschaften empfehlen? Was würden Sie, wenn Sie noch einmal gründen, anders machen?

Unter den vielen Gesellschaftsformen, die für JARIVA in Frage kamen, war die Genossenschaft die überzeugendste und passendste Gesellschaftsform. Wie schon erwähnt, waren wir auch von der juristischen Gründungsberatung durch den Hamburger Genossenschaftsverband ZdK außerordentlich positiv überrascht. Was wir allerdings später mit der für Genossenschaften gesetzlich vorgeschriebenen Zwangsmitgliedschaft in einem Prüfungsverband erlebt haben, dass kann man nur als skandalös bezeichnen. Die Zwangsmitgliedschaft in dem Prüfungsverband hat sich für uns besonders in der Anfangsphase als enorme finanzielle Belastung herausgestellt. Fast 4.000 Euro hat dieser Verband allein für die erste Prüfung eines ganz bescheidenen Anfangsgeschäfts mit nur wenigen Buchungssätzen verlangt. Nicht verwechseln: der Prüfungsverband, nicht unser Genossenschaftsverband ZdK.

Als Gegenleistung haben wir einen Prüfungsbericht erhalten, der an Banalität kaum zu unterbieten ist. – Gold gegen Glasperlen. Und als wir unser Unverständnis über dieses Preis-Leistungsverhältnis geäußert haben, sind wir auch gleich noch juristisch belangt worden. Die Zwangsmitgliedschaft ist bei uns gesetzlich vorgeschrieben, also nimmt dieser Verband hemmungs- und schamlos, was er bekommen kann. Seine Kunden können schließlich nicht weglaufen. Wer sich zurzeit über die Preispolitik der vier großen Elektrokonzerne zu Recht aufregt, der ahnt nicht wie sehr insbesondere kleine und neue Genossenschaften unter Prüfungsverbänden leiden. So wie wir als Stromverbraucher eigentlich nur auf die EU hoffen können, so bleibt den Genossenschaften auch nur die Hoffung, dass die EU möglichst bald Abhilfe schafft.

Blick von oben in ein Treppenhaus mit spiralförmigem Treppenaufgang

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wie sehen die Zukunftspläne der JARIVA eG aus, um die Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft weiter auszubauen?

Wir werden aller Voraussicht nach unser Projekt OpenProfiles schon demnächst als eigenständiges Unternehmen ausgründen. JARIVA wird dann wie bisher das Vermittlungsgeschäft betreiben und OpenProfiles wird rund um das Internetportal ein eigenes Geschäft aufbauen. Beide Unternehmen werden eng zusammenarbeiten. Einige Kapitalgeber für den Aufbau des Geschäftsbetriebs haben sich bereits in der Mitgliedschaft von JARIVA gefunden. Langfristig werden wir nicht nur Freiberufler aus der IT-Branche vermitteln, sondern auch Ingenieurberufe. Und OpenProfiles wird dann ebenfalls entsprechend erweitert. Später wollen wir OpenProfiles auch in anderen Sprachen betreiben, also international tätig werden. Und vielleicht gründen Freiberufler im benachbarten europäischen Ausland auch eine Genossenschaft JARIVA. ●

HOSTSHARING EG, HAMBURG

IT-Genossenschaften

Beteiligungsschwellen senken:
Erfahrungen mit der virtuellen Mitgliederversammlung

Die Hostsharing eG setzt die virtuelle Mitgliederversammlung seit ihrer Gründung im Jahre 2000 ein. Die virtuelle Mitgliederversammlung ist das Vorbereitungsgremium für die Generalversammlung. Sie bildet das Meinungs- und Diskussionsforum der Genossenschaft. Die aktiven Mitglieder haben hierdurch die Möglichkeit, Einfluss auf die technischen und politischen Entwicklungen des gemeinsamen Unternehmens zu nehmen.

Uwe Müller, Red. Genossenschaften ● Für die Hostsharing eG ist die Einrichtung einer virtuellen Mitgliederversammlung der einzig mögliche Weg, ihre im gesamten Bundesgebiet und im Ausland lebenden Mitglieder aktiv an der Entwicklung der Genossenschaft teilhaben zu lassen. Sie müssen so nicht persönlich an der Generalversammlung teilnehmen, wie das in einer klassischen Genossenschaft der Fall ist. Zusätzlich hat die virtuelle Mitgliederversammlung die Aufgabe einen engen Kontakt zwischen Mitgliedern, Vorstand und Aufsichtsrat herzustellen. Sie wird zeitlich vor der Generalversammlung einberufen und kann auch bei Bedarf von den Mitgliedern selbst einberufen werden. Näheres regelt eine Geschäftsordnung für die virtuelle Mitgliederversammlung.

Die Anträge zur virtuellen Mitgliederversammlung und die Diskussionen werden auf einer nur für Mitglieder zugänglichen Mailingliste gestellt und diskutiert. Über diese Mailingliste erfolgt auch die namentliche Veröffentlichung der Ergebnisse von Abstimmungen. Aus Transparenzgründen ist dieses Vorgehen notwendig. Jedes Mitglied kann seine Stimmabgabe kontrollieren, das Abstimmungsergebnis nachvollziehen und gegebenenfalls Einspruch gegen das Abstimmungsergebnis einlegen.

Rechtliche Verankerung

Die Generalversammlung hat in diesem Zusammenhang die Funktion, Abstimmungsergebnisse der virtuellen Mitgliederversammlung zu bestätigen oder abzulehnen. Somit ist die Generalversammlung nicht auf die persönliche Anwesenheit einer entsprechenden Anzahl der Mitglieder angewiesen, um Entscheidungen zu treffen. Abweichende Beschlüsse der Generalversammlung von Anträgen der virtuellen Mitgliederversammlung sind nicht möglich. Gibt es Abweichungen, muss die abschließende Entscheidung auf einer folgenden Generalversammlung getroffen werden.

Dieses Vorgehen ist durch entsprechende Paragrafen in der Satzung und den jeweiligen Geschäftsordnungen für die virtuelle Mitgliederversammlung und der Generalversammlung verankert. Näheres hierzu kann auf Webseite der Hostsharing eG sowie in der Satzung und den entsprechenden Geschäftsordnungen nachgelesen werden (www.hostsharing.net/genossenschaft/rechtliches/satzung-inhalt/organe-gremien.html#633sowie www.hostsharing.net/genossenschaft/rechtliches/geschaeftsordnungen/go-vmv.htmlund www.hostsharing.net/genossenschaft/rechtliches/geschaeftsordnungen/go-gv.html).

Intensive Nutzung

Die virtuelle Mitgliederversammlung wird von den Genossenschaftsmitgliedern sehr gut angenommen. Die Beteiligung an den Abstimmungen liegt bei ca. 30 bis 50% der Mitglieder. Die Beteiligung an den Diskussionen ist geringer und durch eine starke Präsenz der kontinuierlich aktiven Mitglieder gekennzeichnet. Demgegenüber fällt die persönliche Beteiligung an der Generalversammlung niedrig aus und schwankt zwischen ca. 2 und 10 Mitgliedern. Dabei lassen sich einige Mitglieder durch entsprechende Erklärungen vertreten, um auch in der Generalversammlung ihr Stimmrecht wahrzunehmen. Die geringe Beteiligung an der Generalversammlung lässt sich mit der weiten räumlichen Verteilung erklären, liegt aber auch an der ausgeprägten technischen Affinität der Mitglieder Hostsharing eG.

Die Erfahrungen über die Jahre mit der virtuellen Mitgliederversammlung können als positiv angesehen werden. Setzt sie doch die Schwelle zur Beteiligung der Mitglieder sehr niedrig. Zu bedenken ist, dass die Kommunikation über E-Mail Diskussionen für die Beteiligten schwieriger und zeitaufwändiger machen. Naturgemäß fehlt diesem Medium die emotionale Komponente der Kommunikation und Erläuterungen müssen schriftlich ausführlicher gestaltet werden. Außerdem verlängert sich durch die virtuelle Mitgliederversammlung der Vorlauf zur Generalversammlung durch die einzuhaltenden Fristen deutlich. Eine relativ weit vorausschauende Planung ist deshalb notwendig. Hier wird Flexibilität eingebüßt. In der bisherigen Praxis der Hostsharing eG ergaben sich hierdurch aber bisher keine gravierenden Nachteile.

Aktuelle Weiterentwicklung

Aufgrund der Mitgliederstruktur der Genossenschaft gibt es keine sinnvolle Alternative zur bestehenden virtuellen Mitgliederversammlung. Das neue Genossenschaftsgesetz vom August 2006 bietet nun ergänzend die Möglichkeit, eine virtuelle Generalversammlung einzuführen. Die Hostsharing eG prüft zurzeit die juristischen und technischen Möglichkeiten dazu. Sie wäre eine deutliche Vereinfachung zur Beschlussfähigkeit für moderne Genossenschaften und kann wesentlich dazu beitragen, die Rechtsform der Genossenschaft in das digitale Zeitalter zu befördern.●

Kurzinformation Hostsharing eG

Die Hostsharing eG ist ein im Jahre 2.000 gegründeter Webhoster mit über 200 Mitgliedern, der die Gedanken von Open-Source auf Internetdienstleistungen überträgt. Sie ist ein Pionier im Genossenschaftswesen, indem sie als erste die virtuelle Mitgliederversammlung für Genossenschaften eingeführt hat. Technisch verfügt die Genossenschaft über eine eigene Serverinfrastruktur, so dass hochwertige, flexible und individuelle Hostinglösungen den Mitgliedern angeboten werden können. Die Produktpalette umfasst Produkte für Hobbyseiten, professionelle Webhostingpakete und reicht bis zu dezidierten Servern.

Weitere Informationen: www.hostsharing.net.

Künstlerische Fotomontage eines angestrahlten Kopfes

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BUCHBESPRECHUNG

Genossenschafts-Handbuch

Trotz Vereinfachung der Genossenschaftsneugründungen durch die Gesetzesnovellierung im August letzten Jahres ist die Materie Genossenschaft nicht einfacher geworden. Im Gegenteil, die Regelungswut der jeweiligen Regierungsverantwortlichen lässt die Veränderungen bei Gesetzen und Verordnungen – nicht nur für Genossenschaften – unüberschaubar werden. Um hier auf dem neusten Stand zu sein, bietet das Genossenschafts-Handbuch eine fundierte Grundlage.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die am 18. August 2006 in Kraft getretene Gesetzesnovelle bringt für Genossenschaften zahlreiche Neuerungen mit sich und stellt die umfangreichste Änderung des Genossenschaftsgesetzes seit 30 Jahren dar. Wichtige Neuerungen sind z.B. bei der Erleichterung der Kapitalbeschaffung und -erhaltung die Zulassung der Sachgründung und die mögliche Aufnahme rein investierender Mitglieder. Durch die Novelle wurden außerdem die Rechtsform Genossenschaft für soziale und kulturelle Zwecke geöffnet und einige Elemente der Corporate Governance auf den Genossenschaftsbereich übertragen.

Wichtige Gesetzestexte

Das ergänzbare Genossenschafts-Handbuch bietet in dieser Situation aktuelle, kompetente und umfassende Antworten auf die meisten Fragen und Probleme rund um das Recht der Genossenschaften. Es verschafft den nötigen Überblick über das komplexe Genossenschaftswesen und bietet insbesondere:

- fundierte und umfassende Kommentierungen zum Genossenschaftsgesetz sowie Wiedergabe der für das Genossenschaftswesen wichtigen Gesetze, Verordnungen, Materialien;
- hohe Praxisrelevanz für die zahlreichen Verschmelzungsprozesse im Genossenschaftswesen. Die hierfür wichtigen Vorschriften im Umwandlungsgesetz werden meinungsbildend und umfassend kommentiert;
- übersichtliche und systematische Kommentierungen zu den für Genossenschaften wettbewerbsrechtlich relevanten Tatbeständen, da sich für große Genossenschaften als Unternehmensvereinigungen schnell kartellrechtliche Probleme ergeben.

In dem Handbuch sind die verschiedensten Gesetzesänderungen (Genossenschaftsgesetz, Umwandlungsgesetz, Genossenschaftsregisterverordnung, Kostenordnung, Handelsregistergebührenverordnung etc.) eingearbeitet. Dazu gehören auch die Bestimmungen aufgrund des Gesetzes über die Einführung des elektronischen Genossenschaftsregisters.

Aktuelle Kommentierungen

Das Handbuch gilt zu recht als vollständiger und aktueller Kommentar zum gesamten Genossenschaftsrecht – auch in den neuen Bundesländern. Das zweibändige Werk bietet die erforderlichen Unterlagen und Informationen für eine schnelle, zuverlässige und umfassende Unterrichtung zu allen Fragen und Probleme des Genossenschaftsrechts. Band I enthält einen umfangreichen und laufend auf dem neuesten Stand gehaltenen Gesetzesteil. Neben dem Genossenschaftsgesetz findet der Benutzer die sonstigen für den Praktiker im Genossenschaftswesen einschlägigen Rechtsvorschriften, insbesondere die wichtigsten steuerrechtlichen Vorschriften sowie das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und das Gesetz über das Kreditwesen einschließlich der Rechnungslegungs- und Nebenvorschriften.

Der zweite Band beinhaltet den Kommentar zum Recht der Genossenschaften mit seinen auf die Praxis bezogenen Erläuterungen. Enthalten ist die Kommentierung der steuerrechtlichen und wettbewerbsrechtlichen Vorschriften, die durch Verarbeitung der neuesten Rechtsprechung und Literatur zum Recht der Genossenschaften aktualisiert wird. Entsprechend sind die zahlreichen aktuellen Veränderungen aufgrund des Gesetzes über das elektronische Handelsregister und das Genossenschaftsregister in die Kommentierung eingearbeitet.

Fehlende digitale Aufbereitung

Hinsichtlich der umfassenden Aktualisierung gibt das Genossenschafts-Handbuch wenig Anlässe für kritische Anmerkungen. Aufgrund der Komplexität der Materie richtet sich die Loseblattsammlung aber vorrangig an Juristen, denen der Umgang mit Gesetzestexten und deren Kommentierung vertraut ist. Für Laien, die sich in die Thematik einarbeiten wollen oder eine schnelle Orientierung bei Einzelfragen benötigen, fehlt ein leichter verständlicher Zugang. Auch die Verschlagwortung lässt zu wünschen übrig. Im Zusammenhang mit der schnell verloren gehenden Übersichtlichkeit drängt sich die Frage auf, ob eine Loseblattsammlung im Zeitalter moderner Kommunikationsmedien mit den Möglichkeiten der Volltextsuche noch die bestmögliche Aufbereitungsform darstellt?●

Heinrich Bauer: Genossenschafts-Handbuch, Loseblatt-Sammlung, Berlin (Erich Schmidt Verlag) 98,00 Euro, begründet von Dr. Rolf Schubert † und Karl-Heinz Steder 01.01.1973, Stand 2007, 3.342 Seiten in 2 Ordnern, DIN A 5, 98 EUR. Ergänzungen bei Bedarf.

Anzeige

GENTECHNIK-KRITIK III

Organisierung

Anti- oder fehlende emanzipatorische Orientierungen finden sich nicht nur in Positionen vieler politischer Gruppen, unter anderem in der Gentechnikkritik. Sie spiegeln sich ebenso in der Organisierungspraxis von Protest. Dort dominieren Intransparenz, Anbiederung an herrschende Strukturen und kollektive Identitätsbildung der handelnden Zusammenhänge. Dabei sind (aus emanzipatorischer Sicht) sogar Rückentwicklungen zu vermelden: So haben staatsbefürwortende Verbände wie BUND und Greenpeace die Meinungsführerschaft in der Debatte übernommen. Gleichzeitig wandelte sich das aus staatskritisch-autonomen Zusammenhängen entstandene und Mitte der 90er Jahre die laufenden Feldbesetzungen unterstützende Gen-ethische Netzwerk (GeN) zu einer sich selbst als seriös-wissenschaftliche Beraterorganisation inszenierenden Organisation mit ständigem Bedürfnis, sich von direkten Aktionen zu distanzieren oder diese in ihren Schriften (z.B. GiD) zu verschweigen.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Moderne Kampagnen, die Protest als PR-Show inszenieren, wuchsen aus dem Boden nachlassender Inhaltlichkeit – so etwa Campact. Erst die seit 2005 wieder spürbare Zunahme direkter Aktion durch kleine Basisgruppen und die Aktion »Gendreck weg!« schaffte kleinste Veränderungen. Die Aktion Gendreck-weg schaffte sogar wieder den Sprung in eine Ausgabe des GiD. Anderes aber blieb bei Umweltverbänden & Co. verborgen: Der erste Feldbesetzungsversuch seit Jahren im April in Groß Lüsewitz (www.gentech-weg.de.vu), ebenso die Aktionen der mit deutlich emanzipatorischem Anspruch auftretenden FeldbefreierInnen und -besetzerInnen in Gießen (www.gendreck-giessen.de.vu), Oberboihingen oder anderswo.

Eher den eingefahrenen Mustern folgten andere Aktivitäten. Der G8-Landwirtschaftsaktionstag am 3. Juni rund um Rostock vermittelte neben fehlender Bissigkeit und normierten Aktionsformen vor allem eines: Die Betriebsblindheit für alles, was außerhalb des sorgsam konstruierten »Wir« stand. Fast beklemmend, wie bei Ankündigung und Durchführung zum Aktionstag in Groß Lüsewitz die Aktionen anderer dort unerwähnt blieben. Die weiterführende Aktivität wurde auf das krampfhafte Fortbestehen nicht irgendwelcher Aktionen (was sollte das auch sein?), sondern der entwickelten kollektiven Identität gelegt – eine Anpassung an übliche Strategien politischer Bewegung. Organisierung wird als Selbstzweck betrieben und die bloße Existenz als Erfolg gefeiert.

Offen für Kooperation und eine Organisierung über Grenzen hinweg zeigt sich nur die Aktion »Gendreckweg«. Doch auch hier gilt das nur teilweise. Eine ständige Orientierung auf Selbsterhalt in den internen Debatten führt latent zur Gefahr, das Ziel der Sache gegen den Erhalt des Selbst zu tauschen.

Foto: www.gendreck-weg.de

Es ist daher angemessen, sich Gedanken zu machen über eine Praxis der Organisierung jenseits der Grenzen, des Innen und Außen, der kollektiven Identitäten und der Orientierung an geltenden Normen bei gleichzeitiger Angst vor allem, was radikal daherkommt. Die folgenden Absätze sollen einzelne Aspekte einer widerständigen und horizontalen Bewegungskultur benennen. Weder Vollständigkeit ist garantiert, noch sollten die Gedanken kritiklos aufgenommen werden. Nach der Hochphase inmitten der 90er Jahre und der Etablierungs- plus Anpassungszeit mit massiven Abbrüchen in der öffentlichen Gestaltungskraft um die Jahrtausendwende steht eine Renaissance widerständiger Gentechnikkritik mit emanzipatorischen Zielen – wenn überhaupt – erst wieder neu zur Debatte. Kleine Anfänge sind gemacht. Um eine Wiederholung vergangener Zeit geht es nicht, sondern um etwas Neues, dass das Bestehende aber hinter sich lässt.

Horizontale Kooperation selbständiger Projekte und Gruppen

Grundlage emanzipatorischer Organisierungen ist immer das sich entfaltende Individuum in den selbstgewählten Kooperationsstrukturen, seien es überregionale Projekte oder lokale Gruppen, konkret vereinbarte Zusammenarbeit oder kontinuierliche Zusammenhänge. Aneignung von theoretischem und praktischem Wissen sowie Zugang zu Hilfsmitteln für die eigene Aktivitäten unterstützen diese Selbstentfaltung. Zwischen den unterschiedlichen, selbstorganisierten Teilen widerständiger Bewegung bedarf es keiner übergeordneter Zentralität, keiner Steuerung, keiner Privilegien und keiner Zugangsbeschränkungen zu Wissens- und Materialressourcen. Wo diese bestehen oder eingeführt werden, sinkt die Orientierung auf Stärkung der Organisierungsfähigkeit vieler Teile, während kollektive Mitmachaktionen dominieren. Versuche von Massen- der regionalen Beschränkung (www.gendreck-weg.de) – begrenzt aber auf die Mobilisierung zu einem Mitmach-Aktionstag, während eine Aktivierung über dieses Event hinaus weitgehend ins Leere läuft. Hier wäre eine Weiterentwicklung wünschenswert hin zu einem Netz vieler Teile, die eigenständig bleiben, aber in den vereinbarten Kooperationen echte Schlagkräftigkeit zeigen.

Propaganda visionärer Projekte im Hier & Jetzt

Konkrete Forderungen und weitergehende Utopien müssen nicht zusammenhangslos nebeneinander stehen, sondern können ineinander greifen. So können Kritiken mit Vorschlägen bis zu Utopien verbunden werden. Wer Gentechnik im Agrarbereich kritisiert, kann ökologischen Landbau (konkrete Forderung), eine Umverteilung des Landes und die Selbstbestimmung der Menschen (konkrete Utopie), aber auch eine Gesellschaft ohne Verwertungs- und Eigentumslogik (Utopie) fordern.

Ebenso können konkrete Projekte an weitergehenden Forderungen orientiert werden. Das ist unter herrschaftstheoretischen Überlegungen sogar notwendig, denn ohne eine weitergehende Kritik laufen konkrete Positionen immer Gefahr, nur im Detail hilfreich, im Ganzen aber kontraproduktiv zu sein. Das gilt z.B. für den weitverbreiteten Wunsch nach verstärkter Kontrolle, nach Umweltpolizei, schärferen Gesetzen usw. Wo staatliche Macht ausgebaut wird, entsteht genau die Handlungsstärke, die u.a. Gentechnik durchsetzen kann selbst dort, wo kaum ein Mensch sie will. Statt also an autoritäre Konzepte anzudocken, könnte die Kritik an der Gentechnik besser mit anderen und weitergehenden Ideen verbunden werden, die emanzipatorische Züge tragen. So kann Gentechnik sogar Teil von Kampagnen sein, die über den Bezug auf einen Punkt hinausgehen:

● **Freies Wissen**
Seit Jahren kämpfen Menschen für die Freiheit von Wissen. Erfindungen, neue Techniken, Software und vieles mehr können in vielen Teilen der Welt nicht genutzt werden, weil Patente, Verschlüsselungen und mehr die Anwendung verhindern. So wird der Profite wegen Elend vergrößert. Die Kritik der Gentechnik kann hier zu einem Motor einer Bewegung für freies Wissen und freie Technik werden. In diese Richtung gehen bereits Kampagnen gegen die Patentierung von Leben (www.keinpatent.de) oder gegen die Biopiraterie (www.biopiraterie.de).

● **Landreformen/Umverteilung von Boden**
Kapitalistische Wirtschaftslogiken machen aus der Erzeugung von Lebensmitteln und anderen Grundstoffen (z.B. für Kleidung, Farben, Gebäuden) einen den Profitgesetzen unterworfenen Lebensbereich. Subsistenz, Selbstbestimmung, direkte Ökonomie, ökologischer Landbau und Transparenz gehen den Bach herunter. Die Kritik an Patentierung, Abhängigkeiten von Saatgutkonzernen und gentechnischen Kontrolltechniken kann gut mit anderen Forderungen in der Landwirtschaft verbunden werden. Beispiele dafür sind viele Landlosenbewegungen, der internationale Aktionstag Via Campesina oder (punktuell) die Landwirtschaftskampagne rund um den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Propaganda der Tat

Die emanzipatorische Kritik der Gentechnik ersetzt weder andere Argumente, noch die Propaganda der Tat. Erstrebenswert wäre eine Kombination, denn die Vision einer herrschaftsfreien Welt und die konkrete Kritik der Gentechnik entfalten ihre größte Wirkung, wenn sie den Erregungskorridor füllen, der durch die praktische Widerstandshandlung entsteht – sei es die Feldbefreiung oder -besetzung, die subversive Aktion gegen die Propaganda der Konzerne, eine symbolische Aktion an den Zentren der Macht oder die Blockade bzw. Sabotage des laufenden Betriebs gentechnischer Manipulation.

Bei der Auswahl der Methoden von Aktionen bietet sich das Spektrum von Direct Action an, also von selbstbestimmten Handlungen, die öffentliche Erregung hervorrufen, Kommunikation erzeugen und damit Debatten um politische Kritik und Ziele ermöglichen (www.direct-action.de.vu mit Extra-Seite voller Aktionsbeispiele zu Gentechnik). Verbunden ist dieser Eingriff in die gesellschaftliche Debatte, in Normen und Diskurse, mit einem Verzicht darauf, ausgerechnet an diejenigen zu appellieren, die die Ausbreitung der Gentechnik bis heute organisiert haben. Denn das verschafft Regierungen, Institutionen und Firmen nicht nur zusätzliche Legitimation, sondern ist auch herrschaftstheoretisch unsinnig: Solange die Rahmenbedingungen so sind, dass Machterhalt und -ausbau sowie Profit als Ziele geradezu erzwungen, weil alternativlos sind, ist die weitere Entwicklung der Gentechnik nicht eine Frage der jeweils herrschenden Parteien oder Gesichter, sondern wird sich unabhängig von diesen in der vorgezeichneten Art durchsetzen. Wenn in einer solchen Lage mit Aktionen auch politische Forderungen verbunden werden, dann müssen sie genau auf diese Abhängigkeiten und Zwänge eingehen und deren Überwindung, nicht deren Nutzung für die eigenen Interessen fordern.

Wünsche ...

● Das Ende der Einseitigkeiten in der Berichterstattung von Verbands-, Fach- und bürgerlichen Medien, bei denen fast alle Formen direkter Aktionen gegen Gentechnik ausgeblendet werden.
● Das Ende der Angst vor direkten Aktionen oder Kontakten zu AkteurInnen.
● Neustart oder Umwandlung bestehender Projekte in solche, die sich nicht nur an Organisationsteile wenden, sondern sich als Teil einer offenen, grenzenlosen Widerstandsbewegung verstehen. Rechtshilfefonds, Newsletter, Trainings, Rundbriefe, Internetseiten und vieles mehr dienen nicht länger nur der eigenen Klientel, sondern sind eine Idee in der Vielfalt des Ganzen.
● Eine Organisierungsphilosophie, die auf Transparenz und Horizontalität setzt, die eine Welt des Protestes schafft, in der viele Welten Platz haben.
● Dazu gehört eine Streitkultur, die Debatten gerade zwischen unterschiedlichen Anschauungen erzeugt, ohne Sieg und Niederlage zu küren, denn das würde die Debatte nur beenden.
● Bestehende Ressourcen wie Material, Wissen, Adress- und Mailverteiler, Kontakte und Organisations- bis Aktions-KnowHow sollten für möglichst viele nutzbar werden.
● Und dass alle hier aufgezählten Wünsche noch um viele ergänzt werden. Und dass das nicht die Begierde nach zentraler Steuerung und einer großen, (schein-)leistungsfähigen Organisation weckt, sondern bei vielen Menschen die Idee, einfach etwas aus der großen Menge von Möglichkeiten zu entwickeln, es umzusetzen und offensiv den Kontakt mit anderen zu suchen, um Teil eines horizontalen Netzes von Aktionsgruppen, Vernetzungsprojekten, Events, fachlicher Beratung, Medienprojekten usw. zu sein.

Es ist bedenklich, wenn viele AktivistInnen, vor allem FunktionärInnen von ganz oben bis in die regionalen Strukturen bei Papi Staat arbeiten, zu Parteien gute Kontakte haben und nicht einmal das Gespräch mit der Gentech-Lobby scheuen – aber auf Schritt und Tritt darauf achten, nicht mit Menschen zusammen gesehen oder verwechselt zu werden, die radikaler als sie selbst die Ausweitung der Gentechnik entgegentreten. Veränderungen in der Welt werden kaum möglich sein, wenn nur solche Aktivitäten erwünscht sind, die niemanden stören, und die politischen AkteurInnen bei ihrem Willen, die Welt zu verändern, vor allem eines nicht wollen: Das es jemand merkt.●

1.800 Strike-Bikes verkauft

Kleine selbstverwaltete Manufaktur geplant

Redaktion Heidelberg ● Vom 22. bis zum 26. Oktober lief die Produktion des knallroten »Strike-Bikes« in der besetzten Fahrradfabrik in Nordhausen. 135 Kolleginnen und Kollegen fabrizierten bei gleichem Stundenlohn von 10 EUR die 1.837 bestellten »Strike-Bikes«. Mit dieser öffentlichkeitswirksamen Aktion haben die Fahrradwerker auf ihre gnadenlose »Platt-Sanierung« eindrucksvoll hingewiesen und die »Abwicklung« nicht kampflos hingenommen. Doch nun ist Schluss: Anfang November wurden trotz fehlendem Insolvenzplan die Schlösser ausgewechselt und die Insolvenz eröffnet. Die ArbeiterInnen befinden sich in einer Umschulungsmaßnahme. Eine kleine Gruppe unter ihnen möchte eine kleinere Nebenhalle anmieten und parallel zur Umschulung eine 2. Strike-Bike-Version auflegen und als selbstverwalteter Manufakturbetrieb herstellen.

Aktuelle Informationen unter www.strike-bike.de

Anzeige

grünes blatt
zeitung für umweltschutz ‚von unten'

inhalte: berichte und artikel zu utopien, gentechnik, selbstorganisation, ökologie, repression; tipps für umweltschutz im alltag; kritische analysen herrschaftsförmiger umweltpolitik; entwürfe für umweltschutz, der von den menschen ausgeht.

vorsicht: offenes medium, einmischung erwünscht!

Das grüne blatt erscheint vierteljährlich. Ein Abo gibt es für 10 € im Jahr (Einzelabo) oder 30 € (10 Ex. pro Ausgabe) und kann bestellt werden per ...
★ Post: grünes blatt, Postfach 32 01 19, D-39040 Magdeburg
★ Tel: +49 391-72 72 657
★ Mail: mail@gruenes-blatt.de

www.gruenes-blatt.de/wiki

REZENSION

Selbstorganisation und moderner Kapitalismus

Zweifelsohne befindet sich der Neoliberalismus in einer Krise. Die Zeiten, in denen er hegemonial das Denken großer Teile der Gesellschaft, keineswegs bloß der »Eliten«, bestimmte, scheinen vorbei. Die Entstehung und Etablierung der LINKEN ist nur der sinnfälligste Ausdruck hierfür.

Von Alexander Schlager, Stuttgart ● Wenn man von neoliberaler Hegemonie, deren Krise, sowie Versuchen, ein gegenhegemoniales Projekt zum Neoliberalismus aufzubauen, spricht, muss in Rechnung gestellt werden, was mit Hegemonie eigentlich gemeint ist. Es handelt sich hierbei keineswegs um ein reines Zwangs- oder Gewaltverhältnis. Vielmehr handelt es sich um eine Herrschaftsform, die auf der – passiven oder aktiven – Zustimmung der Mehrzahl der ihr Unterworfenen beruht. Eine solche Zustimmung ist nur dann möglich, wenn an der realen Lebens- und Arbeitssituation der Menschen angeknüpft, ihre Erfahrungen thematisiert und ihre Bedürfnisse zumindest teilweise artikuliert werden. Fasst man nun den Neoliberalismus als eine hegemoniale Herrschaftsform auf, dann stellt sich die Frage, an welche Erfahrungen der Subjekte er anknüpfen konnte/kann, worin seine Attraktivität bestand/besteht und was dies für eine systemtransformierende Praxis sozialen Widerstands bedeutet.

Dem im Sommer erschienenen Sammelband lassen sich wichtige Antworten auf diese Fragen entnehmen. Hervorgegangen ist der Band aus einer Veranstaltungsreihe, die das »Institut für sozialökonomische Handlungsforschung (SEARI)« zwischen Herbst 2005 und Frühjahr 2006 in Bremen organisierte.

Der Zusammenhang zwischen den Beiträgen wird durch die gemeinsame Orientierung an den thematischen Eckpunkten (Wandel der) Arbeitsorganisation, Entstehungs- und Handlungsbedingungen sozialer Bewegungen, Subjektkonstitution sowie Selbstorganisation hergestellt. In einem ersten Block von Beiträgen geschieht dies in eher theoretischer Form, im zweiten Block mit Hilfe von Beispielen aus der sozialen Praxis. Abschließend wird mit dem Thema Prekarisierung/prekäre Arbeitsverhältnisse eine Diskussion aufgenommen, die mir für die Linke derzeit von zentraler Bedeutung scheint. Damit gelingt es den AutorInnen, eine Vielfalt unterschiedlicher Perspektiven mit einer Kohärenz zu verknüpfen, so dass die Beiträge wechselseitig als Erläuterungen und Vertiefungen gelesen werden können.

Gemeinsam ist den Beiträgen die Orientierung an einem transformatorischen bzw. »radikalen« Reformverständnis. »Reformen«, so die Herausgeber in der Einleitung »orientieren sich hier nicht an den von den Erfordernissen des Kapitals vorgegebenen Grenzen, sondern u.a. an der Frage, inwieweit sie Bedingungen für eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsformation in sich tragen und somit über die im Kapitalismus grundsätzlich zur Disposition stehenden Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen hinaus nachhaltige Veränderungen befördern« (S. 11).

In einer aufschlussreichen Rekonstruktion der psychosozialen Folgen der (gewaltförmigen) Durchsetzung des Kapitalismus macht Holger Heide in seinem Beitrag »Angst und Kapital. Warum Widerstand im Postfordismus so schwierig ist« einen Vorschlag, wie sich die Entstehung dieser beiden konträren Vorstellungen von Reform erklären lässt und was notwendig ist, um ein transformatorisches Reformverständnis in sozialen Bewegungen verankern zu können. Die gewaltförmige Durchsetzung des Kapitalverhältnisses habe zu einer »kollektiven Traumatisierung« geführt, die sich in einer unbewussten »Identifikation mit dem Aggressor«, d.h. dem Kapital, äußere. Konsequenz hieraus sei eine ungerichtete Wut als Reaktion auf die verdrängte Angst auf der einen, der Verlust an den Glauben an Alternativen zum Kapitalismus *als System* und damit das Sich-Bescheiden auf die Beseitigung von Ungerechtigkeiten *innerhalb* des Systems auf der anderen Seite. Nur wenn innerhalb der sozialen Bewegungen die in jedem und jeder Einzelnen sitzende Angst und Wut in einer solidarischen Anstrengung bearbeitet (durchgearbeitet) werde, könne sozialer Widerstand über das Bestehende hinausführen.

Heide macht deutlich, dass es die Subjekte sind, die den Kapitalismus durch ihr Denken und Handeln mit reproduzieren und eine Abstraktion von diesen einer antikapitalistischen Theorie und Praxis nicht gerecht zu werden vermag. Was dies für die Praxis sozialer Bewegungen bedeuten könnte, diskutiert er in einem weiteren Beitrag am Verhältnis von Interesse und Bedürfnis exemplarisch am Beispiel von Genossenschaften und den »Anonymen Alkoholikern« als organisierte Selbsthilfegruppe. Er macht zugleich klar, dass ein unvermittelter Appell an die Subjekte »auf[zu]hören, den Kapitalismus zu machen« (John Holloway) wenig Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn die Bearbeitung der Ängste nicht ein wichtiges Moment der politischen Praxis wird.

Wird die dialektische Verschränkung von Subjekt und Objekt, von Individuum und Gesellschaft bei Heide, wie auch in Michael Danners sozialphilosophischer Reflexion des sich selbst entfremdenden Selbst primär von der »subjektiven Seite« her entwickelt, so rücken Athanasios Karathanassis und Lars Meyer die »objektiven« polit-ökonomischen Wandlungsprozesse des Kapitalismus in den Mittelpunkt und untersuchen von dort aus, was diese für die Formierung und Beschaffenheit sozialer Bewegungen (Karathanassis) und die spezifischen Subjektivierungsformen in der Lebens- und v.a. Arbeitswelt bedeuten. Karathanassis macht mit dem begrifflichen Instrumentarium der Regulationstheorie klar, dass die Stärke der klassischen »alten sozialen Bewegungen« in ihren bürokratisch-großorganisatorischen Formen von Gewerkschaften und reformistischen Arbeiterparteien an einen bestimmten Entwicklungsstand des Akkumulationsregimes gebunden war und nur eine besondere Form der Regulation des Kapitalverhältnisses darstellt. Mit dem Übergang zum Postfordismus werden diese bürokratischen Großorganisationen in zweifacher Weise in Frage gestellt: Zum einen werden sie als Verhandlungspartner in einem korporatistischen »Wettbewerbsbündnis« für die Kapitalstrategien immer entbehrlicher. Zum anderen entsprechen sie immer weniger den gewandelten Bedürfnissen der Menschen nach Autonomie und Selbstorganisation.

Die Widersprüchlichkeit der »neuen Autonomie« in der Arbeitswelt ist Gegenstand der arbeitssoziologischen Skizze bei Lars Meyer. Diese ergibt sich seiner Ansicht nach dadurch, dass mit betriebswirtschaftlichen Konzepten der »indirekten Steuerung« zwar den Bedürfnissen nach Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Autonomie entgegengekommen wird. Da der Rahmen, in dem diese Prozesse stattfinden, jedoch durch Imperative der Kapitalverwertung diktiert wird, komme es zu einer pathologischen Verkehrung, die sich in Selbstausbeutung, Intensivierung von Arbeit, Stress etc. äußere. Empirisch gesättigt werden die oben skizzierten theoretischen Diskussionen durch Beispiele sozialen Widerstands, welche wiederum als Reaktion auf die sich verändernden Arbeitsorganisationen und betrieblichen Strategien gesehen werden müssen. Der Versuch der Selbstorganisation spielt hier eine wesentliche Rolle, am Beispiel der französischen SUD-Gewerkschaften, des Kampfes gegen die Einführung des CPE sowie der confédération paysanne bei Willi Hajek, ebenso wie in Inken Wanzeks Beitrag über das NCI-Netzwerk bei Siemens.

Um den Faden vom Anfang noch einmal aufzunehmen. Aus dem Buch lässt sich lernen, dass eine politische Praxis, die auf eine Überwindung der Kapitaldominanz abzielt, nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die Wandlungsprozesse, die mit dem Neoliberalismus/Postfordismus einher gingen, ernst nimmt, und sich fragt, inwiefern die Bedürfnisse (Autonomie, Selbstorganisation etc.), die durch diesen in pervertierter Form artikuliert werden, auf »höherer Stufe« eingelöst werden können. Dies schließt ein Zurück zu den scheinbar »goldenen Zeiten« des Keynesianismus, dessen ökologische und globale Kosten sowie rassistische und sexistische Ausschlussmechanismen von so manchen zur Zeit geflissentlich übersehen werden, aus. Dass die sozialen Bewegungen in diesem Transformationsprozess eine zentrale Rolle spielen (müssen), steht außer Frage. Daneben scheint mir aber auch eine Wandlung und Revitalisierung von Parteien und Gewerkschaften als Akteuren sozialen Widerstands notwendig. In welche Richtung eine solche Veränderung gehen müsste, auch dafür lassen sich dem Buch, neben den Herausforderungen, die mit den Wandlungen des Kapitalismus für eine widerständige Theorie und Praxis einhergehen, wichtige Hinweise entnehmen. Bleibt zu hoffen, dass das unterbreitete Diskussionsangebot rege genutzt wird.●

Sergio Bologna u.a. (Hrsg.): Selbstorganisation... Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus, Die Buchmacherei Berlin 2007, 213 S., 12 EUR

REZENSION: DIE GESCHICHTE DER TAZ

Alternatives Bürgerblatt zwischen Boulevard und Abonnement

Wenn es einen Begriff gibt, den man nach der Lektüre von Jörg Magenaus Geschichte der tageszeitung nun wirklich nicht mehr hören kann, ist es der des alternativen Bürgertums. Kaum eine der gut 260 Seiten lässt er aus, um ihn nicht wenigstens einmal fallen zu lassen. Keine Entwicklung der Zeitung, kein Konflikt, keine richtungsweisende Entscheidung, die nicht darauf hinaus liefe, eben dieses Bürgertum zu formieren, ihm zum Durchbruch zu verhelfen oder seiner Bedeutung für die Entwicklung der Bundesrepublik gewahr zu werden. Von den »postmaterialistischen Werten« zum moralisch korrekten Konsum: Mit der Verabschiedung vom Klassenkampf und der Thematisierung der Eigentumsverhältnisse hat sich eine maßgebliche Fraktion der Linken in der Bundesrepublik nach 1968 von der Infragestellung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verabschiedet und sich selbstbewusst zum neuen Bürgertum erklärt. Die taz war dabei ihr Experimentierfeld. So Magenaus Tenor – freilich mit positiver Konnotation.

Die Geschichte der Zeitung von den Initiativgruppen bis zur Genossenschaft, vom politischen Projekt aus der Alternativbewegung bis zum Profijournalismus, vom Anspruch, Gegenöffentlichkeit zu schaffen, bis zum »Gemeindeblatt« des grün-alternativen Spektrums ist weitgehend bekannt. Interessant sind gerade deshalb die Zwischentöne eines solchen Abrisses, die Gewichtung: Wer wird in die Fußnoten verbannt? Mit welchen ehemaligen oder jetzigen Akteuren werden Interviews geführt? Wer taucht überhaupt nicht auf?

Zudem tritt die Bedeutung von Geschichtsschreibung als Interpretationsleistung politischer Prozesse zutage: Magenau hält sich nicht zurück mit seiner Einordnung der taz als »Heimkehrer-Projekt«, das im Anschluss an den »Deutschen Herbst« die »Wiedereingliederung der radikalen Linken in die Gesellschaft« ermöglichte. Erzählt werden könnte auch eine andere Geschichte: Wo sind die, die sich von der taz abwandten, abgeblieben? Welche Strömungen, welche Positionen unterlagen im Richtungsstreit, an welchen Orten, von wem werden sie heute noch vertreten? Aus dem, was er unter den Tisch fallen lässt, könnte eine ganz andere Geschichte der taz entstehen.

Kritisch wird der Journalist Magenau da, wo es direkt ums Blattmachen geht. In Gegenüberstellung der Behandlung zeithistorischer Ereignisse stellt er dem Hohelied der Professionalisierung auch Misstöne der Verflachung der Berichterstattung entgegen. Während etwa 1986 bei der Katastrophe in Tschernobyl noch faktengesättigte Information und sachliche Berichterstattung überwogen, war die taz wie andere Medien auch nach dem 11. September 2001 einer allgemeinen »Hysterisierbarkeit« verfallen. Anderes Beispiel: Während der Internationalismus als eines der zentralen Themen der taz immer wieder zu einer kritischen Berichterstattung aus den verschiedensten Weltregionen beitrug, führte der Paradigmenwechsel zur »Globalisierung« in den Neunzigern zu einer zunehmend wohlstandschauvinistischen Sichtweise – auch in der taz. Unrühmlich für die taz, so Magenau, war schließlich auch ihr DDR-Experiment. Statt sich, wie noch in den Achtzigern als Sprachrohr osteuropäischer Dissidenten zu begreifen, ging es 1990 in dem halben Jahr Ost-taz lediglich um die schnelle Mark. 300.000 DM konnten so bis zur Währungsreform auf dem eigenen Konto verbucht werden.

Nebenbei wird noch mit hartnäckigen Mythen aufgeräumt, etwa dem der »Kriegsgewinnlerzeitung«. Die taz erzielte zwar in Krisensituationen wie etwa dem Super GAU in der Ukraine immer wieder Kiosk-Spitzenverkäufe, die von 1987 bis heute gehaltene 60.000er Auflage wurde aber langfristig durch betriebliche Umstrukturierungen, eine umfassende Blattreform, technische Innovationen und nicht zu vergessen professionelle Werbekampagnen erreicht.

Für Magenau ist die taz zentraler Bestandteil der Erneuerungsbewegung des durch den Nationalsozialismus diskreditierten Bürgertums. Aus den Ruinen des »Deutschen Herbstes« aufgestiegen, gelänge es dem grün-alternativen Milieu eine hedonistische Lebensweise, gepaart mit moralischem Anspruch, durchzusetzen; allerdings befreit von der Infragestellung der bürgerlichen Gesellschaft.

Dass die Linke heute allerdings ganz andere Themen an völlig anderen Orten diskutiert, geht an der taz vorbei – was wiederum kaum jemand zu stören scheint – am wenigsten den Chronisten.●

Gottfried Oy

Jörg Magenau: Die taz. Eine Zeitung als Lebensform, Carl Hanser Verlag, München 2007, 280 Seiten, 21,50 EUR

BKA NUTZT STASI-OPFERAKTEN ZUR TERRORFAHNDUNG

Auf dem Weg zu einer neuen deutschen Geheimpolizei

Nach Informationen der ehemaligen DDR-Oppositionszeitschrift telegraph ist bei den Ermittlungen gegen die so genannte »militante gruppe« (m.g.) auch Material aus persönlichen MfS-Opferakten von DDR-Oppositionellen zur Erstellung eines aktuellen Personenprofils herangezogen worden.

Redaktion Heidelberg ● Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) stammten aus dem Jahr 1988, als Teile der DDR-Opposition auch im Osten erfolgreich gegen den Westberliner IWF- und Weltbankgipfel mobilisierten. Das BKA hat versucht, mit Hilfe der Arbeit ihrer Kollegen von der DDR-Staatssicherheit zu belegen, dass schon damals Kontakt zu »terroristischen Kreisen« im Westen bestanden hätte. Im konkret angeführten Fall meinte das MfS damit in ihren Unterlagen u.a. die Umweltorganisation Greenpeace.

Der Auslöser der Ermittlungen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach §129a gegen vier Autoren der Zeitschrift telegraph, darunter den Berliner Soziologen Dr. Andrej Holm, waren 9 Wörter in dieser Zeitschrift, Wörter wie »implodieren« oder »drakonisch«, die auch in Bekennerschreiben der »militanten gruppe« auftauchen sollen.

Es folgten Hausdurchsuchungen, Haft, GPS-Wanzen am Auto, stündlich zugesandte stumme SMS aufs Handy, Überwachungskameras rund ums Wohnhaus, Überwachung des Surfverhaltens im Internet, Speicherung und Auswertung der Emails, Observationen, Überprüfung des Freundeskreises und vieler weiterer Personen – das volle Programm der Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen, rund um die Uhr.

telegraph-Redakteur Dirk Teschner saß in den 80er Jahren aus politischen Gründen selbst in Stasi-Haft. Teschner: »Uns kommt das alles sehr bekannt vor. Fast auf den Tag genau vor zwanzig Jahren geriet unsere Redaktion schon einmal ins Visier der Staatssicherheit. In der Aktion »FALLE« überfiel die Stasi 1987 die Redaktionsräume in der Berliner Umweltbibliothek, Redakteure wurden verhaftet. Damals hieß unsere Zeitschrift noch UMWELTBLÄTTER und der Ermittlungs-Paragraph nicht 129a sondern §218 (Vereinigung zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele).«

telegraph-Redakteur Andreas Schreier: »Inwieweit unsere journalistische Arbeit von diesen Entwicklungen betroffen ist, können wir nur erahnen. In den Ermittlungsakten sollen Observationsfotos vom Sitz der telegraph-Redaktion (Haus der Demokratie und Menschenrechte) auftauchen und die überwachten Emails des Hauptbeschuldigten Dr. Andrej Holm lagen auf dem Mailserver unserer Redaktion. Wir als Redakteure wurden bereits von der Bundesanwaltschaft vorgeladen und darüber belehrt, dass uns, wenn wir nicht zu unseren Autoren aussagen würden, Geldstrafen und bis zu sechs Monate Beugehaft drohen würden. Wir sagten nicht aus.

Betrachtet man die jüngsten Überwachungsfälle von Journalisten und Rechtsanwälten, stellt sich für uns die Frage: Sind wir auf dem Weg zu einer neuen deutschen Geheimpolizei?«

Die im November 2007 erschienene aktuelle Ausgabe des telegraph widmet sich vollständig diesen Ereignissen.●

Quelle: Pressemitteilung vom 12.11.2007

Kontakt: Redaktion telegraph, Haus der Demokratie und Menschenrechte, 10405 Berlin, Greifswalder Straße 4, Tel.: (0 30) 444 56 22,
E-Mail: telegraph@ostbuero.de
News: http://ostblog.de

UNIVERSALGÜTER

Informationsgüter als genuin gesellschaftliche Güter

In der Zeitschrift krisis, Nummer 31 (siehe www.krisis.org), hat Ernst Lohoff einen Aufsatz veröffentlicht, der es in sich hat. Titel: »Der Wert des Wissens. Grundlagen einer Politischen Ökonomie des Informationskapitalismus«. Es geht um die Frage, ob digitale Informationsgüter Waren sind und Wertsubstanz repräsentieren. Lohoffs Antwort: Sie sind weder Waren noch im ökonomischen Sinne werthaltig. Hier die Argumente in Kurzform.

von Stefan Meretz ● **Erstens:** Informationsgüter sind keine Tauschgüter. Tauschen setzt einen »Händewechsel« voraus. Das Informationsgut verlässt jedoch nicht die Hände des »Verkäufers«, der in der komfortablen Lage ist, dasselbe Gut mehrfach gegen Geld zu vertreiben. Dieses Phänomen ist nicht zu verwechseln mit der Fertigung gleicher stofflicher Güter in der industriellen Massenfertigung. Hier muss jedes einzelne Exemplar neu hergestellt werden, während das beim Informationsgut nur ein einziges Mal geschieht.

Zweitens: Informationsgüter sind universelle Güter, konventionelle Güter hingegen sind singularer Natur. Informationsgüter benötigen zwar einen Träger, die Verbindung zu dem Träger ist jedoch flüchtig und eine Ausbreitung auf neue Träger ist sehr leicht. In digitaler Form benötigen Informationsgüter zur Nutzung Universalmaschinen, die durch geeignete Software – die ihrerseits ebenfalls zu den Universalgütern gehört – in vielfältige Spezialmaschinen verwandelt werden. Vielfach schafft erst die Benutzung selbst den antizipierten Nutzen. Universalmaschinen und Universalgüter spannen ein unabschließbares Nutzen-Universum auf. Konventionelle Güter hingegen vergegenständlichen einen singularen Nutzen. Ändert sich der gewünschte Nutzen, muss ein neues Gut erschaffen werden.

Drittens: Informationsgüter sind genuin nicht-exklusiv, d.h. sie schließen niemanden von der Nutzung aus. Sie sind ferner nicht-rivalisierend im Gebrauch – meine Nutzung beschränkt andere in ihrer Nutzung nicht. Informationsgüter gewinnen ihren Nutzen im Gebrauch, während konventionelle Güter ihn dort sukzessive verlieren. Informationsgüter können nur »moralisch verschleißen« (Marx), konventionelle Güter hingegen vor allem technisch.

Viertens: Informationsgüter können exklusiviert werden, indem technische Zugangsschranken den Zugriff ver- oder wenigstens behindern. Doch auch diese technischen Zusätze ändern nichts am universellen Charakter des Guts. Technische Zusätze machen aus Universalgütern keine Waren, dennoch ändert sich ihre Form in paradoxer Weise: Sie werden zu privatisierten Universalgütern. Werden die Techniksperren entfernt, tritt die Universalität wieder uneingeschränkt hervor. Das Knacken von Kopierschutz ist ein Akt der Entprivatisierung, des Wiederherstellens des universellen Charakters des Informationsguts.

Fünftens: Die »sozialen Hieroglyphen« (Marx), also die durch die Güter vermittelten sozialen Beziehungen, unterscheiden sich bei privatisierten Universalgütern und Waren beträchtlich. Die bürgerliche Gesellschaft hat keinen Begriff davon und hält schlicht alle Arten von Bezahlgütern für »Waren«, aber sie hat die Differenz gleichwohl rechtlich kodifiziert: Während das Eigentum an traditionellen Gütern in der Regel exklusiv auf den Käufer übergeht, wird dem Käufer des Informationsguts lediglich ein limitiertes Mitnutzungsrecht gewährt.

Sechstens: Informationsgüter entstehen durch allgemeine Arbeit oder – so sie in privatisierter Form als Bezahlgüter auftreten – durch privatisierte allgemeine Arbeit. Darin gleichen sie der Wissenschaft. Konventionelle Güter hingegen erfordern den wiederkehrenden Einsatz unmittelbarer Arbeit bei der Herstellung. Folgt man Marx, so ist allgemeine Arbeit hinsichtlich ihrer Wertschöpfungspotenz unproduktive Arbeit, während allein unmittelbare Arbeit wertproduktiv ist. Das darf jedoch nicht zu der Gleichsetzung unmittelbar = stofflich = produktiv verkürzt werden. Unmittelbare Arbeit umfasst sowohl gegenständliche wie geistige Tätigkeiten. Produktive geistige Tätigkeiten sind jedoch nur jene, die vorhandenes Wissen im Produktionsprozess anwenden – also solches Wissen, das etwa die Wissenschaft als Gratisproduktivkraft zur Verfügung gestellt hat –, nicht jedoch Tätigkeiten, die neues Wissen produzieren. Analog verhält es sich, wenn Wissen und Informationen die »gegenständliche«, aber gleichwohl flüchtige digitale Form annehmen: Durch allgemeine Arbeit geschaffene Informationsgüter universeller Natur verkörpern keinen Wert.

Siebtens: Treten Informationsgüter in privatisierter Form erfolgreich als Bezahlgüter auf, so findet zwar kein »Kauf« statt, sondern es wird nur eine Nutzungserlaubnis erteilt, gleichwohl aber wird unidirektional Wert vom Erlaubnisnachsucher zum Erlaubnisgeber transferiert. Dieser Wert muss – z.B. vermittelt über den Verkauf von Arbeitskraft – aus anderweitiger Wertsubstanz-Schöpfung stammen. Analog zum Grundbesitzer, der für die Erlaubnis, seinen Grund nutzen zu können, eine Grundrente kassiert, streicht der Kontrolleur des privatisierten Universalguts eine Informationsrente ein.

Achtens: Die Informationsrente bedeutet für den Privatproduzenten von Universalgütern zwar ein Einkommen, gesamtgesellschaftlich hingegen wird die Verwertungsbasis nicht erweitert. Bei der Vorstellung eines selbsttragenden informationskapitalistischen Akkumulationsschubes handelt es sich folglich um eine Fata Morgana.

Die Argumenteliste ist nicht vollständig – bitte selbst lesen. Was bedeuten diese neuen Einsichten?

Ich muss meine Bewertung Freier Software revidieren. Die besondere Qualität Freier Software liegt nicht darin, dass sie einen wertsubstanzlosen Raum außerhalb der ansonsten wertproduktiven proprietären Softwareproduktion schafft. Software als Universalgut kann grundsätzlich keinen Wert vergegenständlichen. Innerhalb der proprietären Softwareproduktion, deren Art und Weise äußerlich von der Wertform bestimmt wird, werden Produkte geschaffen, deren universaler Charakter der privaten Form widerspricht.

Das Neue im Alten entsteht auch in den alten Formen, nicht allein neben ihnen. Freie Software als universelle und auch der Form nach vergesellschaftete Produktion ist die dem universalen Charakter des Gutes adäquate Produktionsweise – darin liegt die neue Qualität, und das macht ihren Keimform-Charakter aus.●

Krisis – beiträge zur kritik der warengesellschaft, www.krisis.org, Postfach 81 02 69, D-90247 Nürnberg, Tel: (09 11) 70 56 28, Fax: 07809542
Mail: krisisweb@yahoo.de

REZENSION

Volle Kanne Most!

»Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!« Dieses Lamento hören wir während der rund 150jährigen Geschichte des Bestehens der organisierten ArbeiterInnenbewegung immer wieder: es ist schlicht der Ausdruck zwischen dem reformistischen und dem revolutionären Flügeln. Und immer wieder ist zu beobachten, dass ein politischer Werdegang sich vom revolutionären zum reformistischen Flügel bewegt, und in der umgekehrten Richtung (viel zu) selten.

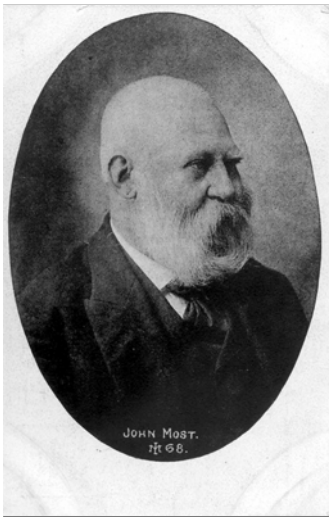
Der gelernte Buchbinder Johann Most (1846-1906), lebenslanger Aktivist und wohl einer der wortgewaltigsten Propagandisten der Freiheit, sah für sich als den »natürlichen« Weg, den von der Sozialdemokratie (incl. Reichstagsmandat, wo er 1874 und 1878 in der »Quatschbude« mit der Erkenntnis: »Macht korrumpiert« saß) hin zum Anarchismus. Links von Most gab es nichts, weder »Marxereien« noch »Edelanarchisten«.

Nun hätte eigentlich das Jahr 2006 ein großes Most-Jahr werden sollen/können, aber zum einen kamen die neuerlich herausgegeben Schriften recht spät (Das IWK-Heft mit dem Datum 2005 kam erst 2007 heraus), und zum anderen ist Most auch unter AnarchistInnen nicht unumstritten: Aus seiner unbegrenzten Freude etwa über damalige Attentate auf Zaren (Hier titelte Most schlicht: »Endlich!«) und andere Würdenträger (so z.B. das missglückte Attentat auf den deutschen Kaiser Wilhelm I am 2. Juni 1878 (sic!)) machte er keinen Hehl. Wenngleich ihm das Schimpfwort »Dynamitapostel« speziell von seinen politischen Gegnern zwecks Diskreditierung angehängt worden ist.

Johann Most, zwar Autor des unsäglichen Büchleins »Revolutionäre Kriegswissenschaften« nach deren Bastelanleitungen sich vermutlich mehr RevolutionärInnen verletzt haben, als dem Sinn entsprechend AttentäterInnen zu bewaffnen, war letztlich ein Mann des Wortes. Er war kein Diplomat, sondern ein Handwerker, der kein Blatt vor dem Mund nahm, der zwischen geschriebenem Artikel, und wutentbrannter Propagandarede keinen Unterschied machte. Letztlich bezahlte er für seine gesprochenen wie geschriebenen Worte mit zig Jahren Gefängnis und mit Exil. Das Wort war seine Waffe, und seine Feder war scharf, wie selbst heute kaum jemand zu schreiben versteht.

Ob über die »Gottespestilenz« und den »Religionsmist«, die »Parteiknechtschaft« – Friedrich Engels bezeichnete er als »der sozialdemokratische Dalai Lama«, na – wenn das nicht aktuell ist – bis hin zur »Knuterei« der »eisernen Erobererfaust« des Staates. Most war nicht zimperlich, das beruhte auf Gegenseitigkeit. Die menschliche »Eigentumsbestie« sollte zur »Ausrottung empfohlen werden«, denn das Most'sche Credo war simpel: »Man schaffe das Privateigentum ab und lebe kommunistisch.«

Und was immer wieder bei seinen Schriften durchschimmert ist das Unverständnis der durchschnittlichen Dummheit: die »Halbheitsdenker und Zauderlinge«, mit ihren »Tag- und Nachtwächterstreichen« und den »Begackerer ungelegter Eier«.



Johann Most

Wenngleich die Argumentationen des Most'schen Anarcho-Kommunismus mir selbst nicht immer einleuchten, über und von Most Texte zu lesen ist allein schon ein sprachlicher Genuss, der heute schwer zu finden ist.

Dankenswerterweise hat Heiner Becker, der mit viel Sachverstand nicht nur die Texte zusammengetragen, sondern auch eingeleitet, und mit Anmerkungen versehen, sowie um biographische Angaben bereichert hat, bei allen drei Werken sich um Wissenschaftlichkeit bemüht ohne diesen Konflikt um die Gewaltfrage im Vorfeld entscheidend festzulegen.

Als Anarchist stehe ich heute zur Gewaltlosigkeit, aber ein Johann Most ist ein Teil der anarchistischen Geschichte – und nicht mal der schlechteste – die wir nicht negieren sollten, es gibt nicht mal einen Grund sich dafür zu schämen und zu entschuldigen. Wenngleich gerade die »Propaganda der Tat« am Ende des 19. Jahrhunderts uns bis heute als GewaltanhängerInnen brandmarkt, so ist es eben ein Teil unserer Geschichte, aus der wir gelernt haben sollten. Auch dies sehe ich als einen Teil, heute Most neu zu lesen.

In dem Band »Die Freie Gesellschaft« versammelt Heiner Becker die von Most herausgegebenen Texte der »Internationalen Bibliothek« und Texte aus der »Freiheit« (zwischen 1887 bis 1892), die zum Teil die bekanntesten darstellen, u.a. »Die Eigentumsbestie« und »Die Gottespest«, »Der kommunistische Anarchismus« und »Die Freie Gesellschaft«. »Anarchismus in einer Nußschale« versammelt vornehmlich Texte aus der »Freiheit«, die gegen Ende von Mosts Leben entstanden (1899-1905), zum Teil Artikelserien, die Most eigentlich als Vorarbeit dazu dienten, endlich sein geplantes »größeres Werk« zum kommunistischen Anarchismus zu verfassen, zu dem es dann aber nicht mehr kam. Becker hat mit diesem Band erstmalig Most in seinem politisch-agitatorischen Schaffen erstmals umfassend dargestellt.

Der dritte Band – das IWK-Doppelheft – beschäftigt sich vornehmlich in akribischer Form mit dem Leben von Johann Most, ferner zahlreiche Dokumente und Fotos und bildet so eine sehr gute Ergänzung zu den beiden im Unrast-Verlag erschienen Büchern.

Sicher sind die Most'schen Texte verhaftet in der Glorifizierung des Proletariats und seiner Fehlinterpretation von der Macht des selbigen, aber damit war er ja nicht der Einzige (mal abgesehen von der Tatsache, dass für Most das »Kommunistische Manifest« schlichtweg ein Plagiat einer 1843 anonym erschienen Broschüre von Victor Considérant, einem Fourier-Anhänger (sic!), war), aber seine Sprachgewalt ist bis heute faszinierend geblieben, und es lohnt sich allemal die Texte neu zu entdecken. Eben: Volle Kanne Most!●

Jochen Knoblauch

● **Johann Most**; Die Freie Gesellschaft. Hg. und eingel. von Heiner Becker. Unrast-Verlag Münster 2006 / Reihe: Klassiker der Sozialrevolte Bd. 13 / 263 S. / 14 EUR
● **Johann Most**; Anarchismus in einer Nußschale. Hg. und eingel. von Heiner Becker. Unrast-Verlag Münster 2006 / Reihe: Klassiker der Sozialrevolte Bd. 14 / 245 S. / 15 EUR
● **IWK, 41. Jahrg., März 2005, Heft 1-2, Hg. von Heiner Becker und Andreas Graf**: Johann Most – ein unterschätzter Sozialdemokrat? (308 S. / Abb. / 20,45 Euro. (Für Studies, Azubis und Arbeitslose 15,34 EUR, näheres dazu bitte unter: www.iwk-online.de).

Anzeige

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Vierteljahreszeitschrift - 18. Jahrgang, Nr. 72, Dez. 2007, 224 Seiten

Finanzkrise
Huffschmid - Macht- und Steuerungsverschiebungen hinter den Spekulationsblasen

Faschismus: Geschichte, Forschung, Medien
Scherer - Wem gehört der 9. November? / Speckmann & Wiegel - Faschismus oder „nationaler Sozialismus"? / Röhr - Großkapital und Faschismus / Schneider - Vom medialen Umgang mit dem Faschismus / Heer - Das Dritte Reich des Guido Knopp

Medien: Hegemonie und Gegenhegemonie
Biermann & Klönne - Bertelsmann. Ein Kon-zern macht Politik / Dehm & Sohn - Macht, Medien und kulturelle Hegemonie im Kapitalismus

Oktoberrevolution: Kampf um die Geschichte
Plener - Luxemburg und Lenin: Über Massen und ihre Aktionen als demokratischer Weg zum Sozialismus / Wehr - Der Rote Oktober in der historischen Bilanz

Und: Pjatakov - Die „Bolivarianische Alternative für Amerika"/ Seppmann - Zur Aktualität einer kritischen Gesellschaftstheorie: Leo Kofler/ George - Starke Mobilisierung - umstrittenes Ergebnis: Der Telekom-Streik ***Sowie:*** Berichte, Buchbesprechungen ***Z*** Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl.Versand) im Abo:32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 25,- u. Ausland 32,- Euro. Bezug über E-mail, Buch-handel (ISSN 0940 0648) oder direkt: ***Z-Vertrieb:*** Postfach 500 936, 60397 Frankfurt, Tel. 069/5305 4496

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen Militarisierung, gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne.

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
○ kostenloses Probeheft
○ Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 84,-)
○ Halbjahresabo zu € 29,-
○ Jahresförderabo: ○ € 75,- ○ € 104,-

Vorname, Name
Straße, Nr.
PLZ, Wohnort
Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.
Datum Unterschrift

Verlag Ossietzky GmbH · Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
Fax 0511 / 21 55 126 · ossietzky@interdruck.net · www.sopos.org/ossietzky

Wiederherstellung der Klassenmacht

Ein soeben im Rotpunktverlag erschienenes Buch provoziert mit der These, Ziel und Zweck des Neoliberalismus sei von Anfang an die Wiederherstellung der alten Klassenmacht gewesen. Die neoliberale Wende, schreibt der kanadische Professor David Harvey in *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, sei in den 1970er-Jahren eingeleitet worden, weil die gesellschaftliche Elite befürchtete, dass ihre Privilegien nachhaltig beschnitten werden könnten. Heute die wachsende soziale Ungleichheit als unerwünschtes Nebenprodukt des Neoliberalismus zu beklagen, sei heuchlerisch oder naiv.

Harvey rekapituliert die Geschichte des Neoliberalismus, seiner Theorie und seiner Praxis, wobei nicht nur die allgemein bekannten »Pioniere« Thatcher und Reagan zu Ehren kommen, sondern auch das neoliberale Modellland Chile (unter Diktator Pinochet) oder das China von Deng Xiaoping und seinen Nachfolgern. Schließlich zeigt Harvey anhand zahlreicher Beispiele, wie mit Zahlenmaterial jongliert wird, um angeblich zu beweisen, dass der Neoliberalismus allen Menschen Vorteile bringe. Eine äußerst scharfsichtige und sehr gut lesbare Analyse.●

diego

David Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus, aus dem Englischen von Niels Kadritzke, 280 Seiten, Broschur, Fr. 38.-/24 EUR Rotpunktverlag, Zürich 2007, ISBN 978-3-85869-343-3.

Werftpleite und kranke Arbeiter

Am 15. August 1997 schließt die Vulkan-Werft in Bremen-Nord ihre Tore endgültig. Mit dem Konkurs der letzten Großwerft in Bremen werden 2.500 Arbeitsplätze vernichtet. Was ist aus den Menschen geworden, die dort gearbeitet hatten? Wie geht es ihnen heute, wie fühlen sie sich? Die in dieser Untersuchung gewonnenen empirischen Erkenntnisse stammen nicht aus einem »Museum der Arbeit«, sie sind der aktuellen Wirklichkeit der Industriearbeit in Deutschland entnommen. Die ehemaligen Beschäftigten werden in eine Welt entlassen, in der sie sich nur schlecht zurechtfinden konnten. Zehn Jahre nach dieser Pleite fragt die Studie nun, wie es um die Gesundheit und die Perspektiven der ehemaligen Vulkanesen bestellt ist.

Es zeigt sich, dass weiterhin vor allem die Älteren die Leidtragenden des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft sind. Sie werden allein gelassen und ein großer Teil wird seelisch und körperlich krank – als (Spät-)Folge einer auf gesundheitlichem Verschleiß beruhenden Produktionsweise, die von überlangen Arbeitszeiten und körperlich sehr anstrengenden Arbeitsbedingungen gekennzeichnet ist. Was tut die Politik? Sie bestraft die Betroffenen ein zweites Mal, indem sie heute harte Fakten für ältere Langzeitarbeitslose schafft (Rente mit 67, Hartz IV), ihnen aber keine realen Chancen gibt und die Kranken einer Entwürdigung durch Institutionen aussetzt.

Am beeindruckendsten sind die Passagen über die Selbstverhältnisse der Arbeiter, in denen es vor allem um ihren Körper und ihre (fehlende) Gesundheit geht, sind doch Rücken- und Atemwegserkrankungen und Depressionen weit verbreitet. Aber es zeigt sich auch: Wer sich auf dem Vulkan nicht so stark auf den identitätsstiftenden Lohnarbeitsplatz konzentrierte, sich also Zeit und Muße für Familie, Ehrenamt oder Hobbies nahm, überstand die nachfolgende Krise besser. Wer sich dem auch in der Arbeiterbewegung weithin als positiv beschriebenen patriarchalen Muster verweigerte, über ruinösen Raubbau an der eigenen Gesundheit Anerkennung und Selbstwert zu erzielen, oder wer heute keine Krankheitsverleugnung betreibt, der ist – statistisch gesehen – weit gesünder oder hat ein höheres Glücksempfinden als der Durchschnitt der Bevölkerung. Das Buch ist ein lesenswerter Beitrag zur Geschichte der sich stetig verändernden Bremer Arbeiterbewegung, und einer zur Kritik des von den Gewerkschaften geteilten Glücksversprechen und Normalitätsdiktates und ebenso eine beeindruckende Illustration der soziologischen These von Pierre Bourdieu, dass man neben sozialem Kapital auch kulturelles Kapital braucht, um in einer guten Weise zu überleben.●

Bernd Hüttner

Wolfgang Hien / Rolf Spalek / Ralph Joussen / Gudrun Funk / Renate von Schilling / Uwe Helmert: Ein neuer Anfang wars am Ende nicht. Zehn Jahre Vulkan-Pleite: Was ist aus den Menschen geworden?, VSA Verlag, Hamburg 2007, 104 Seiten, 6,80 EUR

16, männlich, rechtsradikal

Endlich das Buch zu einem Thema, das in Deutschland alle politischen Parteien beschäftigt und auch in Österreich, spät aber doch, zunehmend wahr genommen wird, wie es u.a. die im Oktober durchgeführte Tagung »Antidemokratische Strömungen« in Graz zeigt. Es geht um rechte Jugendliche, in deren Alltagserfahrungen die Autorin, Psychoanalytikerin und Sozialpädagogin, sensibel und ohne Angst vor Tabuverletzungen einführt. Sie hatte länger mit rechtsradikalen Jugendlichen im ehemaligen Ostdeutschland gearbeitet und schildert anschaulich aus ihrer Erfahrung und Praxis. Sie zeichnet das Bild einer jungen Generation, die keine Zukunftsaussichten mehr wahrnehmen konnte, die das Gefühl hatte, nicht gebraucht, nicht erwünscht zu sein und die – so die untersuchten Einzelfälle, gar keine Väter oder Väter hatten, die sich um ihre Kinder nicht kümmerten, oft ihren Frust im Alkohol ertränkten. Der Zusammenhang zwischen den Jugendlichen und der sie umgebenden Erwachsenengesellschaft wird deutlich.

Das Buch macht nicht nur die sich ausbreitende, für uns bedrohlich wirkende Ideenwelt rechter Jugendlicher verständlich und einsichtig, es zeigt auch auf, dass es immer wieder positive Lösungen für die Jugendlichen geben kann: Die realistische Konfrontation mit dem Nationalsozialismus gehört zu dieser therapeutischen Strategie dazu. Freilich geht es auch ohne entsprechende Rahmenbedingungen nicht. Die oft nur kurzfristig bereit gestellten staatlichen Gelder für die Arbeit mit rechten Jugendlichen wirken hemmend für eine konstante pädagogische Arbeit.

Interessant ist die große Bedeutung germanischer Mythologie und der Edda für die Identität der Jugendlichen. Sie dient als religiöse Untermauerung ihrer oftmals paranoiden Weltsicht. Die Autorin führt aus, wie begeistert die inzwischen fast erwachsenen sechzehn- oder achtzehnjährigen Jungen erzählen, dass sie am »liebsten 'wie die Wikinger' – ihre Lieblingslektüre – auf dem Schlachtfeld sterben und nach Walhalla eingehen wollten. Dort winkten ihnen Ehre und Ruhm sowie Frauen zur Belohnung. Die Ähnlichkeit dieser phantastischen Klischees mit den Vorstellungen islamistischer Selbstmordattentäter war verblüffend.« (S. 116)

Das Buch ist ein Muss für alle politisch Interessierten und alle in der Jugendarbeit Tätigen. Es bekräftigt den Leser / die Leserin, die Augen vor der gesellschaftlichen Realität nicht zu verschließen.●

Roman Schweidlenka

Hardtmann, Gertrud: 16, männlich, rechtsradikal / Hardtmann, Gertrud. Düsseldorf: Patmos, 2007. 160 S. ISBN 978-3-491-36009-9, Fest gebunden, 18.50 EUR

Nacht über Spanien

Im Juli 1936 reist Augustin Souchy (1892-1984) nach Barcelona, um als Redner auf einer Kundgebung gegen den Krieg aufzutreten. Doch der Putsch des Militärs ändert seine Pläne. Souchy bleibt in Spanien und kämpft auf Seiten der Anarchisten gegen Franco.

In »Nacht über Spanien« schildert er seine Erfahrungen und Erlebnisse während des Bürgerkrieges: die Kämpfe gegen die Putschisten, die Niederschlagung des Aufstandes in Katalonien, Aragón und Kastilien, die Kämpfe zwischen Anarchisten und Kommunisten und 1939 die Niederlage gegen Franco und seine Helfer.

Im Mittelpunkt steht die einzigartige soziale Revolution unter der Führung der anarcho-syndikalistischen CNT und der anarchistischen FAI nach dem 19. Juli 1936. In Katalonien und den angrenzenden Regionen Kastilien und Aragón entstehen anarchistische Lebens- und Arbeitsstrukturen, wird der Kapitalismus durch freiheitliche und selbst gewählte Wirtschaftsformen ersetzt. Doch der gesellschaftliche Fortschritt wird immer stärker durch den Bürgerkrieg und den Kämpfen zwischen Anarchisten und Kommunisten beeinträchtigt und nach dem Sieg Francos und seiner Verbündeten durch die faschistische Diktatur zerstört.

»Nacht über Spanien« spiegelt nicht nur Augustin Souchys persönliche Erfahrungen, sondern entwirft ein Panorama der spanischen und katalanischen Geschichte und ihrer Freiheitskämpfe im 19. und 20. Jahrhundert.●

diego

Augustin Souchy: Nacht über Spanien. Bürgerkrieg und Revolution in Spanien 1936-39. Überarbeitete Neuausgabe 2007, 240 Seiten, Trotzdem im Alibri Verlag, ISBN 978-3-922209-51-5, 18 EUR

Von Ex-Hausbesetzern und Alten-WGs

In linken Büchern geht es oft um politische Ideen, Bewegungen oder Systeme, Erscheinungen, hinter denen die Menschen in ihrer Einzigartigkeit all zu leicht verschwinden. In diesem rund um die anstiftung in München entstandenen Buch ist das anders.

In dem Band werden 28 Menschen vorgestellt, die hauptsächlich in Bayern und Nordrhein-Westfalen wohnen und sich um andere sorgen, ihren persönlichen Nahraum gestalten, die »Natur« bewahren und erleben wollen oder Eigenarbeit in verschiedenen Zusammenhängen leisten. Es geht um Menschen, die etwas tun, empfinden und begehren – und sich offensichtlich kaum als »Linke« begreifen.

Das Buch ist in vier Kapitel untergliedert, zu Beginn werden jeweils die sozialen Praxen des Sorgens, der Gestaltung, der Bewahrung und des »Selbermachens« kurz vorgestellt und analysiert, dann folgen die Beispiele. Diese sind breit gestreut, sie reichen von der ehemaligen Hausbesetzerin bis zum im Heimatverein engagierten Bauern, von Menschen, die eine Alten-WG gründen wollen, bis zu denjenigen, die auf unterschiedliche Weise die politische Kultur demokratisieren oder Selbsthilfe organisieren wollen.

Ein verbindendes Element vieler Porträts ist die Einsicht, dass soziale Beziehungen auch ökonomische Beziehungen sind – und umgekehrt. Der auch aus der Armutsforschung bekannte Umstand lautet: Wer keine Netzwerke hat, ist schlechter dran. Nicht zuletzt geht es auch darum, ökologisch verträglich zu leben und ein anderes Verständnis von »Zeit« zu praktizieren: der vorherrschenden Zeitnot und Erfahrungsarmut wieder Muße und Entschleunigung, wirkliche »freie Zeit« entgegenzusetzen.

Den Abschluss bildet ein längerer wissenschaftlicher Essay der drei Autorinnen, der den Gedanken der ökofeministisch inspirierten Subsistenz mit postmodernen Theorien zur Individualisierung kurzschließt. Subsistenz wird nicht als weltfremde oder moralisierende Ökologisiererei, sondern als Orientierung auf Selbstbestimmung und den Tausch von Gütern und Dienstleistungen auf Gegenseitigkeit verstanden. Sie existiert auch nicht unabhängig von der gewaltförmigen Marktlogik, sondern ist vielfältig mit ihr verzahnt. Die Autorinnen sind auch nicht naiv, was die geschlechtsspezifische Zuweisung von bestimmten Verantwortlichkeiten oder die durch den Umbau des Sozialstaates und die Verarmungspolitik verursachte Einengung von individuellen und kollektiven Freiräumen – die für subsistenzorientiertes Handeln unabdingbar sind – angeht. Der allseits diagnostizierten Entbettung und Individualisierung stellen sie ein selbstbewusstes Individuum gegenüber, das selbsttätig seinen neuen Platz im sozialen Leben wie auch in seiner räumlichen Umgebung sucht. Subsistenz sei mittlerweile mehr ein bestimmtes Verständnis von Beziehungsarbeit als die klischeehafte Produktion von Lebensmitteln in Selbstversorgung. Handeln nach Subsistenzprinzipien ist ein Bestandteil des allgegenwärtigen Hungers nach Sinn und Zugehörigkeit, der in-, aber auch außerhalb der Lohnarbeit erfüllt werden kann. www.anstiftung.de●

Bernd Hüttner

Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner: Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes; oekom Verlag München 2007, 304 Seiten, 24,90 EUR (mit DVD)

Die Lust und die Freiheit

In den Werken des berühmt-berüchtigten Schriftstellers Marquis de Sade (1740-1814) und des deutschen Junghegelianers Max Stirners (1806-1856) wurde die Idee individueller Freiheit radikal zu Ende gedacht. Ihre Ähnlichkeiten in einer radikal-existenzialischen Auffassung von Individualität, die bis heute provoziert, wurden in den vergangenen 100 Jahre des öfteren von Philosophinnen und Philosophen, Literatinnen und Literaten und Psychologinnen und Psychologen thematisiert, ohne bislang näher untersucht zu werden.

Mit der vorliegenden Arbeit wird zum ersten Mal systematisch die häufig postulierte Übereinstimmung in den Gedankenwelten der beiden Philosophen dargestellt, kritisch analysiert und anhand von sechs ausgewählten Kategorien miteinander konfrontiert. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie bieten somit einen neuen Zugang zum Werk der beiden Denker, das heute vor dem Hintergrund zunehmender Individualisierung aktueller denn je erscheint, und bieten eine neue Lesart an. Die Untersuchung zeigt somit auch die Potentiale auf, die die Gedankenexperimente der beiden Denker bezüglich der Analyse aktueller gesellschaftlicher Veränderungen in Form einer verstärkt als Bedrohung wahrgenommenen Individualisierung bieten können.

Der Diplom-Politologe Maurice Schuhmann, Jg. 1978, promoviert momentan am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin über die Individualitätsbegriffe von Marquis de Sade, Max Stirner und Friedrich Nietzsche. Er ist Mitbegründer und Vorsitzender der Max Stirner-Gesellschaft. Seine Untersuchung beruht auf den Ergebnissen seiner 2005 eingereichten Diplomarbeit, die für die vorliegende Veröffentlichung überarbeitet und umfangreich ergänzt wurde.●

Maurice Schuhmann: Die Lust und die Freiheit. Marquis de Sade und Max Stirner – Ihr Freiheitsbegriff im Vergleich, Karin Kramer Verlag Berlin 2007, 144 Seiten mit 8 Abbildungen, Personen- und Schlagwortregister sowie Kurzbiographien von Max Stirner und Marquis de Sade, 12,80 EUR, ISBN: 987-3-87956-398-X.

Der Albtraum der Selbstbestimmung

Jacob Schrenk, der sonst für die *Süddeutsche Zeitung*, die *taz* oder *NEON* arbeitet, beschreibt in seinem lesenswerten Buch den Horror der neuen Arbeitswelt und liefert das Gegenstück zum Buch »Wir nennen es Arbeit« von Holm Friebe und Sascha Lobo. Wer etwas über die Gesellschaft, in der wir heute leben lernen will, sollte dieses Buch lesen. Flexibilität, Einsatzbereitschaft und Unternehmergeist sind die neuen widersprüchlichen Tugenden, die im Postfordismus auch von den Arbeitenden verlangt werden. Schrenk möchte den damit verbundenen Versprechungen misstrauen.

Selbstausbeutung, bislang eher ein Thema von chronisch kapitalschwachen Betrieben der alternativen Ökonomie, ist nun nicht nur in den neuen Kultur-, Medien- und kreativen Berufen weitverbreitet, sondern auch im normalen Management angekommen. Drei Kerntugenden, so Schrenk, ergeben zusammengenommen die »Kunst der Selbstausbeutung«: Arbeit muss man sich andauernd erst verdienen, also muss die Erwerbstätige oder der »Selbständige« immer mehr leisten. Arbeit und Freizeit gehen ineinander über, man ist vor allem Dank der modernen Kommunikationstechnologien immer erreichbar und einsatzbereit. Drittens die Veränderung der Kontrollmechanismen: Man will immer mehr, was man soll, Techniken der Selbststeuerung werden wichtiger als solche der direkten Fremdkontrolle.

Diese soziologisch wirkenden Befunde veranschaulicht Schrenk anhand von einzelnen Erwerbstätigen und ihrem Alltag. Dadurch wird allzu deutlich, wohin die Reise geht. Arbeit und Freizeit werden zunehmend ununterscheidbar, sie entgrenzen sich, denn die zeitliche und räumliche Trennung zwischen ihnen wird an vielen Punkten aufgehoben: Wer in der »Freizeit« ins Fitnessstudio geht um der Norm des »Fit und schön sein« an seinem Arbeitsplatz zu genügen, oder wer in der Kneipe oder anderswo nach der offiziellen Arbeitszeit Kontakte pflegt oder Networking macht, arbeitet der eigentlich gerade oder nicht? Die schöne neue Arbeitswelt trifft aber nicht nur HochverdienerInnen, sondern auch Handwerker, die als Wochenendpendler in Amsterdam arbeiten, aber in Zwickau wohnen. Emotionen werden zur wichtigen gnadenlos ausbeutbaren ökonomischen Ressource, Mobbing und Arbeitssucht sind alltägliche Phänomenen des Klassenkampf 2.0.

Weitere Themen sind der stellenweise wahnhafte Züge annehmende Trend zur frühkindlichen Bildung, der dazu führt, dass vierjährige Englisch oder gar Chinesisch lernen, oder die Frage, wie ein halbwegs geordnetes Leben mit Kindern unter diesen Bedingungen überhaupt noch möglich sein soll. Schrenk hat ein Alternativprogramm zumindest ansatzweise vor Augen. Die Rückkehr zum Fordismus mit Monotonie, Befehl und Gehorsam kann eindeutig nicht die Alternative sein. Aber die betroffenen Erwerbstätigen müssten der Arbeit und ihrer eigenen inneren Identifikation Grenzen setzen, sozusagen einen Gang runterschalten, sich Zeit für Hobbies, Familie oder simples Nichtstun nehmen. Der moderne Arbeitskraftunternehmer müsse auch – unter anderem von Gewerkschaften – lernen, für seine Interessen einzustehen. Moderne Arbeitsverhältnisse erforderten aber auch neue Formen des Arbeitskampfes – und andere Gewerkschaften, so möchte man anfügen.●

Bernd Hüttner

Jacob Schrenk: Die Kunst der Selbstausbeutung. Wie wir vor lauter Arbeit unser Leben verpassen; DuMont Verlag, Köln 2007, 224 S., 16,90 EUR

Der Klimaschwindel

Klimadebatten sind in – und ob die aktuellen TurboklimaretterInnen der Marke Merkel und Gabriel wirklich die Sache im Kopf haben oder sich lieber als Mami der Nation inszenieren oder als Machertypen für höhere Aufgaben empfehlen wollen, ist schwer zu erkennen. In einer solchen Situation ist jede Position marktfähig. Also sind Bücher, die den Klimawandel für unbedenklich und die Szenarien für Lügen empfinden, auch längst erschienen – so wie dieses.

Sorgsam werden die Zahlen aneinandergereiht, die für die hier vertretene Position passen: Alles halb so wild und nur der natürliche Trend. Beweisbar ist es genauso wenig wie die Schreckensnachricht vom Klima. Warum aber gibt es überhaupt die Debatte? Würde mensch erst einmal fordern, dass exakt nachgewiesen werden müsse, dass Gewehrkugeln schädlich sind für Menschen, bevor das Schießen eingestellt wird, käme das gleiche Desaster: Es gibt keine objektiven Erkenntnisse. Daher lohnt der Hahnenkampf um die Definitionsmacht des Wahren auch nicht. Aber er schwemmt Geld in die Kassen der Verlage und Autoren – und das dürfte denn auch der wichtigste Ansporn sein.●

Jörg Bergstedt

Kurt G. Blüchel: Der Klimaschwindel, 2007, C. Bertelsmann in München, 335 S., 14,95 EUR)

Anzeige

12. Linke Literaturmesse
14. - 16. Dezember 07 • Nürnberg • K4 • Königstr. 93
VERKAUFSMESSE VERANSTALTET VON METROPROLETAN – ARCHIV & BIBLIOTHEK UND GOSTENHOFER LITERATUR- UND KULTURVEREIN LIBRESSO | EINTRITT FREI
BUCHVORSTELLUNGEN | LESUNGEN | DISKUSSIONEN GEGEN DEN KAPITALISTISCHEN MAINSTREAM
www.linke-literaturmesse.org

PROJEKTE

Das Kommunespiel:
Für Gruppen und interessierte Leute spiele ich mit Euch das Kommunespiel:
»Wir gründen eine Kommune!«.
Unterkunft bei uns im Seminar- und Ferienhaus. Jeweils von Freitagabend bis Sonntagmittag. Kostenbeitrag: 70 Euro / Person.
Informationsmaterial bitte anfordern.
Uwe, von der Kommune Olgashof
Seminar- und Ferienhaus Olgashof, D-23966 Olgashof, Haus 1
☎(0 38 41) 36 08 81, Fax: 79 33 38

Gemeinschaftsprojekt in Gründung
sucht Menschen mit Ideen und Initiative zur Besiedelung eines parkartigen Geländes Nähe Kassel mit Gewächshäusern.
☎(0 55 93) 802 91 02
Info: www.gut-im-fluss.de

Selbstverwaltetes linkes Hausprojekt
in Ravensburg sucht MitbewohnerInnen zum kollektiv wohnen, politisch arbeiten und baulich gestalten.
Mehr Infos unter www.pumuck.de
Kontakt: ☎(07 51) 352 53 20
E-Mail: wohnprojekt@pumuck.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail:** info@abfallgut.de; **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschwitz 4, ☎ (0 38 30 5) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, %(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, **E-Mail:** contraste@t-online.de; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, **mobil:** (0043-664) 643 84 37, **E-Mail:** vereinleben@aon.at; **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax (06 21) 30 38 13, **E-Mail:** nrschindler@aol.com; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Giesla, Finkenburg, **E-Mail:** finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(0 64 01) 90 32 83, **Fax** 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, **E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@t-online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@t-online.de

IM POSTFACH

Betr.: Ausgabe Nr. 177, Oktober 2007

Hallo Contraste-Redaktion,
möchte mich kurz vorstellen. Mein Name ist Steffen Feister und ich bin 42 Jahre, zurzeit befinde ich mich in der JVA Torgau in Sachsen.
Regelmäßig erhalte ich die Zeitung »DA – Direkte Aktion«. Die Zeitung hier in der JVA ausgehändigt zu bekommen, bedurfte es einiger Hartnäckigkeit. Da ich auch das Kleingeschriebene lese und die Anzeigen, ist mir die »CONTRASTE«-Anzeige und deren Inhalt aufgefallen. Sehr interessiert mich der Artikel über Isolationshaft und das Leben »danach«.
Dies hat folgenden Grund: Vom 19. August 2004 bis zum 11. Februar 2005 war ich in einer sogenannten Iso-Zelle (Krisenreaktionsraum) untergebracht. Bis zum heutigen Tag wurde mir weder von Richtern noch von Staatsanwälten die gesetzliche Grundlage genannt. Weder das Sächsische Justizministerium noch der Sächsische Landtag konnten mir die gesetzlichen Grundlagen nennen – im Gegenteil, man teilte mir mit, dass die Unterbringung gerechtfertigt gewesen wäre. Einerseits ist in diesem Land alles mit Gesetzen und Verordnungen reglementiert, aber wenn man die Gesetzgeber und deren Verwalter nach der Gesetzmäßigkeit ihrer Entscheidung befragt, dann erhält man keine Antworten. Mein Problem oder vielmehr meine Probleme bestehen darin, dass ich einerseits keine Antworten über die Gesetzmäßigkeit erhalte und dass ich andererseits keinerlei psychologische Betreuung erhalte, um das Erlebte (die Iso-Zelle) aufzuarbeiten. (Meine Iso-Zelle hatte 2.479 weiße Fließen, ich hatte einen Slip, eine Decke und eine Matte in meiner Zelle, ein Blick aus dem Fenster war auch nicht möglich, usw., usw.)
Allein dieses Jahr, also 2007, habe ich 12 Anträge zwecks Psychologischen Dienst geschrieben. (Anträge an die Anstalt / Beschwerde in Dresden).
Seit Juli wurden dann im Abstand von 4-6 Wochen Gespräche mit einer Psychologin geführt. Diese sah im Monat Oktober keine Notwendigkeit, weitere Gespräche mit mir zu führen. »Da Sie ja nicht traumatisiert sind durch den Aufenthalt in der Iso-Zelle«. Es ist also normal, dass jemand, der 6 Monate in einer Iso-Zelle gewesen ist, diesen Aufenthalt nicht als Trauma empfindet. Übrigens wollte ich die Erklärung der Psychologin schriftlich, aber leider hat diese die Erklärung verweigert.
Mir wäre es wichtig, wenn Sie, die Redaktion, mich mit Leuten in Verbindung bringen könnten, die ähnliche Erfahrung mit der Isolationshaft gemacht haben. Weiterhin würde mich interessieren, wie man diese Erfahrungen psychisch verarbeitet, denn hier im Strafvollzug kann ich dabei keine Hilfe erwarten.

Mit freundlichen Grüßen
Steffen Feister

Kontakt:
Steffen Feister
JVA Torgau
Am Fort Zinna 7
04860 Torgau

Betreff: Kündigung

Liebe Leute von CONTRASTE,
habe Euch soeben Eure längst fällige Rechnung bezahlt. Sorry, hatte vergessen, Euch über die Änderung meiner Bankverbindung zu unterrichten und noch mal sorry für das lange Warten auf die Zahlung.
Seit?, keine Ahnung, aber schon lange, vielleicht 20 Jahre, bekomme ich CONTRASTE und muss gestehen, dass ich seit Jahren kaum noch dazu komme, sie zu lesen. Schade eigentlich, zumal es wirklich nicht an Euch und der gut gemachten Zeitung liegt, und mir das Thema Selbstverwaltung auch immer am Herzen lag. Habe deshalb aus Solidarität und alter Verbundenheit das Abo einfach weiterlaufen lassen.
Mit zwei studierenden Töchtern, den neuen Studiengebühren, und vielem anderen mehr und gleichzeitig immer schwierigeren Bedingungen bei meiner Arbeit muss ich mich nun leider doch von Euch trennen und das Abo schweren Herzens kündigen.
Für die CONTRASTE wünsche ich Euch weiterhin Alles Gute und möchte mich bei Euch ausdrücklich für Eure ehrenamtliche journalistische Arbeit, über die ich mich viele Jahre sehr gefreut habe, herzlich bedanken.

In diesem Sinne viele Grüße
vom Bodensee, A.S.

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 14.-16.12.2007
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

G8 – HEILIGENDAMM

Perspektiventage
– Wie weiter nach Heiligendamm?
Diesen Sommer waren viele AktivistInnen und politisch interessierte Menschen rund um Heiligendamm gegen die G8 aktiv. In diesem Prozess, der für viele schon 2 Jahre vorher mit der Mobilisierung begann, wurden neue Kontakte geknüpft und politische Themen weiterbearbeitet (u.a. thematische Aktionstage, wie Migration oder Antimilitarismus). Diese Fäden wollen wir nicht abreißen lassen und laden vom **17.-20.1.2008** nach Berlin ein. Wir hoffen, dass richtig viele Leute zu den Tagen kommen (300-500) und es eine intensive, spannende Zeit wird und Ideen den Weg in die Praxis finden. Die Tage sind Mitmach-Tage, bei denen jedeR die Möglichkeit hat, sich ein zu bringen.
E-mail: kontakt@perspektiventage.de
www.perspektiventage.de

BUKO

Wie grün soll die Linke sein?
Herrschende Naturverhältnisse und emanzipatorische Alternativen
Grundlage einer emanzipativen und radikalen sozial-ökologischen Politik ist die Annahme, dass Umweltveränderungen und -probleme wie z.B. Bodenerosion, Überschwemmungen, Klimawandel, Abnahme der biologischen Vielfalt und Sondermülldeponien keine sozial neutralen Fakten sind. Vielmehr sind Umweltveränderungen untrennbar mit sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren verbunden, können Natur und Mensch nicht getrennt gedacht werden. Dies soll mit dem Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ausgedrückt werden. Umgekehrt sind sozio-politische Entscheidungen niemals ökologisch neutral. Meistens sind Umweltbelastungen höchst ungleich auf die Menschen verteilt und sozial benachteiligte Menschen diesen Belastungen sehr viel stärker ausgesetzt. Eine emanzipative Auseinandersetzung mit vorherrschenden und alternativen gesellschaftlichen Naturverhältnissen umfasst daher neben ökologischen auch feministische, antirassistische und anti-kapitalistische Perspektiven. Die ungleiche Verteilung der Auswirkungen von Umweltveränderungen verstärkt bereits existierende Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft und zwischen Gesellschaften verschiedener Staaten. Die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Umweltveränderungen auf die verschiedenen Schichten einer Gesellschaft beeinflussen auch deren Machtstellungen zueinander. Das bedeutet nicht nur Armut für die einen und Reichtum für die anderen, sondern auch die Kontrolle der einen über die andere Seite. Radikale sozial-ökologische Politik ist also immer auch eine Kritik an globalen Macht- und Herrschaftsverhältnissen.
Termin: 8.-10.2.2008
Ort: Tagungshaus Meuchefitz
Anmeldung (bis 30.01.08):
mail@buko.info

JUNGE LINKE

Die Gewalt der Ordnung
Wochenendseminar zur Kritik an den Rechtfertigungen der bürgerlichen Gesellschaft für ihr Strafwesen und ihre Knäste
Bei den öffentlichen Debatten um die Bekämpfung von Kriminalität geht es oft um die Frage nach dem Sinn und Unsinn härterer Strafen bzw. der Ausgestaltung des Strafvollzugs. Eine Seite sorgt sich darum, ob der Staat dem Schutzbedürfnis seiner BürgerInnen genügend Rechnung trage und hart genug gegen Verbrecher durchgreife. Eine andere Seite macht hingegen geltend, dass härtere Strafen bzw. das Gefängnis wenig effektiv sind für das Ziel, Verbrecher zu anständigen BürgerInnen zu machen. Ihr fällt an der Freiheitsstrafe auf, dass ausgerechnet durch das Wegsperren und Isolieren von Menschen deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft erreicht werden soll. Die Politik verschlechtere die Resozialisierungschancen dadurch, dass sie immer miesere Haftbedingungen herstelle (Überbelegung, wenig Geld für Ausbildung und Sozialarbeit).
So gegensätzlich die Positionen auch erscheinen, sie sind sich doch in den Annahmen einig, dass Recht diene dazu, ein friedliches Zusammenleben zu sichern und der Staat mit seinem Strafrecht und seinen Knästen habe damit den Schutz der BürgerInnen im Auge. Beide Seiten setzen voraus, dass die Gründe für die Kriminalität nicht in der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Rechtsordnung zu suchen sind, die alle auf Eigentum/Konkurrenz verpflichtet, sondern bei den Störern dieser Ordnung. Deshalb streiten sie darüber, welche der Strafzwecke – Schutz der Allgemeinheit oder Resozialisierung – wichtiger sei, ob bei der Strafbemessung individuelle Lebensumstände strafmildernd anzuerkennen seien, ob die Freiheitsstrafe effektiver sei oder der offene Vollzug. Bestrafen halten sie aber alle für notwendig.
Uns interessieren auf dem Seminar dagegen andere Fragen: Welche Ordnung schützt der Staat durch sein Recht und wie sorgt er dafür, dass Strafverfolgung und Strafvollzug ihr entsprechen? Was bedeutet das für die GefängnisinsassInnen? Wie verhält sich der Schutz der Rechtsordnung durch den Staat zum Schutzbedürfnis seiner BürgerInnen? Dabei wollen wir diskutieren, warum der Schutz seiner Rechtsordnung durch den Staat etwas anderes ist als der Schutz der BürgerInnen vor Gewalt und Schädigung, und, inwiefern das Strafsystem selbst und die Ordnung, der das Recht dient, die Gründe für das Verbrechen wie auch das Interesse der BürgerInnen an Strafen und ihrer Verschärfung immer wieder hervorbringen. Eine praktische Konsequenz vorneweg: Es geht nicht darum, für ein besseres Strafsystem einzutreten, sondern soziale Verhältnisse zu kritisieren, die ein solches nötig machen.
Termin: 14.-16.12.2007, Hannover

Der Rechtsstaat
– die Faust aus dem Westen
Wochenendseminar zur Inneren Sicherheit
Reformen des Rechtsstaates zugunsten der nie enden wollenden Verbesserung der inneren Sicherheit laufen regelmäßig nach Schema F ab: Ein Innenminister macht ein »Problem« aus und sieht »Handlungsbedarf«. Oftmals bekommt das »Problem« bzw. deren Verursacher einen Namen, die von »Gefährder« über »Schläfer« bis hin zu »Verfassungsfeind« oder ganz allgemein »Krimineller« reichen.
Ist das Problem ausgemacht, schlägt der entsprechende Innenpolitiker Maßnahmen zu dessen Bewältigung vor. Da gibt es aktuell: Online-Durchsuchungen, Bundeswehreinsätze im Innern, und Internierung von »Gefährdern«. Älter und schon umgesetzt sind der »Große Lauschangriff« oder Schilys Sicherheitspakete nach dem 11.September 2001. Dass diese Maßnahmen nicht einfach nur ein Draufhauen der Staatsgewalt auf die ausgemachten Feinde sein soll, wird gleich mitgesagt: »Unsere Freiheit und Werte« sollen da geschützt werden, die »die« bekämpfen.
Mit schöner Regelmäßigkeit rufen solche Reformen KritikerInnen aus der demokratischen Opposition bis hin zu außerparlamentarischen Gruppierungen auf den Plan. »Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.«, zitieren sie den ehemaligen amerikanischen Benjamin Franklin. Die jeweiligen Maßnahmen werden als »unverhältnismäßig« kritisiert und »jetzt endgültig« der Übergang zum »Totalitarismus« entdeckt.
Beide Standpunkte, die der Politik und ihrer Kritiker, sind merkwürdig. Einerseits verwundert, dass aus der so gelobten Freiheit permanent Sicherheitsprobleme erwachsen, sei es durch Räuber oder Terroristen, die man dann mit jeder Menge Gewalt versucht, halbwegs in den Griff zu bekommen. Die bürgerrechtlichen Kritiker bleiben in ihrer Kritik doch recht bescheiden: Dass Gewaltausübung zur Bewältigung der »Probleme« sein muss, haben sie auch verstanden. Sie treibt allein die Frage um, wie viel Schlagstock denn in Stellung gebracht werden soll. Und wer immer wieder »jetzt« den Übergang zur Diktatur beschwört, bringt zum Ausdruck, dass er den Zustand vor der Reform als recht angenehm empfand. Anhand der aktuellen und vergangenen Reformen wollen wir mit Euch versuchen, den Zweck von Freiheit und Rechtsstaat bzw. deren Verhältnis zueinander zu klären. Wir wollen fragen, warum ausgewiesene Rechtsstaatsfreunde auch mal foltern ganz okay finden und welcher Zusammenhang zwischen Feindbildern gegen Ausländer in Zeiten deutscher Kriege besteht.
Termin: 18.-20.1.2008, Berlin

Mythos Finanzkapital
Wochenendseminar über den Kredit und die ihn begleitenden Ideologien
Gegen das »Finanzkapital« sind irgendwie alle. Nicht nur Franz Müntefering oder die NPD, BüSo oder attac!: Linke wie Rechte sehen in ihm gern die Wurzel allen Übels dieser Welt.
»Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. – Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter.«
(Franz Müntefering, April 2005)
So ganz verzichten wollen diese Kritiker auf Banken und alles, was dazu gehört dann doch nicht, aber zumindest die »Auswüchse« des Finanzsektors gehören in ihren Augen kräftig reguliert. Der »rücksichtslosen Spekulation«, die sich nicht um Nachhaltigkeit schert und nur am schnellen Geld orientiert ist, soll ein Riegel vorgeschoben werden. Kurzfristige Gewinnerwartung wird gegen lang angelehnte Investition ausgespielt. Dabei wird einerseits der Zusammenhang zwischen industriellem Kapital und dem Finanzkapital missverstanden. Andererseits wird unterstellt, Kapitalisten in produktiven Branchen seien von der Sorge um die Menschen umgetrieben und weniger am Profit interessiert als Banker, Börsenmakler und Hedge Fonds-Investoren.
Dem Finanzkapital wird seit jeher weitreichende Macht und großer Einfluss zugesprochen; ebenso wird es verantwortlich gemacht für alles, was den Leuten nicht passt an dem, was sie sich unter Kapitalismus vorstellen. Die wenigsten wissen jedoch genau, was sich hinter Kreditgeschäften und Finanztransaktionen wirklich verbirgt. Wir wollen einen Einstieg in das schwierige Thema Finanzmärkte bieten (Vorkenntnisse sind dafür nicht nötig!) und fragen: Was ist und wie funktioniert der Kredit zwischen den Unternehmen und zwischen Banken und Unternehmen? Was ist spekulativer an Finanzgeschäften als an »normalen« Unternehmungen? Warum landen viele Menschen bei Betriebsinsolvenzen immer wieder zielstrebig beim Finanzkapital als Ursache und nicht etwa bei den unternehmerischen Konkurrenten? Und: Lässt sich in dieser Denkweise die alte Unterscheidung von »schaffendem« und »raffendem« Kapital aus der Nazi-Propaganda gegen das »internationale Finanzjudentum« wieder finden?
Termin: 8.-10.2.2008, Hannover

We don't need no education!
Warum die Rede von den schönsten Jahren des Lebens eine gewaltige Lüge ist. Seminar zur Kritik der Schule
Früh morgens aufstehen – Angebrüllt werden oder verständnisvolle LehrerInnen ertragen – Klausuren und Noten – Auswendiglernen – Sich auf Kommando sportlich betätigen – »Pubertär« oder »engagiert« genannt werden – Aufsätze über blödsinnige Fragestellungen schreiben – Ex-Linke LehrerInnen – Bleierne Langeweile – Auf Konstruktivität verpflichtet werden – Lehrplanwissen. Und dann sind da auch noch die MitschülerInnen, die all ihre Kreativität ausspielen, um dem ganzen Horror des Schulalltags noch die besondere Note zu geben.
Im Rückblick auf die Schulzeit werden diese Erfahrungen oftmals verkitscht. Nicht nur der Film »Feuerzangenbowle« weiß um die Schönheit des Schülerlebens, noch der autoritärste Lehrer und das harschste Gewalterlebnis wird als Meilenstein des früheren Glücks verklärt. Andere widersprechen bei einigen Punkten jedoch deutlich: Auswendiglernen, Frontalunterricht und autoritäre Lehrende sollten durch Erziehung zur Mündigkeit ersetzt werden. Manch einer fordert den kreativen Unterricht. Erziehung zur Freiheit soll es sein, und dafür braucht es LehrerInnen, die zwar all die Gepflogenheiten wie Noten und Examen nicht kritisieren sondern exekutieren, aber doch gleichzeitig gegen die konservativen LehrerInnen aufbegehren und den Liberalen raushängen lassen. Wir wollen diskutieren, inwiefern sich diese beiden Konzeptionen von Pädagogik – verständnisvoll oder autoritär – möglicherweise doch nicht so sehr unterscheiden. Vielleicht schauen wir dazu auch noch Filme wie »Club der Toten Dichter« oder die 90er-Jahre-Serie »Unser Lehrer Dr. Specht«, die das veranschaulichen.
Doch dieses Schulsystem leistet sich auch Kritikerschulen. Neben den in anderer Weise autoritären Waldorf-Schulen haben sich auch grundlegendere KritikerInnen an einer »neuen Schule« versucht, die aber im Gegensatz zur Waldorf-Pädagogik von den staatlichen Bildungswächtern eher mit Misstrauen betrachtet wurden und werden. Schluss mit dem »Notenterror« hatten sich diese KritikerInnen vor allem in den 60er und 70er Jahren auf die Fahnen geschrieben und ließen selbst die Anwesenheitspflicht beim Unterricht ruhen. Doch warum gebärdet sich ihre Verteidigung (von Summerhill bis Glocksee, von A.S. Neill bis Celestin Freinet) immer gleich als großes Dementi einer grundlegenden Schulkritik?
Das scheint kein Zufall zu sein. Wir wollen uns zusammen die Gründe näher anschauen, die diese Schulen scheitern ließen. Das führt zu der Frage, warum all die unschönen Dinge so notwendig auftauchen. Hierfür wollen wir uns gemeinsam in der Diskussion und anhand von Texten und Lehrplänen schlussendlich darüber klar werden, welchen Zweck in der aktuellen Gesellschaft die Schule besitzt und wie das mit der grundlegenden Verfasstheit dieser Gesellschaft und deren Bedarf nach ausgebildeten StaatsbürgerInnen zusammenhängt. Und nicht erst seit der PISA-Studie verstärkt sich der Druck auf die SchülerInnen und StudentInnen durch Budgetkürzungen, Schulvergleiche und Studiengebühren. Werden nun Räume ökonomisiert, die es vorher nicht waren? Wird Bildung eine Ware? Und hat das alles was mit dem oft gehörten Wort Neoliberalismus zu tun? Über all das wollen wir mit Euch diskutieren.
Termin: 15.-16.2.2008, Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
hannover@junge-linke.de
www.junge-linke.de

BEWEGUNGSSTIFTUNG

Diesseits und Jenseits
der neoliberalen Wende & Wie wir Gewinner des Wandels werden
In der etwas ruhigeren Weihnachtszeit wollen wir uns theoretisch und praktisch für das neue Jahr rüsten. Hierbei wollen wir gemeinsam...:

- das vergangene Jahr einordnen in den sich verschärfenden Widerspruch zwischen Gerechtigkeit und Freiheit;
- diesen Widerspruch von seinen Wurzeln her begreifen und einen der wichtigsten Väter des Neoliberalismus, F. A. Hayek, genauer studieren;
- Konzepte verstehen, die Gerechtigkeit und individuelle Freiheit verbinden;
- überlegen, wo und in welcher Form Kritik anzusetzen hätte,
- uns der Zukunft zuwenden, Veränderungsmöglichkeiten ausloten, sowohl der Inhalte als auch der Form nach.

Dabei wollen wir weder stundenlangen Vorträgen lauschen noch uns in Diskussionen verlieren, die zu nichts führen. Sondern in angenehmer Umgebung zeigen, dass sich in der Vorweihnachtszeit das Erlernen neuen Wissens, der Erfahrungsaustausch und das Tanken neuer Kraft kreativ verbinden lassen.
Termin: 14.-16.12.2007, Verden/ Aller
Information & Anmeldung:
www.bewegungsakademie.de
☎(0 42 31) 95 75 95, Fax: 95 74 00
E-Mail: info@bewegungsakademie.de
Anmeldung online unter:
www.bewegungsakademie.de/index.php?id=anmeldung

REGIONALENTWICKLUNG

Mehrteiliger Fortbildungskurs Regionalberatung/ Regionalmanagement
Eine berufliche Qualifizierung für Planer, Ingenieure, Berater und Umweltbeauftragte
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum vierzehnten Mal eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die Teilnehmer erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten zu erarbeiten, umzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Der Kurs wird im Zeitraum Februar 2008 bis März 2009 durchgeführt. Er setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab. Die Blöcke sind auch einzeln zu belegen.
Einführungsveranstaltung:
23./24.02.2008 in Fulda
Information & Anmeldung:
Akademie der Katholischen Landjugend,
Drachenfelsstrasse 23,
D-53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax 94 65 44
e-mail: akademie@kljb.org
Kursbeschreibung:
www.akademie.kljb.org

BERLIN

Überlastungsanzeige
Pflegenotstand als Folge hierarchischer Strukturen
Wir glauben nicht, dass die heutigen Missstände im Gesundheitswesen durch in welcher Form auch immer hierarchisch organisierte, auf dem Funktionärsprinzip basierende Gewerkschaften, Berufsverbände oder anderweitige hierarchische Strukturen beseitigt werden können oder dass wir den Kampf für unsere Anliegen in die Hände gewerkschaftlicher Funktionäre, politischer Parteien oder sonstiger Stellvertreter ablegen könnten.
Der Pflege-Stammtisch möchte, wo immer möglich, Verbesserungen für Berufstätige und Betroffene in Pflege und Gesundheitswesen erkämpfen. In letzter Konsequenz bedeutet dies eine durchgreifende gesellschaftliche Veränderung von unten. Hierfür setzen wir uns ein, wollen aber nicht auf »bessere Zeiten« warten, sondern arbeiten für konkrete Verbesserungen unserer jetzigen konkreten Situation am Arbeitsplatz.
Termin: 14.12.2007, 19 Uhr
Bibliothek der Freien.
Haus der Demokratie Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, D-10405 Berlin
E-Mail:
DieFreien@BibliothekderFreien.de
www.BibliothekderFreien.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg